Nr. 292. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7578. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 14. Dezember 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Der Budgetdebatte zweiter Tag.

Zu Beginn der Sitzung war anscheinend noch weniger Elektrizität im Hause, als am Tage vorher. Die Zahl der Anwesenden geringer, und die Stimmung im allgemeinen noch weniger kampflustig. Die Luft war noch getränkt von den Opiumdünsten, die sich Tags zuvor von der Rednerbühne und von den Ministerplätzen aus in das Haus ergossen hatten. In solch' opiumgeschwängerter, nervenberuhigender Atmosphäre kann es unmöglich zu so aufgeregten Szenen kommen, etwa wie in Frankreich oder Oesterreich. Wir sind doch bessere, gesittetere Menschen im neuen Deutschen Reich — hübsch lamm- und militärfromm, jeder Erhitzung abhold.

Ein Franzose, welcher der Sitzung des Tages zuvor beigewohnt hätte, würde seinen Augen und Ohren nicht getraut, würde nicht geglaubt haben, daß er den Verhandlungen eines Parlamentes beiwohne. Daß nach einem so heißen Wahlkampf die Abgeordneten sich so vollständig abgekühlt haben — das ist dem Franzosen unfaßbar. Und nicht blos dem hitzigen Franzosen sondern auch dem kühlen Engländer ist es unfaßbar, wie die scharfen und zum theil wuchtigen Angriffe Richter's von seiten der Minister thatsächlich unerwidert bleiben konnten. Denn Scherze wie der des Herrn v. Posadowsky, daß die allgemeine Unzufriedenheit eigentlich ein Zeichen großen Glücks sei, weil objektiv glückliche Menschen subjektiv meist unglücklich sind — kann man beim besten Willen nicht als Antworten und Argumente betrachten. Und eine Tischrede wie die Bülow's hätte wohl in einer angeheiterten Tafelgesellschaft als politische Rede passiren können, allein in eine Versammlung von Politikern und Gesetzgebern paßte sie ungefähr ebenso gut, wie ein gekämmter Pudel in die Hütte des Hofhundes. Man nehme an, Lord Chamberlain habe mutatis mutandis die Bülow'sche Rede im englischen Parlament gehalten — das „Haus" hätte sich verblüfft angesehen, verschiedene Mitglieder hätten bedeutsame Blicke gewechselt, und dann wäre, nachdem der Minister geendet, ein Redner aufgetreten, der den Nachweis geliefert hätte, daß es bisher für eine Pflicht der Minister gegen das Parlament gegolten habe, die Fragen des Parlaments klipp und klar zu beantworten und den Vertretern des Volkes reinen Wein einzuschenken. Diese Pflicht zu verabsäumen, sei eine Beleidigung des Parlaments. Und Lord Chamberlain wäre so arg zerzaust worden, daß er wahrscheinlich nach Schluß der Sitzung seine Demission eingereicht hätte.

Nun, Chamberlain ist kein Bülow, — Bülow kein Chamberlain — Bülow ist nicht in England und Chamberlain nicht in Deutschland; deutsche Reichs-Minister oder Staatssekretäre geben ihre Demission nicht, sie erhalten die seidene Schnur aus der Hand des Herrn Lukanus und pflegen am festesten zu sitzen, wenn sie im Parlament sich eine tüchtige Niederlage oder Blamage geholt haben! Wir sind in unserem neuen Musterreich sogar auf die Nietzsche'sche Höhe der Anschauung „jenseits von Gut und Böse" gekommen, daß wir in Blamagen und Niederlagen ruhmvolle Erlebnisse und Thaten sehen und überhaupt alles, was den ungebildeten anderen Völkern schlecht, kleinlich und feig dünkt, für gut, groß und mannhaft halten — und umgekehrt. Sagte uns gestern nicht Herr v. Posadowsky Deutschland sei das freieste Land?

Doch wohin sind wir da gerathen? Wir sind im deutschen Reichstag am zweiten Tage der Budgetdebatte und Herr Bassermann, wohl der wenigst abstoßende der klassischen „Gestalten", die sein Vater einst ins Leben gesetzt, spricht als Redner der Nationalliberalen. Die Geister der Bennigsen, Miquel, Lasker schauen aus den Ecken der Holzschnitzereien auf den glatt gescheitelten, lispelnden freundlich lächelnden Epigonen herab: sic transit gloria mundi — die einst so stolze nationalliberale Partei jetzt durch diesen glatt gescheitelten, lispelnden, freundlich lächelnden jungen Mann vertreten, der tadellos gekleidet ist, tadellos seine Perioden bildet und tadellose Formen für seine tadellosen Gemeinplätze findet. Denn außer Gemeinplätzen kann Herr Bassermann nichts bringen. Er ist der Fleisch gewordene Gemeinplatz. Selbst wenn er vom „Terrorismus der Arbeiter" spricht, spricht er in Gemeinplätzen, und die pfiffigste Pythia (Prophetin) wird nicht errathen können, ob Herr Bassermann nach irgend einer Richtung hin sich gebunden hat, und wenn, dann wie? Seinen einzigen rednerischen Effekt erzielte Herr Bassermann durch ein falsches und falsch zitirtes Zitat aus einer Rede Auer's, der irrthümlicherweise — und Auer hat den Irrthum sofort auch im „Vorwärts" berichtigt — Liebknecht eine Prophezeiung in den Mund gelegt hatte, die dieser niemals gethan hat.

Auf Bassermann folgte Vollmar. Das war eine andere Rede. Das war ein anderer Mann. Le style c'est l'homme — der Stil ist der Mann, wie der Mann so der Stil, wie seine Schrift so seine Rede. In der Sozialdemokratie ist noch Temperament, noch Leidenschaft. Der politische Nerv, bei allen bürgerlichen Parteien abgestumpft, wo nicht ganz abgestorben, in der Sozialdemokratie lebt er — empfindet lebendig, regt sich, empört sich, lehnt sich auf. Die Stärke des Nervs ist freilich von der Individualität abhängig, aber vorhanden ist der Nerv in jedem Sozialdemokraten. Und wenn der Sozialdemokrat Vollmar auch nicht schärfer sprach, als Tags zuvor der Fortschrittler Richter, so war es doch dieser Nerv, der in dem Sozialdemokraten weit kräftiger, weit heftiger vibrirte. Vollmar gehört freilich zu den ruhigen Rednern, und so wirksam er auch sprach, das in diesem schlaffen Reichstag schlummernde Feuer der Parteileidenschaften konnte er nicht wecken, nicht eine Explosion herbeiführen. Aber wuchtige Hiebe theilte er aus, und der Herr Präsident hätte nicht nöthig gehabt, die verdiente Brandmarkung der Ausweisungs-Aera noch durch einen Ordnungsruf zu verstärken. Was Vollmar über das Wirrsal im Innern, über die Hilf- und Rathlosigkeit der Regierung, über die merkwürdige Rolle, welche die Regierung gegenüber dem Monarchen spielt, und über andere parties honteuses der deutschen Reichspolitik sagte, war ebenso treffend, wie seine, den ablehnenden Standpunkt unserer Partei klar präzisirende Be- und Verurtheilung der Kolonialpolitik und des Militarismus, sowie seine Bemerkungen über die eingefrorene Sozialreform, das Zuchthaus-Gesetz und die Anarchisten-Konferenz und Anarchisten-Züchterei!

Gar schwächlich und blutlos, wenn auch nicht ohne Gift, war, was Graf Limburg-Stirum, der semitische Halbblut-Junker, dem sozialistischen Redner zu entgegnen versuchte. Eine Nummer von hoher Komik bildete der politische Stammbaum, den der fistelstimmige Graf entwarf: Die Anarchisten sind zwar keine Sozialisten, aber sie stammen von den Sozialisten; die Sozialisten ihrerseits stammen von den Fortschrittlern. „Und von wem stammen die Fortschrittler?" rief ihm einer zu. Der Graf lächelte verlegen und blieb die Antwort schuldig, denn schließlich hätte er zu den Junkergeschlechtern und zuletzt sogar zu den Erzvätern gelangen müssen.

Eine gleichgiltige Bemerkung des Herrn v. Posadowsky, eine gleichgiltige Rede des Herrn v. Thielmann, aus der blos der eine Punkt hervorzuheben ist, daß die preußische Militärverwaltung ursprünglich noch neun Millionen mehr verlangt hatte, als die Militärvorlage fordert — und eine sehr gute, in der allgemeinen Theilnahmslosigkeit jedoch fast unbeachtete Rede des Polen Motty über die Ausweisungen und das an Polen verübte Unrecht — damit schloß der zweite Tag der Etatsberathung, die morgen beendigt werden muß, wenn die erste Berathung der Militärvorlage noch vor Weihnachten stattfinden soll. —

Wieder ein Zuchthäusler!

Ein Gegenstück zum Essener Meineidsprozeß hat sich in diesen Tagen im Schwurgericht zu Hannover abgespielt. Wieder handelt es sich zunächst um eine Bagatelle, wieder um die Frage, ob jemand in einem Streit der Bedrängte oder Bedränger gewesen sei, wieder spielen deutlich, wenn auch unbewußt, politische Sympathien und Antipathien mit. Folgende Thatsachen liegen dem Vorfall zu grunde, deren genaue Prüfung wir der Oeffentlichkeit ans Herz legen, die so stürmisch begeistert ist für den Kampf um's Recht in — Frankreich:

Bei einer Vertheilung sozialdemokratischer Flugblätter, die während der Reichstagswahl in dem Orte Herkensen vorgenommen worden war, hatte einer der Vertheiler, der Steinhauer August Wessel aus Springe, im Hause des Vollmeiers Friedrich Seegers ein Flugblatt auf einen Tisch gelegt und war dann wieder fortgegangen. Als er den Hof durchschritt, kam Seegers aus dem Hause, rief ihn zurück und gab ihm das Flugblatt wieder, wobei er nach einigen wegwerfenden Bemerkungen und mit erhobener Hand ausrief: „Nun marsch, vom Hofe herunter!" Wessel ist dann, so stellt er es dar, von Seegers und dem sofort herbeigeholten Gemeindevorsteher Helmdach mit Schimpfworten regalirt und von Seegers mit Schlägen bedroht und vor die Brust gestoßen worden, so daß er an dem auf dem Hofe befindlichen Misthaufen zu Falle kam.

Wessel muß seiner Sache sehr sicher gewesen sein, denn sonst wäre es psychologisch nicht leicht zu erklären, daß er den Vollmeier Seegers wegen Bedrohung und Mißhandlung und den Gemeinde-Vorsteher (!) Helmdach wegen Beleidigung anzeigte. Die Anklage gegen diese, die beim Schöffengericht in Koppenbrügge anhängig gemacht war, wurde aber fallen gelassen und dafür, gemäß den inzwischen gestellten Strafanträgen Seeger's und Helmdach's gegen Wessel Anklage wegen Hausfriedensbruchs, Beamtenbeleidigung und ruhestörenden Lärms erhoben, der denn auch vom Schöffengericht in der Sitzung vom 14. September dieser Vergehen schuldig erklärt und zu fünf Wochen Gefängniß und 15 M. Geldstrafe verurtheilt wurde.

In dieser Gerichtssitzung hatten der Vollmeier Seegers, dessen Frau und Tochter, sowie der Ortsvorsteher Helmdach und ein Dienstmädchen namens Meyer übereinstimmend bekundet, Wessel sei auf dem Hofe nicht geschimpft und nicht gestoßen worden, er habe sich widerstrebend vom Hofe entfernt, sei mit drohend erhobenem Stocke langsam rückwärts gegangen und schließlich außerhalb des Hofes über einen Rinnstein gestolpert.

Demgegenüber stand die Aussage des Steinhauers Heinrich Schramme aus Springe, der Wessel's Begleiter gewesen, aber erst hinzugekommen war, als sich der Streit schon im Gange befand. Er bekundete vor dem Schöffengericht unter Eid, daß sich die Sache so abgespielt hatte, wie Wessel aussagte. Insbesondere erklärte Schramme: „Wessel kam über die Straße gelaufen, was er laufen konnte."

Diese Aussage, die mit den Erklärungen der Seegers'schen Familie, des Dienstmädchens Meyer und des Gemeindevorstehers Helmdach in Widerspruch stand, veranlaßte den vorsitzenden Amtsrichter, den Zeugen Schramm wegen Meineidsverdachts sofort in Haft nehmen zu lassen.

Schramme hatte aber in jener Schöffengerichtssitzung, so schreibt unser Hannöversches Parteiblatt, nicht lediglich zu gunsten Wessel's ausgesagt, sondern **noch mehr zu dessen ungunsten**, indem er bezeugte: Wessel habe zu Helmdach gesagt: „Du willst Vorsteher sein? Du bist ein „Töffel" von Vorsteher. Ich achte einen aus dem Armenhause höher als Dich." Dies war die Beamtenbeleidigung, die Wessel fünf Wochen einbrachte. Schramme hatte also alles andere gethan, nur Wessel nicht „herausgerissen".

In der jetzigen Schwurgerichtsverhandlung wurde fast ausschließlich darüber verhandelt, ob Wessel vom Hofe gelaufen sei und Seegers bezw. Helmdach hinter ihm her, oder ob Wessel widerstrebend rückwärts vom Hofe „gedrängt" sei und hierbei seinen Stock drohend zur Abwehr erhoben habe. Die Hauptzeugen, Vorsteher Helmdach, Vollmeier Seegers, Ehefrau Seegers, Dienstmagd Meyer (jetzige Frau Schweinebarth) bleiben bei ihrer Aussage, die sie vor dem Schöffengericht gemacht haben. Auf Befragen erklärt Helmdach allerdings: Wessel sei **mit schlanken Schritten** rückwärts gegangen. Auch der Zeuge Schlächter Wöbbecke erklärt, Wessel sei **schnell** rückwärts gegangen. Im übrigen aber stellen auch Wöbbecke und dessen Ehefrau die Sache so dar, wie Seegers und der Vorsteher.

Auffallend ist, daß die Dienstmagd Meyer im Privatgespräch zu einigen Zeugen gesagt haben soll: sie wolle ihr Gewissen rein halten und werde sagen, daß Seegers den Wessel an den Misthaufen gestoßen habe, während sie selbst bekundet, sie habe wohl etwas über die Sache gesagt, aber das nicht. Zu der 15jährigen Dienstmagd Lohmeyer, die einen durchaus glaubwürdigen Eindruck macht, soll die Meyer gesagt haben, sie wisse nicht, ob Wessel von Seegers hingeworfen oder ob er gefallen sei. Die Meyer bestritt mit lächelnder Miene alle diese Angaben. Auffällig erscheint ferner die Aussage der Ehefrau Seegers, die auf Befragen wiederholt versichert, ihr Mann und der Vorsteher Helmdach hätten auf die Schimpfereien Wessel's gar nichts geantwortet und seien beschämt zurückgegangen, während die Ehelente Wöbbecke die Entgegnungen Helmdach's und Seegers' gehört aber nicht verstanden haben wollen.

Gendarm Schreiber, der der Ansicht ist, daß alle Entlastungszeugen, die außer Wessel übrigens von der Sache selbst nichts Bestimmtes wissen, „unter dem Einflusse des Kleinköthners Steding" stehen sollen, weil derselbe Sozialdemokrat sei und in dessen Hause „alles zurecht gemacht" würde.

Auf die Frage des Vertheidigers nach bestimmten Thatsachen hierfür weiß der Zeuge nichts anzugeben. Der **Hauptzeuge Wessel**, um dessen Person sich die ganze Sache dreht, wird „wegen Verdachts der Anstiftung zum Meineide" **nicht vereidigt.**

Die Leumundszeugen des Angeklagten, der Prokurist der Firma, bei der Schramme seit ca. 20 Jahren in Arbeit steht, sowie der Werkführer, bekunden, daß Schramme's Führung eine **sehr gute** sei, daß derselbe zu Vertrauensposten herangezogen würde und daß ihm **keiner einen Meineid** zutraue.

Der Staatsanwalt beantragt wegen der „besonderen Frivolität", die der Angeklagte bei Ablegung seines Eides an den Tag gelegt, indem er wissentlich einen falschen Eid geleistet, lediglich um einen politischen Gesinnungsgenossen „herauszureißen", **drei Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und dauernde Eidesunfähigkeit.**

Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Weinberg, sucht demgegenüber darzulegen, daß die Sache garnicht sicher aufgeklärt sei und daß die Zeugnisse der bei der Sache betheiligten oder von den Betheiligten in gewisser Hinsicht abhängigen Personen garnicht so einwandsfrei seien. Zudem komme hinzu, daß die Sache während der Wahlbewegung geschehen sei, wo die Landbevölkerung ganz besonders gegen die Sozialdemokraten „scharf gemacht" und der Vorsteher Helmdach persönlich als ein scharfer Gegner der Sozialdemokraten bekannt sei. Ferner seien besonders die Aussagen der Dienstmagd Meyer mit größter Vorsicht aufzunehmen, die anscheinend in ihren Privatgesprächen gegen dritte Personen „aus der Schule geschwatzt" habe. Auf keinen Fall könne man aber den wissentlichen Meineid für vorliegend erachten. Der Vertheidiger stellt deshalb die Hilfsfrage wegen Fahrlässigkeit.

Die Geschworenen sprachen indessen das „Schuldig" des wissentlichen Meineids, worauf das **Gericht dem Antrage der Staatsanwaltschaft gemäß erkannte.**

Der Prozeß, der geeignet ist, weithin die Gemüther zu erregen, ist zunächst wieder ein Beweis gegen das bei uns herrschende Eideswesen. Die Meineidseuche, über die man klagt, ist nur die natürliche Folge der viel beklagenswertheren Vielschwörerei. Es ist an sich höchst bedenklich, daß um jeden Quark Eide geschworen werden müssen, namentlich in Fällen, wo die subjektive Einbildung auch dem nüchternsten Kopf leicht einen Possen spielt, wo die Feststellung der objektiven Wahrheit unmöglich ist.

Heute läuft jeder Gefahr, in's Zuchthaus zu kommen, der überhaupt einen Eid leistet; eine kleine Unrichtigkeit, ein rachsüchtiger Gegner und ein strebsamer Staatsanwalt genügen, um aus jedem Eidschwur einen Strick zu drehen. Stehen sich nun gar politische Gegner gegenüber, spitzt sich die Lage so zu, daß es sich nur noch darum handelt, welche Partei in die Meineidsfalle geräth, nicht mehr darum, ob überhaupt ein Meineid geschworen ist, so entsteht ein Kampf auf Tod und Leben zwischen den bedrohten Parteien und nicht immer trifft den Schuldigen die Strafe.

Jeder Unbefangene wird in dem vorliegenden Falle zugestehen müssen, daß die innere Wahrscheinlichkeit in der Darstellung der erregten Szenen auf der Seite des jetzt Verurtheilten liegt. Man weiß ja, wie sozialdemokratische Zettelvertheiler behandelt werden, wenn sie sich einmal auf den Hof fanatischer Gegner verirren. Die Organe des Bundes der Landwirthe pflegen ja ganz unverhohlen die Taktik der Dreschflegel und der Hundepeitsche zu empfehlen. Dagegen ist es nicht gerade bekannt, daß Zettelvertheiler so unklug sind, mit den dörflichen Gewalthabern eine Kraftprobe anzustellen.

Wir legen dabei nicht einmal darauf Gewicht, daß sich die Zeugenpartei des Vollmeiers in Widersprüche verwickelt zu haben scheint, wie denn die Feststellung solcher Wider-

sprüche in unserer Rechtsprechung eine allzu große, unheilvolle Rolle spielt. Wir behaupten nicht, daß diese Partei Meineide geschworen hat, daß sie wider besseres Wissen ihre Aussagen gemacht haben. Damit aber ist nicht gesagt, daß nunmehr objektiv die Richtigkeit ihrer Behauptungen feststehe.

Die Geschworenen aber haben statt des uns angebracht erscheinenden non liquet, das Schuldig ausgesprochen.

Das Urtheil der Geschworenen und des Gerichts in Hannover entspricht nicht dem freien Rechtsbewußtsein, schon deshalb nicht, weil der einzige Schuldbeweis der Eid der selbst von dem Meineidsverdacht bedrohten Interessenten ist.

Bürgerliche Geschworene, die über einen Mann abzuurtheilen haben, der für die gegen ihre Klasseninteressen kämpfende Sozialdemokratie thätig gewesen ist, werden immer geneigt sein, dem Staatsanwalt Glauben zu schenken, wenn er, wie hier, behauptet, der Angeklagte habe falsch ausgesagt lediglich deshalb, um einen politischen Gesinnungsgenossen herauszureißen.

Wenn nicht das Reichsgericht das Urtheil aufhebt, muß der bereits im 45. Lebensjahre stehende Arbeiter Schramme drei Jahre im Zuchthaus schmachten, wozu noch die Qual eines 10jährigen Ehrverlustes und die dauernde Eidesunfähigkeit kommen.

Einstweilen wird die öffentliche Meinung die Revision vorzunehmen haben! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Dezember.

Die zweijährige Dienstzeit.

Das Zentrum scheint sich in der That zu verpflichten, für die Festlegung der zweijährigen Dienstzeit einzutreten. Die „Köln. Volksztg." schreibt:

> Wir theilen die Auffassung einer mehreren Zentrumsblättern zugehenden Korrespondenz, daß nach Lage der Verhältnisse von einer Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit keine Rede sein kann und der Reichstag der Regierung daher kein „Abstandsgeld" zu geben braucht, wenn sie auf diese unbrauchbare „Vollmacht" in aller Form verzichtet. Es gehört jedoch zur Ordnung und zur Harmonie zwischen den gesetzgebenden Faktoren, daß dieser wesentliche Bestandtheil der Lasten und Rechte des Volkes nunmehr gesetzlich festgelegt werde.

Dagegen spricht sich die „Nat. Korr." unzweideutig gegen die Festlegung aus. Wenn das Zentrum stand hält, hat das nationalliberale Gehaben keine Bedeutung. Vor allem kommt es aber darauf an, daß das Zentrum die zweijährige Dienstzeit wirklich nicht als Kompensationsobjekt behandelt, sondern sie bedingungslos fordert, gleichgiltig wie das Schicksal der Militärvorlage ausfallen möge. —

Die gestrige Rede des Herrn v. Bülow wird von der „Voss. Ztg." als staatsmännische Leistung gelobt, weil sie die schroffe Sprache des Grafen Thun gerügt habe, ohne zu verletzen. „Gerügt" hat die Rede gar nichts, wohl aber ein langes Brimborium über die Ausweisungen gemacht, ohne etwas zur Entlastung der deutschen Regierung zu sagen. Die Sache ist: Graf Thun hatte Recht; und die Handlungsweise der deutschen Regierung läßt sich nicht rechtfertigen. Für dieses nicht zu rechtfertigende Handeln ist aber gerade der „staatsmännische" Bülow verantwortlich, wenn er nicht ein Strohmann ist. Mit glatten Allgemeinheiten über schwierige Fragen wegschlüpfen, mag hofmännisch sein — staatsmännisch ist es gewiß nicht. —

Das Ende des Anarchistenkränzchens.

Der „Italie" zufolge wird die Anti-Anarchistenkonferenz vor Sonnabend ihre Arbeiten aussetzen und sie in der zweiten Hälfte des Monats Januar wieder aufnehmen; es werden sich dann an den Verhandlungen nur die Chefs der auswärtigen Vertretungen in Rom betheiligen.

Damit wird nun auch offiziell eingestanden, daß die glorreiche Völkerrettungs-Konferenz kläglich gescheitert ist. Die fremden Polizei-Staatsmänner kehren wieder an ihren häuslichen Heerd zurück, und, wenn sich nach Weihnachten wirklich noch die Botschafter und Gesandten über die „Chose" unterhalten wollen, so würde das nur beweisen, daß die Herren trotz ihrer Berufsgeschäfte noch viel freie Zeit haben.

Das Attentat auf das Asylrecht ist jedenfalls jämmerlich mißlungen. Es sind eben nicht alle Länder so weit rückständig, wie Italien und seine Gesinnungsverwandten. —

* * *

Deutsches Reich.

Die späte Einberufung des Reichstages trägt nun ihre Folgen. Die ganze Thätigkeit des Reichstages vor Weihnachten wird sechs Tage betragen. In voriger Woche war die gesetzgebende Körperschaft zwei Tage beisammen, in dieser Woche soll sie vier Tage arbeiten, und damit ist ihre Thätigkeit vor den Weihnachtsferien beendet. Es wird berichtet:

> Man hatte ursprünglich auf die Etatsberathungen des Reichstages fünf Tage gerechnet. Nunmehr glaubt man aber, daß sie bereits am Donnerstag zu Ende gehen werden. Für diesen Fall würde die letzte Sitzung vor den Weihnachtsferien an diesem Tage stattfinden, da außer dem Etat nichts mehr berathen werden soll. Die Weihnachtsferien werden bis zum 8. Januar 1899 währen.

Wir müssen gestehen, wegen eines solchen sechstägigen Arbeitspensums sollte man den Abgeordneten garnicht erst die Umstände machen, sich nach Berlin bemühen zu müssen. Es muß entschieden dahin gewirkt werden, daß in Zukunft die Einberufung des Reichstages rechtzeitig erfolgt. — bei etwaiger Abwesenheit des Kaisers könnte dann ja der Reichstag durch den Onkel Chlodwig eröffnet werden. —

Die Schriftführerwahl im Reichstag, bei der ein Theil des Zentrums entgegen dem abgegebenen Versprechen nicht für Schippel, sondern für den Polen gestimmt hat, beschäftigt noch immer die Presse. Endlich findet nun auch eins der führenden Zentrumsblätter Worte in der Angelegenheit. Die „Köln. Volks-Ztg." schreibt:

> Wir haben uns bereits dahin ausgesprochen, daß die Wahl des Abg. Schippel gute Politik gewesen wäre. Wenn die Sozialdemokraten positiv mitarbeiten wollen, so soll man ihnen das nicht erschweren, sondern erleichtern. Diese Erwägung drängt so sehr sich auf, daß es kaum verständlich erscheinen müßte, wenn wirklich bei der fraglichen Wahl ein „rechter Flügel" des Zentrums die Vertreter des Zentrums im Seniorenkonvent im Stiche gelassen hätte.

Es hat lange gedauert, ehe aus Zentrumskreisen eine Antwort auf die Anschuldigungen erfolgte, aber wir müssen anerkennen, daß jener rechte Zentrumsflügel von der „Köln. Volks-Ztg." ziemlich unverblümt getadelt wird. Die „Germania" thut, als habe sie von dem ihrer Partei vorgeworfenen Wortbruch nichts gehört. Sie ist wohl der Flügelmann auf dem bewußten rechten Flügel? —

Wiederherstellung der Produktenbörse. Nach der „Frankf. Zeitung" werden Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Verein Berliner Getreide- und Produktenhändler gepflogen. Es handelt sich um die Wiederherstellung der Produktenbörse. —

Die Handelsvertragsverhandlungen mit den Vereinigten Staaten sollen, wie aus Philadelphia berichtet wird, im Laufe dieses Winters wieder aufgenommen werden.

Die „New-York Times" schreibt, die Zeit sei günstig für ein Bündniß oder eine innige Verständigung, die Großbritannien und Deutschland mit den Vereinigten Staaten für die Beschützung ihrer gemeinsamen Interessen und als Bürgen des Weltfriedens vereinigen würde.

Der bayerische Senat, der am obersten Militärgerichtshof in Berlin gebildet werden soll, erhält, wie der bayerisch-offiziösen „Augsb. Abendztg." aus München mitgetheilt wird, einen bayerischen General als Vorsitzenden und vier Stabsoffiziere, einschließlich eines im Rang eines Regimentskommandeurs stehenden Stabsoffiziers, als Mitglieder, auch eine Anzahl Auditoriatsbeamte. Sie werden auf 2—3 Jahre nach Berlin kommandirt. —

Vom preußischen Bergbau. Die vom Dortmunder Ober-Bergamt geplante Berg-Polizeiverordnung, wonach fremdsprachliche Arbeiter in Bergwerken und deren Nebenanlagen nur dann beschäftigt werden dürfen, wenn sie genügend deutsch verstehen, und wonach sie auf verantwortungsvolle Posten nur dann gestellt werden dürfen, wenn sie die deutsche Sprache fertig sprechen und lesen können, ist, wie das Berliner Sprachrohr der Zechenbesitzer, die „Berl. Neuesten Nachr." mittheilen, von dem Verein für die bergbaulichen Interessen des Ober-Bergamtsbezirks Dortmund mit Erfolg angefochten worden insofern, als der Verein vom Minister die Hinausschiebung des Termins erlangt hat, wo die Polizeiverordnung in kraft treten soll. Bei dieser Gelegenheit erfährt man, daß tausende von Arbeitern, die nicht ausreichend Deutsch verstehen, um nach der Polizeiverordnung verantwortungsvolle Posten versehen zu können, jetzt solche Posten inne haben, wie z. B. die Posten von Aufsehern, Maschinenführern, Kessel- und Pumpenwärtern, Schießmeistern, Wettermännern, Ortsältesten, Schachthauern, Anschlägern ꝛc.

Und unter solchen Umständen wagen die Zechenbesitzer noch zu behaupten, daß für die Sicherheit der Bergleute in den Gruben ausreichend gesorgt sei, — wagen sie noch die Nothwendigkeit zu bestreiten, daß die staatliche Grubenaufsicht durch Heranziehung von Arbeiterdelegirten verbessert werden muß? Neugierig sind wir, ob sich selbst heute, in der Aera Stumm, Minister finden werden, die hinsichtlich der Grubenaufsicht den Zumuthungen der Zechenbesitzer nachgeben. —

Vom Kampf gegen die Dänen. Aus Flensburg wird unterm 12. d. Mts. gemeldet: Die Strafkammer I verurtheilte heute acht Theilnehmer einer politischen Versammlung in Brons (Kreis Hadersleben) wegen Singens eines aufreizenden, den Redakteur Jessen vom „Flensborg Avis" verherrlichenden Liedes zu je 30 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten.

Gottlob, daß wenigstens das Deutsche Reich an dem aufreizenden Liede nicht zu Grunde gegangen ist!

Straßburg i. E., 12. Dezember. (Eig. Ber.) Wie verlautet, soll am letzten Sonntag ein Soldat der 4. Kompagnie des in Straßburg garnisonirenden Pionierbataillons Nr. 15 wegen „sozialistischer Umtriebe" verhaftet worden sein. Der Verhaftete habe auf der Stube den Mannschaften aufreizende Reden gehalten und zum Ungehorsam gegen die Vorgesetzten aufgefordert. Beim Durchsuchen seines Spindes seien eine Menge sozialistischer Schriften gefunden worden. Wenn sich die Nachricht bestätigen sollte, so dürfte der junge Mann seine thörichte und unüberlegte Handlungsweise mit langjähriger Zuchthausstrafe zu büßen haben. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Halle wird uns geschrieben: Wegen Majestätsbeleidigung wurde der 40jährige Dachdecker Friedrich Kutsch aus Halle zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr beantragt. Der seiner Behauptung nach damals betrunken gewesene Angeklagte war eines Tages im Oktober dieses Jahres zu einem wachthabenden Polizeisergeanten gegangen und hatte diesem gegenüber nach den Worten: „Wissen Sie es denn schon", in Beziehung auf den Kaiser eine beleidigende Aeußerung gethan. Der Angeklagte wurde sofort verhaftet, da die in Frage kommende Aeußerung ungeheuerlich erschien. Die Verhandlung war öffentlich.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die politische Situation ist durch die Reise Banffy's nach Wien und dessen Audienz beim Kaiser in keiner Weise geändert. Der Ministerpräsident ist in der Hofburg „huldvollst" empfangen worden und hat — nicht demissionirt, wie von manchen Seiten erwartet wurde. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" hält aber an der Meinung fest, daß sein Sturz doch bald erfolgen müsse. Das genannte Blatt sieht keinen Grund zur Betrübniß darüber, daß die ungarische Krise länger zu dauern sich anschickt. Je länger, desto besser. Je wilder und wüthender die Stürme in Ungarn, desto mehr wird dieses Privilegienparlament erschüttert, und desto zwingender wird die Nothwendigkeit auftreten, endlich das korrupte Wahlsystem europäisch umzugestalten. Und je länger die Krise, desto mehr reißt sie mit sich fort. Würde man Banffy heute entfernen, so könnten die Schwierigkeiten in einer Woche behoben sein. Hält er sich aber nur noch kurze Zeit, so wird er in seinen Sturz Dinge verwickeln, die werthvoller sind als ein schlechter Ministerpräsident, die aber zu beseitigen nicht minder werthvoll ist. Den Sturz Banffy's kann man wirklich mit großer Gemüthsruhe erwarten. —

Frankreich.

Monson's Entschuldigung. Der englische Botschafter Monson, der neulich in ungehöriger Art Frankreich ankrakehlt hatte, hat nun in aller Form sich entschuldigt. In einer Versammlung der Vereinigung christlicher junger Männer zu Paris gab Monson der Ueberzeugung Ausdruck, Frankreich werde mit England und Amerika zusammengehen, um den Fortschritt der Zivilisation zu sichern. Er sprach ferner seine Sympathie für Frankreich aus und hob hervor, er schätze sich glücklich, die Herzlichkeit konstatiren zu können, welche man den in Paris wohnenden Engländern entgegenbringe; er hoffe, es werde nicht mehr die Rede von dem Gerücht sein, daß ein Krieg zwischen beiden Ländern bis nächste Weihnachten ausbreche. —

Türkei.

Kanea, 12. Dezember. Die Admirale der Großmächte haben eine Proklamation erlassen, in welcher der türkischen Fahne Schutz zugesichert und die Ernennung des Prinzen Georg zum Oberkommissar der Insel Kreta auf drei Jahre unter Anerkennung der Suzeränetät des Sultans mitgetheilt wird. —

Amerika.

Washington, 12. Dezember. Schatzsekretär Gage hat an die Zolleinnehmer ein Rundschreiben gerichtet, wonach auf Zucker und Zuckerprodukte aus Ländern, welche dafür Ausfuhrprämien gewähren, entsprechende Kompensationszölle erhoben werden sollen. — Deutschland gewährt bekanntlich Ausfuhrprämien. —

Parlamentarisches.

Die erste Berathung der Militärvorlage wird, wie jetzt feststeht, erst nach den Weihnachtsferien stattfinden.

Dem Reichstage wird demnächst die Nachweisung der **Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften** für das Jahr 1897 zugehen.

Wird Stöcker's Wahl kassirt? In der sechsten Abtheilung des Reichstages wurde am Dienstag die Beschwerde über die Wahl Stöcker's behandelt. Der Referent Genosse Kunert beantragte, die Akten der Wahlprüfungs-Kommission zu überweisen, da ein sehr begründeter Einspruch gegen die Giltigkeit der Wahl eingelaufen sei. Der Antrag wurde einstimmig genehmigt. Stöcker hat, trotz großer Wahlbeeinflussungen, nur 13 Stimmen über die absolute Majorität erzielt. Es ist somit leicht möglich, daß die Wahl in der Wahlprüfungs-Kommission für ungiltig erklärt wird.

Sozialpolitische Anträge der Nationalliberalen. Von nationalliberaler Seite sind im Reichstage folgende Initiativanträge eingebracht worden: Ein Antrag des Abg. Bassermann: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Prinzipalen einerseits und Handlungsgehilfen und Lehrlingen andererseits kaufmännische Schiedsgerichte errichtet werden. Ein zweiter Antrag des Abg. Bassermann bezweckt eine Ergänzung und Abänderung der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über die Kündigungsfrist im Handelsgewerbe; er enthält folgende Bestimmungen, die hinter § 133a der Gewerbe-Ordnung eingefügt werden sollen: „Wird durch Vertrag eine kürzere oder längere Kündigungsfrist bedungen, so muß sie für beide Theile gleich sein; sie darf nicht weniger als einen Monat betragen. Die Kündigung kann nur für den Schluß eines Kalendermonats zugelassen werden. Diese Vorschriften finden auch in dem Falle Anwendung, wenn das Dienstverhältniß für bestimmte Zeit mit der Vereinbarung eingegangen wird, daß es in Ermangelung einer vor dem Ablaufe der Vertragszeit erfolgten Kündigung als verlängert gelten soll. Eine Vereinbarung, die diesen Vorschriften zuwiderläuft, ist nichtig. Diese Vorschriften des § 133aa finden keine Anwendung, wenn der Angestellte ein Gehalt von mindestens fünftausend Mark für das Jahr bezieht. Sie bleiben ferner außer Anwendung, wenn der Angestellte für eine außereuropäische Niederlassung angenommen ist und nach dem Vertrage der Arbeitgeber für den Fall, daß er das Dienstverhältniß kündigt, die Kosten der Rückreise des Angestellten zu tragen hat. Wird ein Angestellter nur zur vorübergehenden Aushilfe genommen, so finden die Vorschriften keine Anwendung, es sei denn, daß das Dienstverhältniß über die Zeit von drei Monaten hinaus fortgesetzt wird. Die Kündigungsfrist muß jedoch auch in einem solchen Falle für beide Theile gleich sein." Sodann haben die Abgg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim, Bassermann, Prinz zu Schönaich-Carolath, Dr. Hasse und Graf v. Oriola einen Gesetzentwurf wieder eingebracht, der zunächst die Arbeiterschutz-Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung auf die Werkstätten der Hausgewerbetreibenden ausdehnt.

Die Antisemiten haben auch drei Initiativanträge eingebracht, zwei alte und einen neuen. Es sind dies: 1. ein Gesetzentwurf, betreffend die Einwanderung ausländischer Juden, worin sowohl die Neueinwanderung wie auch das Verhältniß der in Deutschland sich aufhaltenden ausländischen Juden geregelt wird; 2. ein Gesetzentwurf, der die mit dem Schächten verbundene Thierquälerei abstellt, indem die Betäubung der Schlachtthiere vor der Tödtung gefordert wird; 3. ein Antrag auf Einführung der Wahlpflicht, wonach die grundlose Versäumniß der Ausübung des Wahlrechts den Verlust politischer Rechte auf Zeit nach sich zieht.

Zentrum und Sozialdemokratie.

Es wird uns geschrieben:

Die klerikale Presse hat sich ob der von mir im „Vorwärts" unter obigem Titel angestellten Betrachtung über die zahlenmäßigen Thatsachen, welche die jüngsten Reichstagswahlen hinsichtlich der Widerstandskraft der katholischen Kirche gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie erwiesen haben, ganz gewaltig geärgert. Dies hat seinen tieferen Grund jedoch nicht in der Art meiner Betrachtung, sondern in den Thatsachen. Der geradezu fanatische Eifer, mit welchem die Zentrumspresse im Norden und Süden des Reiches über meine Schlußfolgerungen herfällt, verräth deutlich, wie unangenehm dort die Wirkungen der von mir festgestellten Thatsache empfunden werden. Ich besitze natürlich Herz genug, um das Mißbehagen nachfühlen zu können, das sich der führenden Kreise des deutschen Klerikalismus bemächtigt, sobald man es wagt, ihre Zirkel zu stören, mittels deren sie an maßgebender Stelle im Reiche den Beweis dafür zu erbringen versuchen, daß die katholische Kirche die Heilsinsel sei, auf welche das von den Wogen des Klassenkampfes umbrandete Schiff der bürgerlichen Gesellschaft seinen Kurs steuern müsse, wenn es nicht rettungslos dem Untergang geweiht sein solle.

Trotz alledem sehe ich mich gezwungen, die von mir aufgestellten Behauptungen in ihrem ganzen Umfang aufrecht zu erhalten, weil ich der festen Ueberzeugung bin, daß nicht religiös-konfessionelle, sondern lediglich soziale und politische Momente das Tempo bestimmen, in welchem der sozialistische Gedanke in unserem Volke an Ausdehnung gewinnt.

Es ist eine auch von der Zentrumspresse zugegebene Thatsache, daß von den 27 Großstädten des Reiches mindestens 20 eine überwiegend, zum theil fast ausschließlich protestantische Bevölkerung haben, so daß also ein größerer Prozentsatz der protestantischen Bevölkerung des Reiches in Großstädten wohnt, als dies bei den Katholiken der Fall ist, deren Verbreitungsbezirk im wesentlichen die ländlichen Gegenden vornehmlich des westlichen und südlichen Deutschlands sind. Nun stammen aber volle 30 pCt., also nahezu ein Drittel der gesammten sozialistischen Stimmen aus diesen Großstädten, obwohl in denselben nur etwa 15 pCt. der ganzen Reichsbevölkerung wohnen. Die Großstädte stellen also ein relativ weit stärkeres Kontingent zur Armee der sozialistischen Wähler, als dies in den Mittel- und Kleinstädten und auf dem flachen Lande der Fall ist. Daß diese Erscheinung jedoch nicht mit der Qualität des konfessionellen Bekenntnisses jener Bevölkerungsmassen zusammenhängt, sondern lediglich in den sozialen Verhältnissen ihren Grund hat, in welchen dieselben leben (dichte Häufung des lohnproletarischen Elements, leichte und ununterbrochene Fühlung der Massen, Leichtigkeit der gegenseitigen Verständigung und Aufklärung, greller Kontrast von Luxus und Elend ꝛc.), das dürfte selbst von Zentrumsseite nicht bestritten werden können. Eines der mir entgegentretenden Zentrumsorgane, die „Märkische Volkszeitung", kommt dieser meiner Argumentirung, allerdings unfreiwillig, dadurch zu Hilfe, daß es behauptet, selbst in katholischen Städten, wie Köln, Düsseldorf ꝛc., bestehe die Arbeiterbevölkerung aus zugezogenen Protestanten. Angenommen, dies sei richtig, so wird doch jeder vernünftige Mensch zugeben, daß diese Leute am Wahltage nicht deshalb sozialistisch stimmen, weil sie protestantisch sind, sondern weil sie eben als Lohnproletarier an der Durchführung der vom Parteiprogramm der Sozialdemokratie aufgestellten Forderungen wie auch an der anzustrebenden Sozialisirung der Gesellschaft ein lebhaftes Interesse haben. Man nehme einmal an, die Lohnarbeiterschaft der Großstädte sei in einem anderen, besseren sozialen Boden, etwa in der relativen Selbständigkeit des süddeutschen Kleinbauern, aufgewachsen, und es würde sich zweifellos zeigen, daß sie, ganz ohne die Mitwirkung der katholischen Kirche, auch heute noch der Sozialdemokratie zum überwiegenden Theil feindlich gegenüberstände. Ahnt denn die „Märk. Volksztg." nicht, welch' schlechtes Zeugniß sie der politischen Festigkeit ihrer Anhänger ausstellt, wenn sie, durch die niederschmetternden Abstimmungsresultate der katholischen Bevölkerung Oberschlesiens in die Enge getrieben, sich mit dem Hinweis darauf zu retten sucht, die gewaltige Zunahme der sozialistischen Stimmen sei hauptsächlich auf die Unzufriedenheit der dortigen Bevölkerung über das Schweine-Einfuhrverbot zurückzuführen?! Fühlt sie nicht, wie nachdrücklich sie unsere Behauptung, daß die Wählerschaft sich bei ihrer Abstimmung am Wahltage in erster Reihe durch Erwägungen politischer und sozialer Natur bestimmen läßt, unterstützt, wenn sie selbst zugiebt, daß die klerikalen Schäflein schon aus einer verhältnißmäßig geringfügigen Ursache aus der Hürde brechen und den „rothen Verführern" nachlaufen?!

Der Verfasser dieser Zeilen stammt aus einem vorwiegend ländlichen Wahlkreise, der geographisch in zwei scharf getrennte Hälften getheilt ist, von denen die eine durchweg dem katholischen, die andere ausschließlich dem protestantischen Bekenntniß angehört.

Bei den Wahlen zeigt sich dort regelmäßig das interessante Bild, daß die etwa 2000 Stimmen der Sozialdemokratie sich fast ausnahmslos aus der katholischen Hälfte des Kreises rekrutiren, während die protestantischen Gemeinden eine geradezu verschwindend geringe sozialistische Minderheit aufweisen. Und welches ist der Grund für diese Erscheinung? Die katholischen Orte gruppiren sich zum theil um die, übrigens auch vorwiegend katholische, industriereiche Kreishauptstadt und entsenden dorthin Tag für Tag ein starkes Aufgebot von Fabrikarbeitern; zum andern Theil ernähren sie sich vom Weinbau, der in den letzten Jahrzehnten sich bekanntlich sehr wenig einträglich gestaltet und zu einer starken Verschuldung der Bauern geführt hat, oder aber es sind arme Gebirgsdörfer, die auf der abschüssigen Bahn zum wirthschaftlichen Ruin bereits bei der Ziegenhaltung an stelle einer rationellen Rindviehzucht angelangt sind. Die protestantischen Gemeinden in der fruchtbaren Ebene dagegen erfreuen sich infolge ihrer immer noch einträglichen Pflanzung marktfähiger Handelsgewächse, wie Getreide, Hopfen, Hanf, Tabak ꝛc., eines relativ hohen Wohlstandes, der in dem Aeußern der sauberen Ortschaften und dem kräftigen Menschenschlag ihrer Bewohner deutlich zum Ausdruck kommt. Also auch hier sind es Motive lediglich wirthschaftlicher Natur, welche das politische Bekenntniß der Bevölkerung beeinflussen; und zwar haben dieselben in diesem Falle zu einem Erfolg geführt, der dem von klerikaler Seite behaupteten gerade entgegengesetzt ist. Selbstverständlich bin ich weit davon entfernt, in den Fehler meiner klerikalen Widersacher zu verfallen und aus einem Einzelfalle eine gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit zu konstruiren, indem ich etwa aus dem angeführten Beispiele die Schlußfolgerung zöge, das protestantische Bekenntniß zeige eine größere Widerstandskraft gegen den sozialistischen Gedanken als das katholische.

Die von der Zentrumspresse bei der Bekämpfung der von mir aufgestellten Behauptungen befolgte Methode ist ebenso thöricht als einfach. Sobald man sie mit den unbeugsamen Zahlenreihen der Wahlstatistik in die Enge treibt und den Beweis führt, daß auch die katholischen Gegenden dem Zuge nach der äußersten Linken nicht mehr widerstehen, so sucht sie sich auf den natürlich völlig beweislosen Einwand zu retten: ja, die sozialistischen Stimmen in diesen Gegenden stammen nicht von den Katholiken, sondern sind von den zugewanderten Protestanten abgegeben. Schlägt man ihr auch dieses fadenscheinige Pallium in Fetzen, dann heißt es: wir geben zu, daß die sozialistischen Wähler da und dort Katholiken sind; aber das ist eben nicht der lebenskräftige Glaube, der geübt sein muß und nicht blos ein Aushängeschild sein darf.

Was nun die Technik meiner Berechnungsmethode in der vielgelästerten Wahlbetrachtung anbelangt, so hat der klerikalen Presse vor allem eins mißfallen: die Formirung der größeren Verwaltungsbezirke bezw. Einzelstaaten des Reiches nach Maßgabe ihrer konfessionellen Schichtung. In demselben Athemzuge aber, in dem man mir den Vorwurf macht, mit viel zu großen Gebietseinheiten zu operiren, anstatt auf die kleinsten Gebilde der Wahlkreise oder gar auf die Gemeinden zurückzugreifen, giebt man zu, daß eine absolut zuverlässige Statistik über die Vertheilung der sozialistischen Stimmen unter die beiden großen Konfessionen nur dann hergestellt werden könnte, wenn durch eine öffentliche Stimmabgabe sich die Abstimmung eines jeden einzelnen katholischen Wählers kontrolliren ließe. (Berliner „Germania".) Da ich einsichtig genug bin, um diesen Schluß aller statistisch-technischen Weisheit ganz von selbst, ohne jede klerikale Hilfe, zu ziehen, müßte ich mich eben nothgedrungen zur Einschlagung des von mir gewählten Weges entschließen. Ich konnte dies um so unbedenklicher thun, als erfahrungsgemäß im Rahmen allzu kleiner Gebietseinheiten die Reinheit des politischen Bekenntnisses in der Abstimmung am Wahltage manchmal durch allerlei Beweggründe persönlicher und lokaler Natur getrübt wird, und erst die Zusammenfassung einer Reihe derartiger Einheiten in einem Rahmen von größerem Umfang die Möglichkeit giebt, zu brauchbaren Durchschnittswerthen zu gelangen und den Bedingungen des „Gesetzes der großen Zahl" zu genügen. Der Einwand, daß man die Gruppirung, ebensogut wie nach Provinzen und Staaten, auch nach Länge- und Breitegraden oder gar nach dem Alphabet hätte vornehmen können (Kölnische Volksztg."), ist doch gar zu naiv, als daß ich es für nöthig halte, des näheren darauf einzugehen.

Meine so heftig angefochtene Aufbereitung des Wahlziffernmaterials erfolgte nicht zum Mindesten zu dem Zwecke, auch den vereinzelten sozialistischen Kreisen gegenüber, welche an der Widerstandskraft der katholischen Kirche gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie zu glauben geneigt sind, diese Auffassung auf ihre thatsächliche Grundlosigkeit zurückzuführen. Es kam mir daher vor allem darauf an, zu zeigen — wie es ja auch im Eingang meiner Darlegung gesagt ist —, in welchem Verhältniß die sozialistischen Stimmenzahlen zwischen 1893 und 1898 in den Ländern mit der verschiedenen konfessionellen Schichtung gewachsen sind, wobei ich die relative Höhe der sozialistischen Stimmantheile in den einzelnen Gebietstheilen des Reiches schon deshalb als bekannt voraussetzen dürfte, weil der „Vorwärts" kurz vorher, und zwar wiederholt, die einschlägigen Ziffern mitgetheilt hatte. Der Vorwurf der Unterdrückung dieser Ziffern, deren Mittheilung meinen Zwecken keineswegs hinderlich gewesen wäre, ist also durchaus hinfällig.

Zu welch' fadenscheinigen Argumenten meine Widersacher bei der versuchten Abschwächung meiner Schlußfolgerungen zu greifen sich gezwungen sehen, das erhellt u. a. daraus, daß die „Germania", die „Schlesische Volkszeitung" u. a. m. mit sichtlichem Behagen auf die von niemandem bestrittene Thatsache hinweisen, daß „die große Mehrzahl der sozialistischen Stimmen aus den protestantischen Landestheilen kommt". Als ob es nicht ganz natürlich wäre, daß in einem Staate, der zu nahezu zwei Dritttheilen aus Angehörigen des protestantischen Bekenntnisses besteht, die Protestanten auch ein absolut größeres Kontingent zur Gesammtzahl der sozialistischen Wähler stellen als die Katholiken! Ganz nebenbei, lediglich zur Charakterisirung der Oberflächlichkeit, deren sich die klerikale Presse bei der Handhabung des gegen mich ins Feld geführten Zahlenmaterials befleißigt, sei erwähnt, daß die „Germania", und mit ihr der ganze Troß ihrer gläubigen Nachbeter von Breslau bis Karlsruhe, dem zu zwei Drittel protestantischen Königreich Württemberg 162 731 bezw. 221 644 sozialistische Stimmen zuweist, während im ganzen dort nur etwa 300 000 Stimmen abgegeben zu werden pflegen.

Es war bei den jüngsten Reichstagswahlen begründete Veranlassung vorhanden zu der Annahme, daß die Schwenkung nach der regierungsfreundlichen Seite, welche die Zentrumsdiplomaten im Laufe der letzten Jahre in den wichtigsten innerpolitischen Fragen des Reiches, insbesondere in ihrer Stellung zu den riesigen Militär- und Marineforderungen, vollzogen hat, im Volke insofern eine entschiedene Reaktion hervorrufen werde, als sich größere Massen der bisher zum Zentrum schwörenden Wähler von diesem abwenden und der entschiedensten Opposition gegen die zunehmende Volksbelastung und Volksausbeutung, also der Sozialdemokratie, zuwenden würden. Diese Erwartung hat sich erfüllt, aus dem einfachen Grunde, weil in unserem Volke glücklicherweise noch so viel gesunder Mutterwitz vorhanden ist, daß es in allen jenen Fragen, die seine ureigensten materiellen Interessen tagtäglich auf das Empfindlichste berühren, die konfessionelle Zugehörigkeit zur katholischen Kirche von seiner politischen Ueberzeugung wohl zu trennen weiß und infolgedessen einer Partei die Gefolgschaft kündigt, die bei jeder Gelegenheit, wo es gilt, den maßlosen Anforderungen eines markzerstörenden Militärsystems gegenüber das entschiedenste „Nein!" entgegenzusetzen, mit mathematischer Sicherheit versagt und der Regierung die Hand zur Durchführung der volksfeindlichsten Pläne reicht.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß es für die Herren vom Zentrum unangenehm ist, wenn man ihnen an der Hand der jüngsten Reichstagswahl-Ergebnisse die Massenflucht der Wähler aus ihrem Lager in dasjenige der Sozialdemokratie mit nackten Zahlen vor Augen führt. Anstatt aber nach Art des Vogel Strauß dieser Erscheinung gegenüber den Kopf in den Sand zu stecken, thäte man in den leitenden Kreisen des deutschen Klerikalismus besser, aus diesen unbestreitbaren Thatsachen den naheliegenden Schluß zu ziehen und die Zeichen des 16. Juni 1898 klugerweise dahin zu deuten, daß das Zentrum als politische Partei seiner Auflösung entgegengehen muß, wenn es fortfährt, die vitalsten Interessen des werkthätigen Volkes in Stadt und Land in der Weise zu verrathen, wie es durch seine Stellungnahme zu den großen Militär- und Marineforderungen der letzten Jahre geschehen ist.

O. G.

Partei-Nachrichten.

Ein Stimmungsbild von der Wasserkante. Daß den Sozialdemokraten im Deutschen Reiche die Säle abgetrieben werden, wenn sie Versammlungen abhalten wollen, das ist den Genossen im Reiche nichts Neues. Aber wie unverblümt dies geschieht auch dann, wenn man ganz genau weiß, daß der Fall im Reichstag oder in der Presse an die Oeffentlichkeit gezogen wird, dafür hier einmal ein markantes Beispiel. Der Genosse Singer, der am letzten Sonntag in Oldenburg gesprochen hatte, wollte am Montag in Wilhelmshaven referiren. Jedoch sollte die Sache hier nicht so glatt von statten gehen.

Schon am Montag früh schwirrten allerlei Gerüchte herum. Einmal hieß es, die Polizei wolle die Versammlung nicht dulden, weil die Bühne baufällig sei. Als die leitenden Genossen auf die Besetzung der Bühne zu verzichten sich bereit erklärten, hieß es wieder, daß ein anderer Theil des Saales nicht genüge. Dann wieder sollten sich die Anwohner beschwert haben über das Geräusch, welches die den Betrieb der Lichtmaschine vermittelnde Lokomobile verursache und es sei dem Inhaber des Lokals bei 50 M. Strafe verboten worden, die Lokomobile zu benutzen. Zuletzt hieß es dann, diese ominöse Lokomobile solle ihm abgenommen werden, da sie der Baubehörde gehöre. Darauf erbot sich ein Genosse, so viel Lampen herbei zu schaffen, daß der Saal beleuchtet werden könne. Nun endlich schienen alle Schwierigkeiten beseitigt.

Doch an der „Tapferkeit" unserer Gegner scheiterten alle Bemühungen. Als Singer um 8 Uhr am Eingange des Versammlungslokals erschien, war derselbe bereits polizeilich gesperrt, da der annähernd 3000 Menschen fassende Saal buchstäblich überfüllt war. Als Singer seinen Namen nannte, traten allerdings die Beamten zur Seite, um ihm den Eintritt zu gestatten. Kopf an Kopf stand die ungeheure Menge und harrte der Eröffnung der Versammlung. Singer und seine Begleiter aber wurden von einem Genossen ersucht, in ein Nebenzimmer zu treten, wo ihnen die Mittheilung gemacht wurde, der Wirth habe im letzten Augenblick erklärt, er werde die Versammlung nicht stattfinden lassen. Alle Vorstellungen, die Singer dem Mann machte, indem er auf die Gefahren hinwies, die daraus entstehen könnten, wenn die dichtgedrängte Menge so plötzlich den Saal räumen müßte, nützten nichts. Der Mann erklärte, er müsse sich erschießen, wenn die Versammlung stattfinde. Singer sprach sodann eindringlich mit dem Polizeikommissar, allein dieser, obgleich sehr höflich, erklärte achselzuckend, er könne nichts thun, wir möchten versuchen, den Versammelten die Sachlage klar zu machen, er zweifle nicht, daß alles in Ruhe sich entwickeln und der Saal ohne Zwischenfall geräumt werden würde. Singer erklärte, nachdem er vergeblich alles aufgeboten hatte, um die Abhaltung der Versammlung zu ermöglichen, er und seine Freunde lehnten jede Verantwortlichkeit ab, aber er werde sicher diese neue Vernichtungsmethode im Reichstag zur Sprache bringen, worauf der Kommissar erklärte, das wisse er wohl.

Genug, die Versammlung konnte dann in einem Lokal auf Banter Gebiet abgehalten werden und die Versammlung bewerkstelligte ihren Umzug ohne jeden Zwischenfall. Aber für die Methode, wie unserer Partei ihr „Platz an der Sonne" geraubt werden soll, sind diese Vorgänge an der Wasserkante doch recht bezeichnend. —

Der nächste niederrheinische Provinzial-Parteitag wird Sonntag, den 15. Januar, in Ohligs im „Kölner Hof" abgehalten.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Chemnitz hat der Magistratsvorlage, wonach an stelle des jetzigen Gemeindewahlrechts, das auf 2 Klassen (Angesessenen und Unangesessenen) beruht, ein nach Berufsgruppen gegliedertes Wahlrecht gefordert war, ihren Segen ertheilt. Durch das neue Wahlrecht, über dessen Einzelheiten der „Vorwärts" in der Nummer vom 6. Dezember berichtet hat, soll verhindert werden, daß die Sozialdemokratie die Mehrheit in der Stadtvertretung erlange. Alle diese Versuche, zu verhindern, daß unsere Partei in den öffentlichen Körperschaften maßgebend werde, sind nicht klüger als die Handlung des Bäuerleins, das den Donau-Quell mit dem Fuße zutrat und triumphirend ausrief: Wie werden sich die in Wien wundern, wenn die Donau ausbleibt!

In den Stadtverordneten-Wahlen in Offenbach a. M. sind von einer Wahlversammlung 16 Sozialdemokraten, die elf verschiedenen Berufen angehören, als Kandidaten aufgestellt worden.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Die „Halberstädter Arbeiter-Zeitung" erhielt von dem dortigen Ersten Staatsanwalt Schöne eine Berichtigung, worin u. a. erklärt wird, es sei unwahr, daß der gefangene Redakteur Emil Meyer keine Bücher erhalte und gleich gemeinen Verbrechern behandelt werde.

Nicht berichtigt ist aber die Mittheilung des genannten Blattes, daß Meyer keine Zeitung lesen darf und daß er mit Tabakrippen beschäftigt wird. Was die Lektüre der Bücher betrifft, so bemerkt die „Halberstädter Arbeiter-Zeitung": „Bücher bekommt ja jeder Strafgefangene, z. B. das Neue Testament, die Bibel, Gesangbuch, Traktätchenliteratur, außerdem erhält er Bücher aus der Gefängniß-Bibliothek, die meistens frommen oder patriotischen Inhalt haben. Unter Bücher verstanden wir aber die von Meyer beantragten Bücher wie Goethe's Werke und verschiedene Gesetzbücher."

Ob der Redakteur Meyer diese von ihm beantragten Bücher erhalten hat, ist aus der Berichtigung des Herrn Schöne nicht zu ersehen. Sollte er aber auf die Gefängnißlektüre angewiesen sein, worin besteht dann der Unterschied zwischen seiner Behandlung und der eines gemeinen Verbrechers? —

— In Mannheim ist neben dem lokalen Redakteur der „Volksstimme", dem in Haft genommenen Parteigenossen Herzberg, auch der Redakteur des politischen Theils, Genosse Jaeckh, wegen Beleidigung des Kommerzienraths Scipio unter Anklage gestellt worden. Er wird der Mitthäterschaft bei der Abfassung und Verbreitung des inkriminirten Artikels beschuldigt. Die ganze Aktion, die in dieser Sache gegen die „Volksstimme" inszenirt wurde, wird auch von bürgerlichen Blättern Badens scharf kritisirt. Die „Neue Badische Landeszeitung" schreibt z. B.: „Wegen einer formellen Injurie den ganzen Apparat der Strafrechtspflege: Haussuchung, Verhaftung und Konfiskation — vielleicht auch noch den Zeugnißzwang — in Anwendung zu bringen, das muß doch jeden Unbetheiligten zu seltsamen Gedanken veranlassen. Man fragt sich erstaunt: „Tant de bruit pour une omelette?" (Warum so viel Lärm um einen Eierkuchen?) — Die Sache wird noch merkwürdiger, wenn man bedenkt, daß Herr Scipio sich thatsächlich eine Blöße gegeben, daß er augenscheinlich auf grund mangelhafter Information oder ungenügenden Nachdenkens Behauptungen aufgestellt hatte, die ihm unmöglich zum Ruhme gereichen können. Wer in Abrede zu stellen wagt, daß in Mannheim eine gewisse Fleischheuerung fühlbar ist und daß sie besonders den Arbeiterstand unangenehm bedrückt, der muß sich eben auf eine energische Abfertigung gefaßt machen. Das hätte Herr Scipio vorher bedenken sollen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung Töpfer! Bei der Firma Gülow in Köpenick (Bau Adlershof) haben die Töpfer wegen 10—15 prozentigen Lohnabzuges die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die „Baugewerks-Zeitung" theilt mit, daß das Jahr 1899 auf dem Baugebiete recht viele Streiks bringen wird. Als hauptsächlichste Ursache für dieselben bezeichnet das genannte Organ des Verbandes der Baugewerksmeister die gefüllten Streikkassen der Bauarbeiter und ihre Organisation. Den Arbeitgebern wird der Rath gegeben, da, wo der Streik um die Erhöhung des Lohnes entbrennt, die Berechtigung der gestellten Forderung eingehend zu prüfen und, wo es möglich ist, billiges Entgegenkommen zu zeigen, wenn dadurch nicht die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschlossenen Verträge gebrochen werden. Wo aber Verträge geschlossen werden, sei auf strengste Innehaltung derselben zu achten. Die meisten Ausstände würden aber um Herabsetzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden und um sog. Anerkennung der Organisation entbrennen, letzteres bedeute für die Unternehmer nichts anderes, als eine Vernichtung ihres Rechts, nach freiem Ermessen Arbeitskräfte einzustellen oder zu entlassen. Daher sei es wichtig, die Bauverträge recht vorsichtig abzuschließen und die Streikklausel nicht zu vergessen. Im übrigen legt die „Baugew.-Ztg." die Nothwendigkeit des Zustandekommens eines starken Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe, wie er vom Innungsverband in Breslau beschlossen worden, dar und erklärt es für eine Aufgabe des Verbandes, die christlichen Gesellenvereine zu stützen.

Die Unterstützung der christlichen Gesellenvereine dürfte wohl weniger auf allzugroße Frömmigkeit in den Kreisen der Baugewerksmeister zurückzuführen, als vielmehr ein Ausfluß recht materieller Interessen sein, die besonders bei Lohnkämpfen der Arbeiter gute Verzinsung einbringen. Dagegen finden wir die Mahnung, billiges Entgegenkommen den Forderungen der Arbeiter gegenüber zu zeigen, sehr am Platz. Nur hat sich allzuoft gezeigt, daß diese Ermahnungen in den Kreisen der Baugewerksmeister auf unfruchtbaren Boden fallen.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Würzburg siegte die Liste der Gewerkschaften, auf die 834 Stimmen fielen, gegen die Liste der katholischen Arbeitervereine, die 341 Stimmen erhielt.

In der Aktienbrauerei in Kaiserslautern ist wegen Nichteinhaltung der bewilligten Forderungen ein Streik ausgebrochen.

Die streikenden Tabakarbeiter in Lübeck beschlossen in ihrer letzten Mitgliederversammlung, sich mit der Geschäftsleitung der Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg-Eimsbüttel zwecks Errichtung einer Filiale in Verbindung zu setzen. Der Geist unter den Ausständigen ist ein guter, Abtrünnige haben sich bisher außer den wenigen gleich zu Anfang Ausgeschiedenen nicht gefunden.

Zum Weberausstand in Krefeld. Wie uns gemeldet wird, haben die Fabrikanten der 46 mechanischen Stoffwebereien der Drohung die That folgen lassen und ihren sämmtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt. Dieser rücksichtslose Gewaltakt hat die Erregung in Arbeiterkreisen bedeutend gesteigert. Zahlreich schlecht entlohnte Arbeiter sind auf diese Art kurz vor Weihnachten auf die Straße geworfen, ohne daß sie durch ihr Verhalten den Fabrikanten auch nur scheinbar einen berechtigten Grund zu solchen Maßnahmen gegeben hätten. In ihrer Empörung über diese Provokation seitens der Fabrikanten haben die Arbeiter nicht erst die Kündigungsfrist abgewartet, sondern gelangten zu dem Entschluß, sofort die Arbeit einzustellen.

Ueber die Vorgeschichte des Streiks sei kurz folgendes wiederholt: Der am 21. November d. J. in Krefeld ausgebrochene Streik der Weber wurde in wenigen Tagen beendet. Auch 75 Weber, welche acht Tage später zum Streik griffen, erzielten bald die Bewilligung ihrer Forderungen. 6—7 andere Fabrikanten erhöhten ohne Arbeitseinstellung die Löhne um 10—25 pCt. Die Organisationen der Textilarbeiter nahmen infolge dieser errungenen Vortheile bedeutend zu. Die Zahlstelle des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes hat 1280 Mitglieder, der Niederrheinische Weberverband zählt 3440 Mitglieder.

Augenblicklich stehen noch 260 Weber und Scheererinnen im Streik. Dieser Streik, welcher bei der Firma Ebeling u. Co. ausgebrochen ist, hat folgende Ursachen. Bis vor sieben Wochen erhielten die Weber für Andrehen der Pöhlen pro 1000 Faden 55 Pf. Plötzlich wurde für diese Arbeit nichts mehr bezahlt und so kam es vor, daß Arbeiter 3—5 Tage Arbeit verrichten mußten, ohne etwas bezahlt zu bekommen. In einer Fabrikversammlung wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, welche beim Prinzipal vorstellig werden sollte. Die Kommission erhielt abschlägigen Bescheid. Hierauf kündigten 167 Weber, den anderen Arbeitern wurde vom Fabrikbesitzer gekündigt und am Sonnabend die Fabrik geschlossen.

Hierauf traten die 46 Firmeninhaber zusammen und veröffentlichten folgenden Beschluß:

„Gegenüber den wachsenden agitatorischen Bestrebungen, die Arbeiter der mechanischen Stofffabriken zu ungerechtfertigten Ausständen zu veranlassen und durch Behinderung der arbeitswilligen Elemente bei den einzelnen Fabriken stets steigende Forderungen durchzusetzen, haben die unterzeichneten Firmen beschlossen, um diesem Terrorismus entgegen zu treten, daß, im Falle ein Ausstand nach Prüfung der zu diesem Zwecke eingesetzten Kommission sich als ungerechtfertigt erweist, der Betrieb — nach vorhergegangener Kündigung der Arbeiter — binnen 14 Tagen in sämmtlichen Stoffwebereien Krefelds gleichzeitig eingestellt werden soll.

Krefeld, den 6. Dezember 1898."

Die Arbeiter haben dieser Drohung gegenüber nichts unternehmen können, was die Ausführung des Vorhabens der Fabrikanten hindern konnte. Wie leicht ersichtlich, handelt es sich hier um eine Kraftprobe; die Unternehmer wollen versuchen, dem Streben der Arbeiter nach Besserung ihrer Verhältnisse unter irgend einem Vorwand zu begegnen. Das ist der Zweck des provozirten Streiks. Die Ausständigen aber können sicher sein, daß ihnen die Sympathie aller Arbeiter in ihrem Kampf zur Seite steht.

Soziales.

Unfallverhütung. Das Reichs-Versicherungsamt hat revidirten Unfallverhütungs-Vorschriften der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und der Schlesisch-Posenschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, sowie neuen Vorschriften für die Rheinisch-Westfälische Baugewerks-Berufsgenossenschaft seine Genehmigung ertheilt.

Nunmehr besitzen, wie die „Berliner Politischen Nachrichten" mittheilen, nur wenige Berufsgenossenschaften solche Unfallverhütungs-Vorschriften noch nicht. Auch die Zahl der mit der Ueberwachung der Durchführung dieser Vorschriften betrauten Beauftragten nimmt zu. Am 31. Oktober 1898 gab es deren 216, wovon 213 auf 52 gewerbliche Genossenschaften entfielen. Von den landwirthschaftlichen haben nur zwei, die schlesische und anhaltische, Beauftragte angestellt.

Gerade in der Landwirthschaft thut aber eine Verbesserung der Unfallverhütung sehr noth. Indessen wird auch bei der Industrie von einer erfolgreichen Unfallverhütung erst dann gesprochen werden können, wenn die zunächst Betheiligten, die Arbeiter, durch Zubilligung einer eigenen Vertretung bei der Betriebsaufsicht für die Unfallverhütung systematisch interessirt werden.

Unter der Gesinde-Ordnung. Ein früherer Knecht des Bauern Schmidt in St. Rehburg in Hannover erhielt von der Polizei eine auf 3 M. lautende Strafverfügung, weil er diesen Dienst „ohne rechtsgenügenden Grund" verlassen hatte. Der Knecht rief hiergegen das Schöffengericht in Stolzenau an. In der

Verhandlung vor demselben erklärte er zu seiner Rechtfertigung, daß er den Dienst verlassen habe, weil er mit einem als Trunkenbold bekannten und unter Schnapssperre stehenden Menschen in einem und demselben Bett schlafen sollte. Er habe dagegen protestirt, worauf ihm der Bauer geantwortet hätte, dann möge er beim Hunde oder unter freiem Himmel schlafen, ein anderes Bett bekäme er nicht. Das Schöffengericht sprach den Knecht frei und legte die Kosten der Staatskasse zur Last. Es führte aus, man könne selbstverständlich keinem Dienstboten zumuthen, mit einem Trunkenbold zusammen in einem Bette zu schlafen.

Das Gericht hätte noch hinzufügen sollen, daß jeder Dienstbote Anspruch auf ein eigenes Bett hat. Aber diese Konzession an die Neuzeit hat das Gericht wohl nicht mit dem Geiste der Gesinde-Ordnung vereinbaren können, der es nach unserem Dafürhalten auch lediglich zuzuschreiben, daß „Dienstherren" wie jener Bauer Schmidt auf den Gedanken kommen können, ihren Arbeitern auch das ärgste zuzumuthen.

Die Zahl der Analphabeten unter den 251 515 Rekruten, die im Ersatzjahr 1897/98 in das deutsche Landheer und in die Marine eingestellt wurden, betrug 200. Diese konnten weder irgend eine Sprache lesen noch ihren Namen schreiben. 358 Rekruten hatten Schulbildung nur in fremder, die übrigen 250 957 in deutscher Sprache. Das Verhältniß der Analphabeten zur Gesammtheit der Rekruten war 0,08 pCt.

Soziale Rechtspflege.

Fünf Schriftsetzer, die bei der Firma Rudolf Mosse im Reichs-Adreßbuch beschäftigt waren, hatten vor kurzem wegen nicht genügender Beschäftigung eine Entschädigungsklage beim Gewerbegericht anhängig gemacht und hier auch ein für sie günstiges Urtheil erreicht, worüber wir bereits berichteten. Da nun aber bei Objekten über 100 M. Berufung an das Landgericht zulässig und das Objekt für alle fünf Setzer zusammen 107 M. betrug, so machte Mosse das Berufungsrecht geltend. Am 9. Dezember erkannte die Berufungskammer am Landgericht I zu ungunsten der fünf Setzer, indem sie die Aufhebung des Urtheils des Gewerbegerichts und Abweisung der Klage der Setzer aussprach.

Hieraus mögen die Arbeiter die Lehre ziehen, daß bei derartigen Entschädigungsklagen vor dem Gewerbegericht entweder die Klagen bei Objekten über 100 M. getheilt oder auf diese Summe herabzumindern sind, um die Berufung zu vermeiden, die bei den gelehrten Richtern häufig genug für die Arbeiter ungünstig ausfällt.

Gerichts-Zeitung.

36 000 Stück Mauersteine sollten die Fuhrherren Hermann Pech und Karl Blümel, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I standen, ihrem Auftraggeber unterschlagen haben, während der dritte Angeklagte, der Kutscher Friedrich Wolff, der Begünstigung beschuldigt war. Der Malermeister Buchmann führte in diesem Frühjahr mehrere Neubauten in der Insterburgerstraße auf. Die Steine hatte der Ziegeleibesitzer Krause zu Königs-Wusterhausen zu liefern. Es liefen während der Bauzeit täglich Doppelwagen auf dem Ostbahnhofe ein, von wo sie durch die Gespanne der beiden ersten Angeklagten abgefahren wurden. Einer der Kutscher machte die Anzeige, daß eine ganze Anzahl Fuhren nicht nach den Neubauten, sondern theils nach dem Blümel'schen, theils nach anderen Stätteplätzen gebracht worden seien. Thatsächlich wurden an diesen Stellen 36 000 Mauersteine gefunden und beschlagnahmt, welche als Krause'sches Fabrikat erkannt wurden. Die Angeklagten hatten ihren Kutschern gesagt, daß die Steine als Pfandobjekte dienen sollten und da dies ein nicht seltenes Vorkommniß ist, so schöpften die Kutscher keinen Verdacht. Nur der Mitangeklagte Wolff soll von den „Verschiebungen" der Steine gewußt haben. Während der Staatsanwalt sämmtliche Angeklagte für überführt erachtete und gegen Pech und Blümel je ein Jahr, gegen Wolf einen Monat Gefängniß beantragte, führten die Vertheidiger, Rechtsanwälte Becker und Steiner aus, daß die Verurtheilung der Angeklagten aus dem Grunde nicht angängig sei, weil die Beweisführung der Staatsanwaltschaft einige Lücken offen lasse und die Identität der beschlagnahmten Steine mit den gestohlenen nicht außer Frage gestellt sei. Der Gerichtshof hielt die Angeklagten für überführt und verurtheilte die Angeklagten Pech und Blümel zu je sechs Monaten Gefängniß, während der Kutscher Wolff, der unter dem Einflusse seiner Arbeitgeber gestanden hatte, mit einer Gefängnißstrafe von 10 Tagen davonkam.

Der vor einigen Tagen aus der Strafanstalt zu Plötzensee entwichene Händler Fritz Schmoldt, der schon vor kurzer Zeit nach seiner Flucht in der Danzigerstraße wieder festgenommen wurde, stand gestern unter der Anklage der Beleidigung und Körperverletzung vor dem Schöffengericht. Schmoldt ist ein Mann, der, wie seine vielen Vorstrafen beweisen, den Behörden viel zu schaffen macht und namentlich den Schutzleuten feindlich gesinnt ist. Er verbüßt zur Zeit eine halbjährige Gefängnißstrafe wegen Schutzmannsbeleidigung. Auch in der gestrigen Verhandlung stand eine solche in Frage: Der Angeklagte hatte, als er bei einem Schutzmann vorbeikam, ohne jede Veranlassung diesem das höhnische Wort: „Promenaden-Emil" zugerufen. Gleichzeitig war er wegen eines Aktes der Rohheit angeklagt. Als er eines Abends mit seiner Frau auf der Straße stand, stellte er einen Passanten, der ruhig seines Weges ging und behauptete, daß dieser seine Frau angerempelt habe. Die Behauptung war völlig erfunden, der Angeklagte blieb aber dabei und schlug — anscheinend mit einem Schlüssel — auf den Gegner ein, so daß dieser eine blutende Wunde davon trug. Im gestrigen Termine versuchte der Angeklagte, Zweifel an seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit zu erwecken, der Versuch mißlang aber vollständig. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu 3 Monaten und 1 Woche Gefängniß.

Bedauernswerthe Opfer einer unhaltbaren Gesetzesauslegung. Von der Häufigkeit der Zusammenstöße zwischen der elektrischen Bahn und anderen Fuhrwerken zeugt die Thatsache, daß bei den Strafkammern des Landgerichts I in einer Woche bisweilen gegen 30 Verhandlungen wegen Transportgefährdung stattfinden. Mit ganz vereinzelten Ausnahmen sind stets die Führer von Fuhrwerken die Angeklagten und in den meisten Fällen werden die Zusammenstöße dadurch verursucht, daß die Kutscher die Schnelligkeit, mit der die elektrische Bahn fährt, unterschätzen. Gestern wurden allein vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I nicht weniger als sechs Anklagen wegen Transportgefährdung verhandelt. Wann wird die Unhaltbarkeit solcher Zustände endlich an den maßgebenden Stellen eingesehen werden?

In der Zuchthausära. Das Reichsgericht hat gestern ein Erkenntniß bestätigt, welches von der Strafkammer in Lübeck gegen den Arbeiter Wilhelm Grewe gefällt worden war. Dieser war wegen versuchter Nöthigung zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden, weil er während des Bauarbeiterstreiks einem Streikbrecher gedroht hatte, ihm würden die Knochen entzwei geschlagen werden. Solche Urtheile genügen den Vertretern der Ordnung immer noch nicht. Nach ihrem Willen soll schon der ins Zuchthaus gesteckt werden, der nur zum Streik „anreizt"!

Denunziationspest. In der Angelegenheit des Amerikaners Frank Knaak, der am 24. November in einer hiesigen Weinstube wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verhaftet worden ist, steht nunmehr am 20. d. M. vor der vierten Strafkammer Termin zur Hauptverhandlung an. Rechtsanwalt Dr. Schwindt hat 11 Zeugen laden lassen, die bekunden sollen, einerseits, daß der Angeklagte an dem fraglichen Tage sehr stark betrunken war, andererseits, daß er sich in normalem Zustande stets sehr ehrfurchtsvoll über den Kaiser und sehr anerkennend über die freundschaftlichen Beziehungen der Amerikaner zu den Deutschen geäußert hat.

Arge Bierplantschereien wurden dem Gastwirth F. Lüdke, dem Inhaber des Kaiser Wilhelm-Zeltes Nr. 2 und dessen Buffetier Graßme zur Last gelegt, die heute vor dem Moabiter Schöffengericht standen. Lüdke war früher Bäckermeister und hat erst mit April dieses Jahres sein Bäckergeschäft aufgegeben und dafür Zelt 2 im Thiergarten in Betrieb genommen. Er wollte gleich von Anfang an soviel als möglich aus dem Bier herausschlagen und deshalb zwang er seinen Büffetier, das sog. Tropfbier und jenes, welches beim Einschenken dem Zapfer über die Hände läuft, mit zu verschneiden und den Gästen vorzusetzen. Diese Manipulationen gelangten schließlich durch entlassene Kellner zur Anzeige und wurden vor Gericht ganz und voll erwiesen. Das Schöffengericht verurtheilte Lüdke zu 300 Mark, den Büffetier zu 200 Mark Geldstrafe. Der Vorsitzende motivirte die Höhe der Strafe mit der Bemerkung: „Wenn man nicht einmal in einem solchen Lokale wie das Kaiser Wilhelm-Zelt vor derartiger Schmutzerei sicher ist, da hört doch alles auf!"

Ungiltigkeit einer Gemeindewahl. Die Wahl mehrerer Gemeindevertreter in Bruckhausen hat das Ober-Verwaltungsgericht aus folgenden Gründen für ungiltig erklärt. Es stehe fest, daß zwei Wählern der zweiten und dritten Abtheilung an zwei verschiedenen Tagen die Einsicht der Wählerlisten nur bezüglich der Abtheilung, der sie selbst angehörten, gestattet worden sei. Die weitere Einsicht sei ihnen trotz ihres ausdrücklichen Verlangens danach verweigert worden. Das sei unzulässig. Nichts, was die Wählerliste enthalte, dürfe solchen Personen vorenthalten werden, die die Liste durchsehen wollten. Unter die Einsichtnahme falle auch die Kenntniß der Steuersumme bei allen Wählern und die Abgrenzung der Abtheilungen, denn entsprechende Fehler könnten bei allen Abtheilungen, nicht nur bei der des einsehenden Wählers, zur Ungiltigkeit der ganzen Liste führen.

Wiederum ist Streikposten stehen für grober Unfug erklärt und vom Charlottenburger Schöffengericht als solcher bestraft worden. Anfangs August d. J. brach in der Haldenwanger'schen Porzellanfabrik infolge von Lohndifferenzen ein Streik aus. Um den Zuzug von Arbeitswilligen von der Fabrik fern zu halten, stellten die Streikenden Posten aus, durch welche der Fabrikbesitzer sich aber beschwert fühlte und der Polizeiverwaltung Anzeige erstattete. Diese ließ die Streikposten vertreiben und bei deren Wiederkehr in Haft nehmen. Infolge dessen hatten sich am Montag die Porzellandreher Knöfel, Klinke, Zimmer, Scholz, Schönheit, Pest, John, Drells, Kollwig und Hänel vor dem Schöffengerichte in Ermangelung von anderem wegen Verübung groben Unfugs zu verantworten. Sämmtliche Angeklagte wurden zu einer Geldstrafe von je 10 M. verurtheilt!

Versammlungen.

Die Bäckerei-Arbeiter hielten gestern, Dienstag, im großen Saale der Friedrichshain-Brauerei eine sehr stark besuchte Versammlung ab, an der sich auch eine Anzahl Bäckermeister betheiligten. Nach dem Referat von Höpfner hat sich die Lohnkommission, den Beschlüssen der letzten öffentlichen Versammlung entsprechend, mit den aufgestellten Forderungen nochmals beschäftigt. Die Kommission kam zu dem Schluß, daß unter allen Umständen als erste und Hauptforderung, Beseitigung des Kost- und Logiswesen beibehalten bleiben muß. Sie verkannte keineswegs, daß gerade dieser Forderung seitens der Meister der größte Widerstand entgegengesetzt werden wird, obwohl ein Theil einsichtsvoller Meister zugeben, daß dieses System, aus dem die größten Mißstände in den Bäckereibetrieben resultiren, für die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Bezüglich des Mindestlohnes hat sich die Kommission, angesichts der Thatsache, daß in Hamburg bereits ein Wochenlohn von 21 M. bezahlt wird und dieser Lohn für die Berliner Verhältnisse gewiß nicht zu hoch ist, ebenfalls für Aufstellung dieses Satzes entschlossen. Andererseits räth die Kommission, in Rücksicht auf die Verhältnisse in den Bäckereibetrieben, von der Forderung einer Stunde Eßpause Abstand zu nehmen und diesen Punkt durch Vereinbarungen zu regeln. An allen anderen Forderungen, die in der letzten Versammlung aufgestellt wurden, sind Abänderungen nicht vorgenommen worden. Wie der Referent anführte, ist ein Theil der Meister mit der Gewährung einer Freinacht an den drei Festen Ostern, Pfingsten und Weihnachten einverstanden. Anders liegt es mit der Forderung: Regelung des Arbeitsnachweises auf unparteiischer Grundlage. Der Arbeitsnachweis, der so außerordentliche Uebelstände gezeitigt hat, wird von den Unternehmern vielfach als Mittel benutzt, um unliebsame Arbeiter aus den Bäckereien fernzuhalten, deshalb wird man gegen die so sehr berechtigten Wünsche energischen Widerspruch erheben. Der Redner plädirt, nachdem er noch darauf hingewiesen hat, daß die Innehaltung der Bundesraths-Verordnung und 50 Pf. für gesetzliche Ueberstunden gefordert werden müsse, für den festen Zusammenschluß in der Organisation und für recht rege Betheiligung an dem Streikfonds, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte eine rege Diskussion. Unter anderen betheiligten sich die Bäckermeister Müller und Gäde, die insbesondere gegen die Forderung der Beseitigung des Kost- und Logiswesen polemisirten. Sie versuchten, obwohl sie zugaben, daß in dieser Beziehung Mißstände vorhanden sind, den Versammelten klar zu machen, daß die Durchführung dieser Forderung nicht nur für die Meister, sondern besonders für die Gesellen Nachtheile im Gefolge hat. Die Gesellen würden vielleicht noch ein schlechteres Essen und ungemüthlichere Schlafstellen erhalten und gezwungen sein, die Wirthschaft zu frequentiren. Bildungsstätten würden die Arbeiter, nach Ansicht des Herrn Müller, der auch den geforderten Mindestlohn und die 50 Pf. für die Ueberstunde als viel zu hoch bezeichnet, nicht aufsuchen, weil sie dafür keinen Sinn hätten. Im weiteren gaben Herr Müller und Herr Gäde der Meinung Ausdruck, daß mit der Abschaffung der Kost und Logis im Hause die kleinen Bäckereien zu grunde gehen und daß dann die Großbetriebe, in denen es den Arbeitern noch schlechter gehen würde, an Umfang zunehmen. Irgend welche Zugeständnisse waren aus den Ausführungen der Redner, die die Arbeiter fortwährend vor dem Streik und Boykott warnten und zu Verhandlungen mit den Meistern in den Bezirksvereinen aufforderten und des weiteren die Arbeiter auf die Selbständigmachung vertrösteten, nicht zu entnehmen. Die nachfolgenden Redner, Klang, Barth, Brieskorn, Gitschow, Schlüter und Schneider ließen jedoch darüber keinen Zweifel, daß die Bäckerei-Arbeiter sich von der Durchführung der aufgestellten Forderungen nicht mehr abbringen lassen. Von allen diesen Rednern wurden die in den Bäckereien herrschenden Zustände geschildert und einer herben Kritik unterzogen. Sie wendeten sich gegen die Ausführungen der Meister und plädirten unter stürmischem Beifall der Versammelten für die völlige Durchführung der aufgestellten Forderungen. Die in der vorigen Versammlung vorgeschlagene Resolution, die wir bereits veröffentlichten und in der die einzelnen Forderungen enthalten und begründet sind, fand mit den erwähnten Abänderungen die einstimmige Annahme. Demnach werden die Gesellen-Ausschüsse den beiden am Orte bestehenden Innungen die Forderungen demnächst unterbreiten. Der wöchentliche Beitrag zum Streikfonds wurde auf 50 Pf. festgesetzt. Als Revisoren für den Streikfonds wurden Land, Brieskorn, Klammeck und Klang gewählt. Außer den Bureaus der beiden Organisationen bei Moll und Blaurock wird vom 1. Weihnachtsfeiertag ab ein Zentralbureau der Lohnkommission im Restaurant Drescher, Linienstr. 218, eingerichtet. In allen diesen Bureaus werden die Sammelkarten ausgegeben und Beiträge zum Streikfonds entgegen genommen.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute, abends 8½ Uhr, große Versammlung in G. Feuerstein's Festsälen (Inhaber M. Herzberg), Alte Jakobstr. 75. Vortrag des Herrn Dr. J. Sternberg über „Kopf- und Nervenleiden".

Antiklerikales Kartell in Belgien.

Brüssel, 13. Dezember. (W. T. B.) Die Sozialisten haben gestern zwei große Versammlungen abgehalten, in welchen sie das von den Liberalen vorgeschlagene Bündniß gegen die reaktionäre klerikale Majorität annahmen. — Diesem Beschluß wird in hiesigen politischen Kreisen große Bedeutung beigemessen, zumal er auch in der Provinz wahrscheinlich angenommen werden wird, und dann die klerikale Partei einer sicheren Niederlage bei den kommenden Wahlen entgegengeht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Königsberg i. Pr., 13. Dezember. (W. T. B.) Infolge anhaltenden **Nordweststurmes** steigt der Pregel schnell; am Pillauer Bahnhof beginnt das Wasser bereits die Straßen zu überfluthen. Die Mannschaften der Feuerwehr legen längs der Häuser Balken und Planken, um den Anwohnern der überschwemmten Straßen den Verkehr zu ermöglichen.

Halle a. S., 13. Dezember. (W. T. B.) Der Verlagsbuchhändler Otto Hendel, Begründer der „Saale-Zeitung", ist gestorben.

Wien, 12. Dezember. (W. T. B.) Die „Politische Korrespondenz" verzeichnet den Umstand, daß den amtlichen österreichischen Stellen von großen Speditionsfirmen Mittheilungen zukommen, wonach gewisse Schifffahrts-Gesellschaften unter Hinweis auf die angebliche **Existenz der Pest in Wien** die Aufnahme österreichischer Passagiere verweigern. Die „Politische Korrespondenz" stellt fest, daß seit den sporadischen drei Pestfällen in der zweiten Hälfte des Oktober sich nicht das geringste in sanitärer Beziehung ereignete, was im entferntesten an eine Pestgefahr erinnern könnte. Die an Oesterreich unmittelbar angrenzenden Länder haben demgemäß absolut keine prophylaktischen Maßregeln getroffen, welche anderenfalls nicht ausbleiben würden. Angesichts dieser unumstößlichen Thatsachen kann die Behandlung österreichischer Provenienzen als seuchenverdächtig nur als aus bösem Willen oder krasser Unwissenheit entsprungen erklärt werden.

Wien, 13. Dezember. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus setzte die Debatte über das **Dienergesetz** fort. Nachdem die Verhandlung abgebrochen war, richtete Abg. Wolf unter den heftigsten Ausfällen gegen die Regierung an den Präsidenten die Anfrage, ob er geneigt sei, zur Wahrung der parlamentarischen Rechte gegen die Uebergriffe der Regierung Verwahrung einzulegen und weist auf angebliche bevorstehende Anwendung des § 14 hin, um gegen den Willen des Parlaments und des Volkes das Budget und das Ausgleichs-Provisorium durchzusetzen. Der Präsident ertheilt dem Abg. Wolf einen Ordnungsruf und schlägt die nächste Sitzung für heute Abend vor mit der Tagesordnung „Lokalbahnen". Abg. Schönerer erhebt gegen den Vorschlag des Präsidenten Einspruch, da derselbe geschäftsordnungswidrig sei und bespricht die Sprachenverordnungen, ausführend, man wolle den Stolz der Deutschen sozusagen mit ein paar Lokalbahnen beugen. Redner beantragt, die nächste Sitzung für morgen Vormittag 10 Uhr. Der Antrag des Präsidenten wird sodann mit allen gegen die Stimmen der Schönerianer und einiger Mitglieder der deutschen Volkspartei angenommen und die Sitzung geschlossen.

In der Abendsitzung beantragen Schönerer u. Gen., den Ministerpräsidenten Grafen Thun, den früheren Handelsminister Dr. von Bärnreither, den jetzigen Handelsminister Dipauli und den Justizminister Ruber in den **Anklagezustand zu versetzen** wegen angeblicher Zirkulararlasse an die Postämter, wonach die Konfiskation der Einladungen zum Bezuge der „Unverfälschten deutschen Worte", sowie zum Beitritt zum Bunde deutscher Landwirthe in der Ostmark angeordnet wurde. Das Haus verhandelte das Lokalbahngesetz. Die Vorlage umfaßt 25 Lokalbahnen in der Länge von 821 Kilometer mit einem Kostenaufwand von 51¹/₁₀ Millionen.

Teplitz, 13. Dezember. (B. H.) Das **Rutsch-Terrain** der hohen Berge bei Klappay hat sich wieder in Bewegung gesetzt. Es herrscht unter den Bewohnern der umliegenden Ortschaften große Aufregung.

Budapest, 13. Dezember. (B. H.) In der Kaplanystraße ist ein **Neubau eingestürzt**; vier Arbeiter wurden tödtlich verletzt.

Basel, 13. Dezember. (W. T. B.) Der Prozeß gegen die Leiter der Unionsbank schloß nach achttägiger Verhandlung heute mit der Verurtheilung Wuest's zu **drei Jahren Zuchthaus** und Tragung der Hälfte der Gerichtskosten und Wirz's zu einem Jahr Zuchthaus und einem Viertel der Gerichtskosten wegen fortgesetzten Betruges und Uebertretung des Baseler Börsengesetzes. Auch wurde gegen beide Angeklagte auf zehnjährigem Verlust der aktiven bürgerlichen Rechte erkannt. Die übrigen Angeklagten Kopfmann und Wagner wurden freigesprochen, jedem indeß die Tragung von einem Achtel der Gerichtskosten auferlegt.

Paris, 13. Dezbr. (B. H.) Das **Duell zwischen Déroulède und Boyer** ist nach zweimaligem Kugelwechsel resultatlos verlaufen.

Paris, 13. Dezember. (B. H.) Im Ministerrathe wurde heute die **Lage Picquart's** besprochen; es wurde jedoch kein Beschluß gefaßt. — Der **Kassationshof** verhörte heute die Generale Boisdeffre und Gonse; dieselben werden morgen wiederum einem Verhör unterzogen.

London, 13. Dezember. (W. T. B.) Die hiesigen Abendblätter besprechen die gestrige **Rede des Staatsministers v. Bülow** in günstigem Sinne. „Pall Mall Gazette" sagt, nichts könnte mehr als sie zur rechten Zeit kommen. Das Blatt glaubt, je mehr Punkte gemeinsamen Vorgehens England und Deutschland finden könnten, um so besser könne dies Deutschland gefallen. Die Rede sei die richtige Ergänzung der Rede, die Chamberlain in Wakefield gehalten hat. Keines der beiden Länder spähe nach Allianzen aus, es gebe aber ein Land (Frankreich), das dies thue. Zwischen dem Lande mit der „Politik der Nadelstiche" und dem Lande, dessen Waffe die britische Flotte und dessen Grundsatz die „offene Thür" sei, könne Deutschland in keinerlei Zweifel dastehen. — Der „Globe" sagt: Die Bezugnahme auf viele Fragen, hinsichtlich deren Deutschland mit England gehen könne, welche auf die Erklärung folge, daß der Dreibund noch in voller Kraft stehe, könne nicht mißverstanden werden. Das Blatt ist der Ansicht, daß keine englisch-deutsche Allianz besteht und keine bestehen wird. Aber die englisch-deutschen Beziehungen hätten sich fühlbar gebessert und das sei alles, was die Engländer wünschen. — Die „Westminster Gazette" drückt ihre Befriedigung über die Besserung der englisch-deutschen Beziehungen aus, möchte aber die Natur der Arrangements kennen lernen, welche als für Deutschland günstig gelten.

Antwerpen, 13. Dezember. (W. T. B.) Der hier eingetroffene Dampfer „Leopoldville" bringt die Nachricht mit, daß vier belgische Handelsagenten von **Eingeborenen** am oberen Ubanghi getödtet und **aufgefressen** wurden. Der frühere Kommandant Lothaire ist mit 300 Mann aufgebrochen, um die Schuldigen zu züchtigen.

Petersburg, 13. Dezember. (W. T. B.) Gestern **explodirte** bei **Ladung von Geschossen** in einem geschützten Raum des Forts Konstantin in Kronstadt ein Geschoß. Die Ursache der Explosion ist unbekannt. Neun Soldaten sind todt, drei Offiziere verwundet, davon einer schwer. Sieben Soldaten sind schwer verwundet. Alsbald nach dem Unglücksfall fand ein Trauergottesdienst statt.

Kanea, 13. Dezember. (Meldung der Agence Havas.) Eine telegraphische identische Note der Admirale an ihre Regierungen erklärt, falls der Prinz eine **Amnestie** erlassen sollte, so werde diese unmöglich auf die durch die Kriegsgerichte wegen der in Kandia verübten oder solcher Verbrechen Verurtheilten Anwendung finden können, die auf Todesstrafe gelautet und in Freiheitsstrafe umgewandelt seien, weil sonst die Sicherheit derjenigen Personen, welche in den betreffenden Prozessen als Zeugen auftreten, schwer gefährdet erscheine.

Washington, 13. Dezember. (W. T. B.) Der Präsident Mac Kinley hat den General Brooke zum **Militärgouverneur** von **Kuba** ernannt und mit der Kontrolle über alle Zweige der Militär- und Zivilverwaltung betraut. Jede Provinz erhält einen Gouverneur, der seine Instruktionen vom General Brooke empfangen wird.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 292. 15. Jahrgang. 1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt. Mittwoch, 14. Dezember 1898.

Reichstag.

4. Sitzung, Dienstag, 13. Dezember 1898, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Graf Posadowsky, von Bülow, v. Goßler, v. Thielmann.

Die **erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.**

Abg. **Bassermann** (natl.): Graf Posadowsky hat gestern die Lage im Innern sehr rosig dargestellt. Wir können ihm darin zustimmen, daß nicht so viel Grund zur Unzufriedenheit vorhanden ist, wie Herr Richter meinte. In weiten Kreisen ist aber erhebliche Unzufriedenheit darüber vorhanden, daß das Versprechen des Reichskanzlers auf Beseitigung des Verbindungsverbotes für Vereine nicht eingelöst worden ist. Wir trauen der Geschicklichkeit des Herrn von der Recke nicht zu, daß er im preußischen Landtag es verstehen wird, das Koalitionsverbot für Vereine zu beseitigen; und wir haben es deshalb vorgezogen, einen Initiativantrag hier einzubringen. Was die Sozialreform anlangt, so ist dem Grafen Posadowsky zuzugeben, daß in ihr kein Stillstand eingetreten ist. Wir finden aber, daß das Tempo in ihr zu langsam ist. Es scheint uns nothwendig, daß in der Organisation der Reichsbehörden eine Aenderung einzutreten habe. Im Reichsamt des Innern möge ein besonderes Arbeitsamt errichtet werden, dem die Weiterentwickelung der Arbeiterversicherung, die Bearbeitung der Erfahrungen, die von der Kommission der Arbeiterstatistik niedergelegt werden, und die Vertretung der gesammten Sozialpolitik im Plenum des Reichstags zufallen müßten. Mit der Zeit wird sich hieraus eine selbständige Behörde, ein Reichsarbeitsamt entwickeln. Wir erwarten von einer derartigen Organisation die Feststellung bestimmter programmatischer Sätze, wie sich die Sozialpolitik weiter entwickeln soll, und behalten uns vor, besondere Anträge in dieser Richtung noch zu stellen.

Die letzten Wahlen haben ein weiteres Anwachsen der Sozialdemokratie gebracht. Die Erfolge der Partei sind von ihr selbst in Stuttgart verschieden beurtheilt worden, theils peissimistisch, theils optimistisch. Wir können uns hier aber nur mit der Thatsache befassen, daß eine Vermehrung von mehreren hunderttausend Stimmen eingetreten ist. Es ist eine Illusion, daß die sozialdemokratische Bewegung ihren Höhepunkt erreicht hat; es ist eine Illusion, daß durch polizeiliche Maßregeln eine derartige mächtige Klassenbewegung zum Stillstande gebracht werden kann. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Ob die Sozialdemokratie im Laufe der Jahre ihren internationalen und antimonarchischen Charakter aufgeben wird, darüber ist jetzt noch nicht ein Urtheil möglich; wir müssen das der Zeit überlassen. Wir können nur konstatiren, daß aus der ganzen sozialdemokratischen Lehre gegenwärtig eine Reihe von Leitsätzen preisgegeben wird. Auer machte sich kürzlich in seiner Rede über die Prophetie lustig. (Hört, hört!) Von Liebknecht sagte er: Prächtiger Kerl, aber schlechter Prophet. (Heiterkeit.) Auer meinte ferner, daß wenn die Elendstheorie aufgegeben würde, auch die Einleitungssätze zum Erfurter Programm geändert werden müßten. — Am auffallendsten war die Wandlung in Stuttgart bei der Zollschutzfrage. Schippel meinte dort, das System der freien Konkurrenz sei für die Industrieländer immer unerträglicher geworden, und wandte sich gegen den Freihandel. Diesen Standpunkt haben wir bereits Jahre hindurch eingenommen. Wo ein Schutz der nationalen Arbeit nothwendig war, haben wir ihn bewilligt. Wenn die Industriearbeiter ein Interesse an der Blüthe ihrer Industrie, die durch Schutzzölle gehoben wird, haben, so gilt dasselbe auch für die Landarbeiter. Die alten Parteien müssen sich zusammenschaaren im Kampfe wider den Umsturz. Bei den Wahlen von 1898 haben wir diese erfreuliche Thatsache zu verzeichnen gehabt, und die sozialdemokratische Presse ist sich darüber klar, daß dieser Zusammenschluß in Zukunft noch stärker werden wird. Wir müssen andererseits aber der sozialdemokratischen Bewegung durch positive Maßnahmen das Wasser abgraben; es muß Aufgabe der Regierung und der herrschenden Klassen sein, dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen; die Grundsätze der kaiserlichen Botschaft müssen uns hierbei leiten. Mein Fraktionskollege v. Heyl hat die Frage der gemeinschaftlichen Organisation der Arbeiter und der Arbeitgeber angeschnitten, um die gemeinsamen Interessen, wie Arbeitsversicherung und Arbeitsnachweis, zu erörtern; und eine derartige Organisation ist um so wünschenswerther und gerechter, nachdem wir für die Organisation des Handwerks eingetreten sind.

Die Thronrede kündet den weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung an. Wir müssen zur organisatorischen Reform der Versicherung kommen; bei der Altersversicherung kann man die Zahlung der Rente schon mit dem 65. Jahr eintreten lassen. Ferner scheint mir der Zusammenschluß der Versicherungsarten erwünscht, die Krankenversicherung sollte in unmittelbare Verbindung mit der Invaliditätsversicherung gebracht werden. Es ist auch der Wunsch nach einem Reichs-Wohngesetz laut geworden. Das mag aber noch in weiter Ferne liegen. Einstweilen wäre die Wohnungsfrage in der Weise zu fördern, daß die Versicherungskassen der Invalidenversicherung angehalten würden, den gemeinnützigen Baugesellschaften Gelder zur Verfügung zu stellen.

Was den in der Thronrede erwähnten Schutz der kaufmännischen Angestellten betrifft, so halten wir es besonders für erwünscht, wenn ein gemeinschaftlicher Ladenschluß in den Orten zunächst eingeführt werde, wo die Mehrzahl der Prinzipale sich dafür erklärt. Wir erkennen weiter die Nothwendigkeit des Koalitionsrechtes für die Arbeiter an. Von einer Einschränkung des Koalitionsrechtes darf nicht die Rede sein. (Sehr richtig! links.) Auf der anderen Seite müssen wir anerkennen, daß der einzelne gegen den Terrorismus, gegen den Zwang von außen, geschützt werden muß. Häufig wird der Eindruck erweckt, als gäbe es gar keine gesetzlichen Bestimmungen gegenwärtig in dieser Richtung. Wir haben ja aber den § 153 der Gewerbe-Ordnung. Daß Ausschreitungen vorgekommen sind, in erheblicher Weise vorgekommen sind, wollen wir durchaus nicht bestreiten. Vielleicht hat die Rechtsprechung eine zeitlang von den bestehenden Strafbestimmungen keinen genügenden Gebrauch gemacht, jetzt ist ja aber darin eine entschiedene Wandlung eingetreten, wie die Straflisten des „Vorwärts" beweisen. Wir werden die in der Thronrede angekündigten neuen Strafbestimmungen sehr nüchtern prüfen, wir werden von der Regierung den Beweis verlangen, daß wirklich Lücken in den gegenwärtigen Strafbestimmungen vorhanden sind. Zur Einführung überflüssiger Strafbestimmungen und unnöthiger Verschärfungen werden wir nicht zu haben sein. In dem Kampf zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft ist es die Pflicht der Regierung, zwischen den Parteien zu stehen und volle Gerechtigkeit walten zu lassen. Sollte in der kommenden Vorlage das Koalitionsrecht angetastet werden, so werden wir sie ohne weiteres ablehnen. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Redner bestreitet, daß auf der Heidelberger Zusammenkunft von dem Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen überhaupt die Rede gewesen sei; es habe sich lediglich um persönliche Fraktionsangelegenheiten gehandelt.

Die Thronrede kündigt eine Vorlage an, die die amtliche Fleischbeschau regelt. Eine einheitliche Regelung dieser Materie ist eine Nothwendigkeit, und nicht zum wenigsten liegt sie auch im Interesse der Landwirthschaft selbst. Wir begrüßen also diesen Gesetzentwurf mit Freuden.

Aus der Zuckersteuer hat sich ein Ueberschuß von 9 Millionen ergeben. Der Herr Schatzsekretär hat uns wieder die Hoffnung einer internationalen Verständigung in der Frage der Zuckerprämien zu geben versucht. Wir können diese Hoffnung nicht theilen, müssen es aber ablehnen, für uns allein eine Aufhebung der Zuckerprämien zu vertreten. Das würde uns in der That schädigen.

Einigermaßen ins Stocken gerathen ist die Frage der Sicherung der Bauhandwerker. Ich kann es ja begreifen, denn die juristische Seite der Frage ist in der That nicht so einfach. Aber wenn immer neue juristische Sachverständige immer wieder zu keiner Einigung gelangen, so ist auch nicht anzunehmen, daß sie in den folgenden Jahrhunderten dazu kommen. Ich bitte also Herrn Rieberding, hier endlich selbständig vorzugehen.

Was den Lippe'schen Fall anlangt, so halten wir es zunächst für bedauerlich, daß er so lange die öffentliche Meinung beschäftigt. Ich kann mich der Meinung des Abg. Richter von der Nichtzuständigkeit des Bundesraths nicht anschließen. Zuständig ist der Bundesrath jedenfalls in der Frage, ob er zuständig ist. (Große Heiterkeit.) Ich hoffe, daß die ganze Angelegenheit recht bald aus der Welt geschafft sein wird.

Eine andere Frage, die die Oeffentlichkeit jetzt in hohem Maße beschäftigt, sind die Bestimmungen zur Bekämpfung des Anarchismus. Auch ich bin der Ansicht, daß ein Asylrecht für anarchistische Verbrecher nirgends bestehen solle. (Hört! hört!) Die Sozialdemokraten suchen den Anarchismus lediglich als eine Frucht elender wirthschaftlicher Verhältnisse hinzustellen. Ach ich verschließe mich nicht der Einsicht, daß hierin ein berechtigter Kern liegt; aber der Satz ist doch nur mit Einschränkungen richtig. Ich bin weit davon entfernt, Sozialdemokratie und Anarchismus in einen Topf zu werfen, ich weiß, daß die sozialdemokratische Presse sich energisch dagegen wehrt und daß die sozialdemokratische Partei auf ihren Parteitagen wiederholt Stellung gegen die Anarchisten genommen hat. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die maßlose Kritik, wie sie von sozialdemokratischer Seite an allen bestehenden staatlichen Einrichtungen geübt wird, mit dazu beiträgt, um jene Auswüchse zu zeitigen. Das scheint mir zweifellos. (Großer Beifall rechts.) Es ist von der Einführung der Prügelstrafe für anarchistische Verbrecher gesprochen worden. Auch ich kann mir denken, daß bei Häufung der Verbrechen man ohne Prügelstrafe nicht mehr auskommen kann, aber zur Zeit liegt meiner Ansicht nach die Sache in Deutschland noch keineswegs so schlimm. Ich glaube, wir brauchen zu derartigen Ausnahmebestimmungen nicht zu schreiten, und wenn die Anarchisten-Konferenz keine praktischen Resultate zeitigen sollte, so erhoffen wir von den deutschen Behörden, daß sie das Wachsen des Giftpilzes zu verhindern wissen werden.

Der Abg. Richter hat gestern den Staatssekretär für das Reichs-Postamt nicht mit voller Gerechtigkeit behandelt. Einmal hat er ganz bedeutende Mehreinnahmen erzielt, das ist doch schon etwas sehr Erfreuliches. Dann aber hat er eine ganze Reihe von Reformen bereits vorbereitet: Aufbesserung der Lage der Unterbeamten, Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe ꝛc. Für die Ausdehnung des Postregals sind wir zu haben, natürlich nur gegen angemessene Entschädigung der Privatposten, auch ihrer Angestellten.

Der Abg. Richter hat gestern gefragt, was sich denn eigentlich geändert habe, um eine neue Militärvorlage nothwendig zu machen. Darauf kann man erwidern: Es hat sich nichts geändert; die allgemeine politische Lage ist dieselbe geblieben, und eben deshalb muß ein weiterer Ausbau unserer Armee stattfinden. Ein Verständniß für die Nothwendigkeit der Heeresvermehrung ist in weiten Volkskreisen vorhanden; und eigentlich hat man sich nur darüber gewundert, daß nur so geringe Forderungen gestellt werden. In der Frage der zweijährigen Dienstzeit gehen wir von der Ansicht aus, daß sie, einmal eingeführt, praktisch nie mehr beseitigt werden wird. Die Entscheidung darüber, ob sie nun ein für allemal gesetzlich festgelegt werden soll, oder nur wieder für einen Zeitraum von fünf Jahren, erscheint uns daher völlig belanglos.

Durch die Zeitungen ist die Nachricht von einem Spielerprozeß in Hannover gegangen. Ich muß die Armeeverwaltung dringend bitten, den ärgerlichen Mißständen, die da zu tage getreten sind, ein Ende zu machen.

In bezug auf den Abrüstungserlaß des Zaren stehe ich nicht auf dem Standpunkt der sozialdemokratischen Presse, die in ihm lediglich einen Trick der russischen Diplomatie sehen will. Ich hege vielmehr die feste Hoffnung, daß die Friedenskonferenz zu einem erfreulichen Resultat führen wird. Freilich darf sie nicht zum Vorwand genommen werden, um den Regierungen die Mehrforderungen für die Armee zu erschweren.

Von unserem Kolonialetat ist gestern die Forderung von Kiautschou von allen Seiten recht gut behandelt worden. Ich möchte aber auch die Wichtigkeit der afrikanischen Kolonien nicht so völlig übersehen wissen. Ich glaube, daß die Usambara-Bahn sich sehr gut rentiren werd und bitte Sie, für sie zu stimmen.

Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches hat gestern hier eine große Rolle gespielt und die Frage der Ausweisungen ist damit in Zusammenhang gebracht worden. Wir halten Ausweisungen dann für berechtigt, wenn einer Gefahr für die nationale Entwickelung eines Landesstriches dadurch vorgebeugt wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Unnöthige Belästigungen von Ausländern müssen aber vermieden werden. Eine Kritik des Auslandes aber verbitten wir uns. (Bravo! rechts.) Im übrigen wird die preußische Regierung im Landtage ausreichend Gelegenheit erhalten, sich über das Verhalten des Herrn v. Köller zu äußern.

Redner wendet sich den gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs v. Bülow zu, die, wie er sagt, im Lande freudigen Wiederhall finden würden. Wir halten am Dreibund fest, sehen aber mit einem gewissen Bangen auf die innere Entwickelung Oesterreichs, die die Feinde der Deutschen in den Vordergrund bringt. Darin liegt die Mahnung, daß Bündnisse unter Großstaaten nicht für die Dauer geschlossen sind. Wir vertrauen der Festigkeit unseres Auswärtigen Amtes in der Wahrung des deutschen Ansehens. Die Tendenz der deutschen Politik wird überall als friedlich anerkannt. Wenn die Beziehungen zu England sich gebessert haben, weshalb ist dann der neue Handelsvertrag noch nicht zu stande gekommen?

Unsere handelspolitischen Beziehungen zu Amerika werden durch den Umstand charakterisirt, daß die schädlichen Wirkungen des Dingleytarifs sich immer mehr bei uns geltend machen, daß Amerika unsere Meistbegünstigung verletzt und Rockefeller den Petroleumtrust zum Weltmonopol erweitert.

Wir betrachten die Orientreise des Kaisers nicht als eine politische Großthat, wollen sie uns aber auch nicht verkleinern lassen.

Bei richtiger Abwägung der Licht- und Schattenseiten unserer Politik kann von Reichsverdrossenheit nicht gesprochen werden. Es wird immer Mißgriffe der Regierenden und Irrthümer der Regierten geben. Das liegt in der menschlichen Natur. Wir wollen uns aber dadurch die Freude am Reiche nicht verderben lassen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **v. Vollmar** (Soz.): Wäre ich ein Neuling in diesem Hause, so hätte mich vielleicht die Neugier etwas gepackt, wie die Regierung angesichts einer derartigen außerordentlichen Finanzlage ausreichende Erklärungen geben könnte. Aber wenn ich diese Neugierde jemals besessen habe, so ist die Schwäche lange überwunden; denn ich kenne hinreichend die einander folgenden Staatssekretäre der Finanzen, um zu wissen, daß sie jede Geschäftslage, möge sie gut, möge sie schlecht sein, nach ihrer Weise auszulegen verstehen, und daß sie, wenn es das Bedürfniß erfordert, ebenso gut mitten in der besten Geschäftslage möglichst schwarz, in der schlechtesten möglichst rosa malen können. Im vorigen Jahr war die Rosafärberei an der Reihe, als die neue Marinevorlage durchgesetzt werden sollte. Wir wiesen schon damals darauf hin, daß diese Vorlage im Falle der Annahme unsere Reichsfinanzen in Unordnung bringen würde, daß wir mit Schnelligkeit zu neuen Reichsschulden und schließlich auf alle Fälle zu neuen Steuern kommen müßten. Damals machten uns die Herren von der Regierung den Vorwurf, wir trieben absichtlich und böswillig Schwarzmalerei und mit dem leichtesten Sinn von der Welt setzten sie sich über diese Frage hinweg. Jetzt ist die Bescheerung da, die wir vorausgesehen haben. Die Regierung möchte nur das Kind nicht beim rechten Namen nennen, wie schon Fürst Bismarck uns in leidenschaftlicher Weise das Recht bestritten hat, im Reiche überhaupt von einem Defizit zu reden. Das Reich könne gar kein Defizit haben, denn der fehlende Betrag würde auf irgend eine Weise immer wieder eingebracht, sei es durch Erhöhung der Matrikularbeiträge oder durch irgend eine entsprechende Anleihe. Das ist nun doch ein Streit um des Kaisers Bart: in Wirklichkeit ist die Sachlage so, daß wir ein größeres Defizit als im Vorjahre, einen Fehlbetrag von 90 Millionen haben, für die der Kredit ganz exorbitant herangezogen werden muß. Erst seit wenigen Jahren denkt man in Deutschland, wo man sich auf das Schuldenmachen so famos eingerichtet hatte, daran, daß auch der Moment kommen könnte, wo diese Schulden zurückgezahlt werden müssen. Als das entsprechende Gesetz gemacht wurde, sprach man die Hoffnung aus, daß nun die Pumpwirthschaft aufhören werde. Heute aber sollen wir neue Schulden machen. Die Thronrede spricht beschwichtigend von einer vorübergehenden, ausnahmsweisen Lage. Das halte ich für eine Täuschung seiner selbst und anderer! Wir haben heute ungewöhnlich hohe Einkünfte, und unsere Einnahmen basiren größtentheils auf dem Massenbedarf, der bei der günstigen Erwerbslage außerordentlich gestiegen ist.

Der Herr Staatssekretär hat sich nun gestern eingehend mit der Frage beschäftigt, ob es richtig sei, daß wir gegenwärtig uns auf dem Kulminationspunkt der wirthschaftlichen Entwickelung befinden, oder wie behauptet worden sei, vielleicht bereits im Niedergang begriffen seien. Der Herr Staatssekretär hat, wie gesagt, in ziemlich langen Ausführungen zu beweisen gesucht, daß gar keine Anzeichen eines kommenden Niederganges vorhanden seien. Wir sind jedoch, wenigstens was das ökonomische Gebiet betrifft, seine Nachweisungen etwas sehr dürftig erschienen. Seine ganze Beweisführung hat sich eigentlich darauf gestützt: Wir haben noch wie vor große, sogar wachsende Einnahmen. Die Industrie blüht und unsere Eisenbahn macht gute Geschäfte. Ja, meine Herren, wenn es in diesen drei Dingen schon gegenwärtig zu fehlen anfinge, so brauchten wir uns gar nicht darüber zu streiten, ob Anzeichen eines kommenden Niederganges vorhanden sind, sondern dann wäre er bereits vorhanden und Sie würden seine Wirkungen schon sehen. Aber der Herr Staatssekretär hat auf andere Anzeichen nicht hinreichend Gewicht gelegt: „Auf dem ganzen internationalen und dem deutschen Geldmarkte tritt allerdings eine Reihe bedenklicher Erscheinungen bereits hervor. Wir haben die Versteifung des Geldmarktes, wir haben die Thatsache, daß nicht nur die Reichsbank, sondern auch andere Banken bis in die Provinz hinaus mit ihrem Zins in die Höhe gegangen sind, die Thatsache, daß nach der Meinung der Banken die Industrie derartig große Anforderungen an die Banken stellt, daß sie den Banken nicht mehr die entsprechende Sicherheit bietet und daß sie, um diesen Anforderungen entgegenzutreten, gerade mit der Erhöhung ihrer Diskontosätze vorgegangen sind, und wir haben die weitere Thatsache, daß ganz hervorragende, wegen ihrer Vorsicht bekannte Häuser sich den Anforderungen der Industrie gegenüber zurückhaltend zu zeigen beginnen. Das sind zwar noch nicht Zeichen des Niederganges, aber doch einer Schwüle auf dem Geldmarkte, Merkmale dafür, daß der immense Aufschwung, den die Industrie genommen hat, wieder einmal der Verbrauchsfähigkeit unter den gegenwärtigen Zuständen vorangeeilt ist. Es sind allerdings Zeichen dafür, daß ein wirthschaftlicher Niedergang in nicht allzu langer Zeit zu befürchten ist. Natürlich wird von einem solchen wirthschaftlichen Niedergang der schwächere Mittelstand ganz außerordentlich getroffen und in erster Linie die Millionen der arbeitenden Bevölkerung, welche als Steuerträger die Kosten dabei bezahlen müssen.

Damit fallen auch unsere Reichseinkünfte in ihrem Haupttheil, keineswegs aber zugleich die Ausgaben, die wir jetzt haben, denn die Ursachen der Steigerung der Ausgaben werden fortwirken, sogar noch in verschärfterem Maße auch unter schlechteren Verhältnissen. Da ist zuerst die nach langem Drängen unsererseits nun endlich zu stande gekommene Aufbesserung der unteren und mittleren Beamten in der Thronrede angekündigt, die ja natürlich zu begrüßen ist, deren Wirkung Sie aber nicht überschätzen dürfen. Sie ist sehr bescheiden ausgefallen und Sie werden sich auf baldige Neuforderungen gefaßt machen müssen. Für die höheren Beamten wird die Regierung ja schon von selbst sorgen. Ebenso wenig ist bei dem so riesig angeschwollenen Pensionsfonds auf eine Verminderung zu rechnen, namentlich mit Rücksicht auf die massenhaften Pensionirungen von Offizieren, die im besten Lebensalter stehen und im übrigen größtentheils ganz gesund sind. Nachdem sich der Reichstag so schwächlich gezeigt hat, daß er vor jeder Konkurrenzbedenken nicht einmal einen Antrag gegen diese fortdauernden Pensionirungen annehmen wollte, kann man von der Regierung eigentlich gar nichts Besonderes nach dieser Richtung verlangen.

Einen nicht geringen Antheil an den großen Ausgaben hat die gewaltige Vermehrung des Kolonialetats. Auch hier ist an eine Besserung nicht zu denken, denn so lange Deutschland Kolonialpolitik treibt, sind beständig neue Anforderungen hervorgetreten; deshalb sind wir Sozialdemokraten von Anfang an Gegner der ganzen Kolonialpolitik gewesen, weil wir meinen, Deutschland kann vorläufig noch sein Geld für sein eigenes Volk besser und nützlicher verwenden, als in fremden Welttheilen. Die bisherigen Kolonialversuche haben uns recht geringe Ehre eingebracht und gerade die Kolonialpolitik führt uns zu immer neuer Vergrößerung der Flotte. Fürst Bismarck hat ja das kaustische Wort seinerzeit gesprochen, daß Kiautschou der Strick ist, der dem Reichstag um den Kopf geworfen würde, um ihn zur Bewilligung der Flottenvorlage zu bekommen. Weiter ist die Kolonialpolitik der beste Weg zu wachsenden Abenteuern internationaler Art, die wir ebenfalls bis aufs äußerste bekämpft haben. Wer eben derartige Dinge nicht will, muß von Anfang an „nein" sagen, wer dagegen die Verantwortung für die Kolonialpolitik übernehmen will, der muß sich von vornherein klar sein, daß auf lange Zeit hinaus in sämmtlichen Kolonien immer stärker werdende Ausgaben kommen werden. Was hat z. B. das kleine Zipfelchen Bahn in Ostafrika für einen Sinn? Doch an sich sehr wenig. Wenn die Bahn nicht immer weiter gebaut wird, um Konkurrenz auch England zu bieten, hat sie keinen Zweck, und dazu sind natürlich große Geldsummen nöthig.

Und was Kiautschau (Rufe bei den Nationalliberalen: Kiautschau) . . . also Kiautschou betrifft — ich bin im Chinesischen noch nicht so weit vorgeschritten, wie die Herren vielleicht (Heiterkeit) — so sind, wenn überhaupt etwas daraus zu machen ist, was ich nicht weiß, diese 17 Millionen zweifellos nur ein ganz kleiner Anfang, namentlich angesichts der Scheu des deutschen Kapitals, das zwar sehr gern bei nationalen und kolonialen Deklarationen mitmacht, das sich aber gänzlich zurückzieht, sobald es sich darum handelt, auch ein Risiko dafür zu übernehmen. (Sehr richtig! links.) Das Risiko muß das Deutsche Reich, muß das deutsche Volk, müssen wir übernehmen. Wenn dann kein Risiko mehr ist, dann ist auch das deutsche Kapital so gut, den Profit einzustecken. Also auch hier keine Minderung in der Zukunft!

Ueber die Marine will ich nicht weiter sprechen. Der vorige Reichstag hat dem deutschen Volke diese Last aufgeladen, das deutsche Volk hat sie sich aufladen lassen, mag es sehen, wie es damit fertig wird. Jedenfalls steht fest, daß wir auch hier nur am Anfang zu weitergehenden Plänen stehen.

Nun zum Militäretat. Richter sagte, er habe vorigen Jahr nicht glauben können, daß heuer eine solche Vorlage kommen würde. Da können Sie sehen, wie nützlich Mißtrauen ist,

(Heiterkeit.) Wir unsererseits haben davon eine reichliche Dosis. Als es sich darum handelte, den verehrlichen Reichstag auf den Köder der Marinevorlage anbeißen zu lassen, da mußte natürlich alles vermieden werden, was den Reichstag scheu machen konnte. Da hat man auf das entschiedenste unsere Voraussage bestritten, daß nach dem Militarismus zu Wasser unweigerlich sofort der Militarismus zu Lande mit neuen Forderungen kommen würde. Naive Leute, deren es ja noch genug giebt (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), haben damals freilich gemeint: nachdem erst vier Jahre verstrichen sind, seit wir eine so bedeutende Erhöhung des Militäretats also um 70 000 Mann bewilligt hatten, sei es vollständig unmöglich, daß eine neue derartige Forderung käme. Für diese naiven Leute hat ja dann auch die Regierung am 14. Dezember des vorigen Jahres die bekannte allgemeine Erklärung abgegeben, daß eine Reorganisation der Artillerie unaufschiebbar sei, eine Vermehrung der Zahl der Infanteriebataillone indeß kaum beschlossen werden würde. Man hat daraus geschlossen, daß überhaupt nichts vermehrt würde. Der jetzige Etat zeigt Ihnen ja nun deutlich, daß man sehr erheblich vermehren kann, ohne die Bataillone zu vermehren. Man macht die Bataillone eben stärker. Der Herr Abg. Bassermann hat gemeint, es habe sich nichts auf dem internationalen Gebiete geändert und eben deshalb müßten die militärischen Rüstungen seitens Deutschlands fortwährend fortgehen. Bis zu einem gewissen Grade gebe ich ihm recht. Daß der Herr Kriegsminister fortwährend neue Forderungen erhebt, ist von seinem Standpunkt aus ganz gerechtfertigt. Wenn man sich einmal auf den Standpunkt des stehenden Heeres in seiner heutigen Form stellt, dann wird es bei diesem komplizirten Mechanismus immer etwas zu verbessern geben. Aber eben deshalb sind wir Sozialdemokraten Gegner des stehenden Heeres und deshalb soll jeder, der es vermeiden will, daß diese militärische Hetzjagd, die durch ganz Europa geht, schließlich zu einem ökonomischen und politischen Zusammenbruch führt, endlich einmal daran denken, auf Mittel zu sinnen, wie man diesem für das Volkswohl mörderischen System ein Ende macht. Daß die Aktion des russischen Zaren nicht dahin führen würde, eine derartige Abrüstung und Veränderung herbeizuführen, darüber ist bei uns Sozialdemokraten kein Zweifel gewesen und zwar einfach deswegen, weil kein Monarch für die Aufrechterhaltung des Absolutismus mehr des stehenden Heeres bedarf als eben der russische Zar. Aber, meine Herren, schließlich muß doch eine Macht, wenn eine Veränderung in dem bezeichneten Sinne eintreten soll, einmal den Anfang machen, und ich sollte denken, daß gerade Deutschland, das durch seine ganze Politik den Grundanlaß fortgesetzt zu dieser Aera der Massenheere gegeben hat, am allermeisten auch Anlaß hätte, seinerseits den Anfang zu machen, um eine Umkehr auf diesem Gebiete herbeizuführen. Niemand — wir haben Ihnen das oft gesagt — niemand im Lande wohl und ebenso wir Sozialdemokraten, denkt an eine plötzliche Entwaffnung in dem Sinne, als ob von einem Jahre auf das andere das Vaterland wehrlos gemacht, freigegeben werden soll jedem Eindringling und jedem böswilligen Eingriff von außen. So wie jede große politische und gesellschaftliche Institution, so wie die Gesellschaft selbst, die in langer Zeit allmälig geworden ist, nicht von einem Tage auf den anderen zerstört werden oder untergehen kann, sondern wie es hier einer Reihe von Zwischengliedern bedarf, so ist es auch selbstverständlich in bezug auf das Militärwesen der Fall. Hier ist der Weg angezeigt, durch fortgesetzte aufeinanderfolgende und einschneidende Herabsetzung der Dienstzeit eine Umwandlung des jetzigen stehenden Heeres in ein wirkliches Volksheer herbeizuführen. Diese Forderung, die gleich sehr den ökonomischen und politischen Interessen des deutschen Volkes entspricht, ohne die Interessen der Landesvertheidigung zu verletzen, werden wir stets und bei jedem Etat wiederum erheben und werden ihr auch den parlamentarisch stärksten Ausdruck durch unsere Haltung bei den Abstimmungen geben.

Leider ist vorläufig wenig Aussicht, daß unsere Idee siegreich werde. Die Regierung ist im Gegentheil in einer erheblich besseren Lage als früher. Die regierende Partei dieses Hauses (Heiterkeit), die soeben erst die Marine bewilligt hat und bei dieser Gelegenheit endgiltig in die Stellung der Nationalliberalen hineingerückt ist (Heiterkeit), wird bei diesem Kapitel die Konsequenzen ihres Thuns ziehen müssen. Ein rheinisches Zentrumsblatt hat freilich gemeint, die Regierung solle sich ja nicht einbilden, daß das Zentrum sich nun alles bieten lassen werde. Diese Reminiszenz werden Sie sich auch bald abgewöhnen. Für Sie giebt es kein Zurück mehr, Sie müssen den Weg bis zu Ende gehen. Die Regierung kann also ruhig sein: Was sie will auf diesem Gebiet, wird sie sicherlich, in der Hauptsache wenigstens, nach einigem Zieren bekommen, sie wird ihr Quinquennat bekommen, sie wird die vorläufig — „vorläufig" steht ja auf jeder Seite der Militärvorlage — 28 000 Mann Erhöhung bekommen, die 132¾ Millionen einmalige Ausgaben, und die 27½ Millionen dauernde Ausgaben wird sie auch im wesentlichen bekommen, und wenn der jetzige Reichstag in seiner Zusammensetzung fünf Jahre so bleiben wird, wie er jetzt da ist, so wird die Regierung auch noch mehr kriegen. Denn daß sie mehr haben will, darüber ist von Haus aus kein Zweifel. Sie können es auch im übrigen in der Militärvorlage bereits finden. Die Regierung mag also ganz guten Muths nach dieser Richtung sein — das Zentrum wird für das Bewilligen schon sorgen. (Heiterkeit.)

Fürchten Sie nicht, meine Herren, daß ich auf diese Sache des weitern eingehe; über die Einzelheiten wird später zu sprechen sein. Ich wollte Ihnen blos zeigen, daß in demselben Moment, wo Anzeichen dafür sprechen, daß eine Geschäftslage, eine wirthschaftliche Lage uns bevorsteht, deren Ergebniß ein ganz besonderes Zurückgehen unserer Reichseinnahmen sein kann, daß in demselben Moment an einen Rückgang unserer Ausgaben auf allen diesen Gebieten! gar nicht zu denken ist, so daß nicht nur jetzt, sondern auch im nächsten Jahr und in den folgenden Jahren ein weiterer Ausbau des Pumpsystems stattfinden muß, und schließlich dem deutschen Volk auch neue Steuern bringen muß.

Meine Herren, von dem Heere, dem Gebiet äußerer Machtentfaltung des Deutschen Reichs, auf das man sich in Deutschland gar nicht stolz genug zeigen kann, lenkt sich der Blick unwillkürlich auf ein anderes Gebiet, wo Deutschland — oder besser gesagt, der Herr Deutschlands: Preußen — sich nichts weniger als groß, sondern sehr klein gezeigt hat; ich meine die Ausweisungen von Slaven und Dänen. Die Vertheidiger dieser Maßregeln suchen sich durch die nationalen Deklamationen zu decken und sprechen von einer fortschreitenden Slavisirung des Ostens. Ich möchte mir gerade gegenüber allem Gelächter, welches gestern von jener Seite (nach rechts) auf eine Ausführung des Herrn Abg. Richter ertönte, denjenigen Herren da drüben, die neu in diesem Hause sind, doch erlauben zu bemerken, daß sie nicht die einzigen Deutschen in diesem Saale sind und daß andere ebenso gut das Recht und die Pflicht haben, für das Deutschthum einzutreten, wo es durch unwürdige Handlungen von anderer Seite beeinträchtigt wird, und ich wiederhole die Worte des Herrn Richter: eine unsinnigere Art, das Deutschthum pflegen zu wollen, als durch derartige Ausweisungen, giebt es nicht. (Sehr richtig! links.) Soweit übrigens das Slaventhum in unserem Osten wirklich vordringt, trägt die Schuld daran das preußische Junkerthum, welches die eigenen Landleute wegen ihrer höheren Lebensansprüche nach Möglichkeit in die Städte und nach dem Westen hinausdrängt, um an deren Stelle billigere und willigere slavische Arbeiter zu setzen. Allerdings haben auch die Großindustriellen im Westen Geschmack gefunden an dieser Einfuhr billiger slavischer Arbeiter. Wo der Nationalsinn mit der Profitgier in Widerspruch kommt, da hat stets die Profitgier obgesiegt. (Sehr richtig!) Es giebt eben in der That einen vaterlandsfeindlichen, anti-nationalen, kultur- und völkerzerstörenden Internationalismus: und das ist der Internationalismus des ausbeutenden Kapitals. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was thun denn eigentlich die Dänen in Nordschleswig? Im Grunde nichts anderes, ars daß sie ihre Nationalität pflegen, daß sie dänisch sprechen wollen und, weil die dänische Sprache beim Unterricht förmlich verfolgt wird, ihre Kinder über die Grenze nach Dänemark schicken. Das ist ihr Verbrechen, dafür werden Kinder von ihren Eltern weg, und umgekehrt, ausgewiesen und binnen 24 Stunden über die Grenze befördert. Und deshalb werden Arbeiter und Arbeiterinnen in der ganzen Existenz gefährdet, vielleicht vernichtet. Und mit welcher Intelligenz, bewährter Intelligenz, dabei die preußische Polizei verfährt! Nach einer mir zugegangenen Nachricht sind vor verhältnißmäßig kurzer Zeit zwei Norweger ausgewiesen worden, weil sie das bekannte Björnson'sche Lied: „Ja vi elsker" gesungen haben, das die preußischen Polizisten natürlich für etwas Dänisches gehalten hatten. (Heiterkeit.)

Gestern ist uns von dem Staatssekretär des äußeren Amtes gesagt worden: diese Dinge haben auf die internationale Lage gar keinen Einfluß, denn — das waren nicht seine Worte, aber der Sinn seiner Worte — wir können die Leute kraft unserer Souveränität so schlecht behandeln, als wir wollen. Ja, die Sympathien, welche sich Deutschland in seiner neueren Entwickelung bei den Völkern Europa's erworben hat, sind zu zählen; sollen auch diese noch zu grunde gehen? Ich will damit schließen, daß ich sage: auch wir werden unsererseits auf das entschiedenste gegen ein derartiges barbarisches Vorgehen protestiren, (Oh! Oh!) welches vielleicht bei unserm neuesten Freunde . . .

Präsident Graf **Ballestrem** (unterbrechend): Ich kann nicht zugeben, daß das Vorgehen einer Bundesregierung barbarisch genannt wird, und rufe deshalb den Herrn Redner zur Ordnung.

Abg. **v. Vollmar** (fortfahrend): Ich nehme den Ordnungsruf gern entgegen. (Bravo!) Ich meine also, daß ein derartiges Vorgehen, wie ich es im Einzelnen dargelegt habe, vielleicht bei unserem neuesten Freunde, dem Großtürken, sehr viel Verständniß finden wird (Sehr gut!), daß aber bei den gebildeten Völkern der deutsche Name dadurch nichts weniger als an Achtung und Zuneigung gewinnen kann, und vor allem die deutschen Interessen dadurch nicht gefördert werden können. Vergessen denn die Herren an den Bundesrathstischen, daß es kaum ein Volk in der Welt, in Europa giebt, welches eine derartige Masse seiner eigenen Söhne im Auslande hat, wie gerade Deutschland? Sind diese nicht überall den Unbilden ausgesetzt, welche eine Abnahme der Sympathieen für Deutschland herausfordert? Das ist eine hübsche Weltpolitik, welche die Herren von der Reichs- beziehungsweise preußischen Regierung hier treiben.

Nun sagt man, die preußische Regierung habe mit der Sache nichts zu thun; das falle alles in das Ressort der Oberpräsidenten. Die gewöhnliche konstitutionelle Auffassung geht doch dahin, daß Minister nicht nur die formale Verantwortung für alles in ihrem Ressort Geschehene tragen, sondern daß sie eigentlich die Leiter der Geschäfte, der Landespolitik sein sollen. Nach abwärts scheint es also nicht zu gehen, nach oben erst recht nicht, denn nach dieser Richtung scheint es da fast, als ob die Minister ihren Ehrgeiz daran setzen, ihr Amt so auszuführen, daß es ihrem Titel in etymologischer Hinsicht möglichst entspricht (Heiterkeit! sehr richtig!) Wovon hört man jetzt so in der preußischen und Reichspolitik eigentlich? Jeden Tag liest man von den persönlichen Handlungen des Reichsoberhaupts weit mehr, als von eigentlichen Handlungen der Reichsregierung. Die große Maschinerie scheint überhaupt in dem Augenblick still zu stehen, wo Antriebe von jener Seite her ausbleiben. Herr Richter hat mit Recht sich darüber beschwert, daß die Einberufung des Reichstags weniger von der Entscheidung des Reichskanzlers abhängig zu sein schien, als von der Hitze in Palästina (Heiterkeit). Der Herr Staatssekretär hat das bestritten: Palästina habe damit nichts zu thun.

Ja, ich erlaube mir aber die Frage: wie ist es denn möglich, daß nicht nur der Reichstag so spät einberufen wurde, sondern daß man 14 Tage vor der Einberufung noch nicht einmal gewußt hat, ob der Reichstag einberufen werden wird oder nicht, und uns, den Abgeordneten, noch garnichts hat sagen können. In einer anderen gesetzgebenden Körperschaft des Reiches, im Landesausschuß Elsaß-Lothringens, ist der Schluß der Körperschaft aus gleichem Grunde schwierig geworden. Beim Schluß der Arbeiten mußte der Präsident das Haus auf unbestimmte Zeit vertagen, weil die Schlußordre für den Landesausschuß nicht hatte beschafft werden können. (Hört! Hört! links.)

Ich halte die uns hier gemachte Einwendung nicht für hinreichend glaublich. Für die inneren staatlichen Verhältnisse des Reiches ist es bezeichnend, daß eine solche Rücksichtslosigkeit zwar gewisse Reklamationen wachruft, die indeß ohne praktische Konsequenz bleiben werden. In England würde in einem ähnlichen Fall die englische Regierung und die Krone eine ganz andere Antwort bekommen. Wir in Deutschland müssen uns mit wenig begnügen und ein Trost für uns muß es sein, daß auch Bundesregierungen, ja leibhaftige Bundesfürsten einmal nicht viel besser behandelt werden.

Der Herr Staatssekretär hat sich mit großer Emphase gegen das Wort „Reichsverdrossenheit" gewendet und gemeint, woher eine solche Reichsverdrossenheit eigentlich kommen sollte. Wer so alles, was geschehen und vorgebracht ist, krampfhaft vertheidigt, wer so den Maßstab für das Wohlbefinden der Nation von seiner eigenen Befriedigung aus nimmt, wer so wie der Herr Staatssekretär, der an den Quellen der Reichsverdrossenheit sitzt, in Deutschland die freiheitlichsten Zustände und die denkbar größten Rechtsgarantien erblickt, den halte ich allerdings für unfähig, die Ursachen einer derartig großen Unzufriedenheit zu begreifen, der zeigt, daß er offenbar nicht weiß, was Freiheit ist, sondern nur Phrasen kennt (Sehr gut! links), oder, um Sie, Herr Staatssekretär nicht zu chokiren, der nur die junkerlichen, militaristischen, absolutistischen Gedankenkreise der herrschenden Kreise Preußens kennt. (Ach! rechts.) Wer nichts von jener Reichsverdrossenheit weiß, kann sich hierfür die Beweise so ziemlich überall aus dem Deutschen Reiche herholen, so brauchte er einen Schritt auf der Stiege zu einer süddeutschen Abgeordnetenkammer zu thun, um sich zu überzeugen. Nach der Erklärung des Herrn Staatssekretärs ist bei den verbündeten Regierungen keine Reichsverdrossenheit vorhanden. Diese angebliche Thatsache kümmert uns, die Vertreter des deutschen Volkes, aber nicht. Nach dem äußeren Schein zu schließen, ist allerdings bei den verschiedenen Regierungen von Reichsverdrossenheit nichts zu spüren; die Reichsregierung, oder was das nämliche ist, die preußische Regierung, sollte aber nicht blos nach dem offiziellen Faltenwurf der Gesichter die Dinge beurtheilen.

Wenn der Herr Staatssekretär gestern das große Wort aussprach von der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für alle Handlungen des Reichsoberhauptes, so klingt das so konstitutionell, daß man etwas derartiges kaum glauben kann. In Deutschland ist man so etwas nicht gewöhnt; wäre dem aber so, so würden die Schultern des Herrn Reichskanzlers für eine derartige Verantwortlichkeit mir zu schmal erscheinen. So lange unsere bürgerlichen Parteien sich nicht zur Einführung eines wirklichen Konstitutionalismus ermannen, ist unser deutsches Leben so ungefähr das Gegentheil von dem, was gestern der Herr Staatssekretär hier gesagt hat.

In Hinsicht der Agrarpolitik, des Zollwesens, der Handelsverträge ꝛc., auf die ich hier nicht weiter eingehen will, werden ich und meine Freunde uns die nöthige Besprechung vorbehalten. Was dann noch den metaphysischen, melodramatischen Schluß der Thronrede anbetrifft, so halte ich es für überflüssig darauf einzugehen. Ich hätte die Sache gar nicht erwähnt, wenn man gestern nicht so große Umstände gemacht hätte wegen der mächtigen Wirkung, die diese Reise auf unsere internationalen, insbesondere auf unsere Handelsbeziehungen haben soll.

Da muß ich denn doch eins sagen: Wenn die beiden Staatssekretäre Recht haben, wenn in der That durch die Reise des Reichsoberhauptes der Absatz im Orient so außerordentlich gestiegen ist, dann könnten ja die europäischen Völker gar nichts Gescheiteres thun, als eine möglichst große Zeit des Jahres ihre Fürsten auf die Reise schicken. (Große Heiterkeit links, Unruhe rechts.) Das ist doch ein ganz einfacher Schluß! Es scheint, daß Sie auch eine andere Logik haben, als ich! (Unruhe rechts.)

Ich komme zum Schluß und damit zu dem uns zumeist am Herzen liegenden Kapitel der Sozialreform und dem Kampf gegen die Sozialdemokratie, der in unserem Lande mit der Sozialreform in Verbindung gebracht wird. Mit einer Aeußerung der Thronrede bin ich da einverstanden, ich meine die Stelle darin, daß die ruchlose That von Genf in ganz Deutschland verurtheilt worden sei. Ich stimme dem zu; aus der sozialdemokratischen Presse haben Sie seinerzeit ganz dieselbe Meinung schon hören können. (Widerspruch rechts.) Bitte, präsentiren Sie uns einmal die gegentheiligen Stimmen! Diese Zwischenrufe scheinen nur von Kollegen zu kommen, denen die Phrasen des Wahlkampfes noch in die Ohren klingen. (Heiterkeit.) Wir verurtheilen also diese That, weil wir grundsätzlich jede Gewaltthat an Menschen verurtheilen, einerlei, ob sich diese Gewaltthat gegen einen einfachen und unbekannten Menschen aus dem Volke oder gegen eine Kaiserin richtet, und ohne Rücksicht darauf, ob diese Gewaltthat von einem Anarchisten oder von der Regierung ausgeführt wird. Der Gedanke, als ob die den Gesetzen des allmäligen Wachsthums unterworfenen Gesellschaftsformen durch künstliche oder gar verbrecherische Handlungen zum Nutzen des Volkes geändert werden könnten, wird von niemand mehr verurtheilt, als von uns Sozialdemokraten. Und dem Umstande, daß in Deutschland eine Sozialdemokratie von dieser Art Macht gewonnen hat in den öffentlichen Verhältnissen, haben Sie es hauptsächlich zu danken, daß Sie bei uns von solchen Handlungen niemals etwas erfahren. (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Recht findig ist es von der Thronrede, daß sie auf die Anarchistenkonferenz wenig Hoffnung setzt. Besser wäre es freilich, wenn die Regierung von vornherein eingesehen hätte, daß eine solche Konferenz zur Berathung von Polizeimaßregeln nicht der richtige Weg zur Bekämpfung des Anarchismus sei. Bei dem freundlichen Verhältniß zwischen der deutschen und der italienischen Regierung hätte die unsre ruhig sagen können: Es giebt in ganz Europa kein Volk, das in größerem, bitterem Elend sich befindet, als das italienische Volk; es giebt kein Land, wo die Lage des Volkes so unerträglich ist; das Volk schreit vor Hunger und die Regierung antwortet mit Blei und Eisen darauf. (Sehr wahr! links.) Und wenn Du den Anarchismus bekämpfen willst, dann sorge Du selbst dafür, daß Du nicht Anarchisten züchtest, nicht nur für Dich, sondern für andere Länder auch noch. Es giebt keine bessere Bekämpfung der anarchistischen Gewaltthat als die, dafür zu sorgen, daß das Individuum, das leidet, lernt, daß nur durch eine kollektive, gesetzmäßige Organisation ihm geholfen werden kann, und keine bessere, als indem man das Volk in möglichst großem Maßstabe an den Segnungen der Kultur theilnehmen läßt. Unsere Regierung hätte deswegen auf jene Einladung antworten müssen, ja, es giebt in Europa internationale Kulturaufgaben, vereinige Dich mit uns und berufe einen internationalen Arbeiterschutz-Kongreß! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Aber solch einen, der es ernst nimmt! Eine Regierung, die so geantwortet hätte, müßte freilich ein wenig anders aussehen als unsere Regierung, die sich in allen wesentlichen Dingen im Bunde mit den Großindustriellen und dem Junkerthum befindet und die in diesem Augenblick den Angriff gegen das Koalitionsrecht unternimmt. Graf Posadowsky mag das bestreiten. Wie immer die Vorlage, die sie uns bringen, aussehen mag, sie wird stets das Wesen des Koalitionsrechts angreifen müssen. Im übrigen akzeptire ich die gestrige Aeußerung des Herrn Staatssekretärs, daß man das Koalitionsrecht deswegen nicht angreifen könne, weil kein Kulturstaat ohne das Koalitionsrecht bestehen könne. Ich möchte aber den Herrn Staatssekretär des Innern daran erinnern, daß das Koalitionsrecht nur ein Theil der Arbeiter in deutschen Landen besitzt, daß alle Landarbeiter, das ganze Gesinde und andere Arbeiter ausgeschlossen sind von diesem Recht, das der Herr Staatssekretär selbst als ein absolut nothwendiges für einen Kulturstaat bezeichnet hat.

Der Herr Staatssekretär und die Vertheidiger einer derartigen Vorlage thun fortwährend so, wie wenn in Deutschland die Streiks gar kein Ende nehmen, wie wenn sie massenhaft aus reiner Bosheit und aus Muthwillen unternommen würden, wie wenn die sozialdemokratische Partei gar kein größeres Vergnügen kennte, als derartige Streits überall anzublasen, und als ob ganz insbesondere die streikenden Arbeiter reine Wütheriche in Terrorismus wären, während im Gegensatz hierzu die Unternehmer das reine Wohlwollen und die Gerechtigkeit selbst wären. Von alledem ist doch das Gegentheil wahr. Es giebt einen Terrorismus in Deutschland, und das ist der Terrorismus der Geldsackwirthschaft, der Terrorismus des Kapitals gegen die Arbeiter in erster Linie und in zweiter Linie gegen das ganze konsumirende Volk, und wenn es eine Macht im Reiche giebt, die, wie der Herr Staatssekretär gestern sagte, obrigkeitliche Zwangsbefugniß anstrebt, so suchen sie die nirgends anders als im kapitalistischen Lager. (Sehr richtig.) Wir wollen sehen, ob die Herren die Konsequenz aus ihren eigenen Worten ziehen und gegen diese Macht uns Gesetzentwürfe vorlegen werden. Die Wahrheit in diesen Dingen ist kurzgefaßt die, daß angesichts der Neigung des Unternehmerthums — mit einigen Ausnahmen — selbst in einer solchen Zeit der höchsten Blüthe der Industrie freiwillig nichts von ihrem Profit abzugeben, es sich schon von Hause aus zeigt, auf welchem Gebiete die Schuld liegt. Der Herr Staatssekretär hat gestern gesagt, wir hätten jetzt rapid steigende Löhne. Richtig ist indeß nur, daß auf gewissen Gebieten und in einem gewissen Maße die Löhne gestiegen sind, aber die Fälle sind zu zählen, in denen das deutsche Unternehmerthum freiwillig an die Arbeiter etwas abgegeben, die Löhne erhöht hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Stets nur wenn ein Streik drohte oder begonnen wurde. Weiter, sage ich, ist ein großer Theil der Streiks in Deutschland in letzter Zeit zur Vertheidigung des Vereinigungsrechtes der Arbeiter unternommen worden. Auch ist die Zahl der Streiks durchaus nicht eine besonders große. Nach einer Berechnung wird der Ausgang an Arbeitstagen im Jahre ungefähr 1¼ Millionen betragen haben, während die Gesammtarbeitstage der deutschen Arbeiter 1800 bis 2000 Millionen betragen. Ebenso ist die Bestrafung wegen Zuwiderhandlungen gegen das Koalitionsrecht eine nichts weniger als große. Nach den von den Gewerkschaften und der Regierung aufgestellten Statistiken schwankt die Zahl der Bestraften zwischen eins bis drei pro Tausend. Dieser Prozentsatz rechtfertigt durchaus nicht solche Maßregeln, wie sie uns in Aussicht gestellt sind, zumal da wohl nirgends in ganz Europa die Koalitionsfreiheit so beschränkt ist wie bei uns, wo nicht nur Zuwiderhandlungen gegen § 153 bestraft werden, sondern wo man bereits längst auf das Gebiet des allgemeinen Rechts übergegangen ist. Nur zur Zeit des Kulturkampfes ist in ähnlich unerhörter Weise mit der Handhabung der Gesetze gegen eine Partei vorgegangen worden, wie hier gegen die Arbeiter. Wenn die Materie zur Berathung steht, werden wir Ihnen durch genügendes Material beweisen, daß zum größten Theil die Rechtsprechung dahin gelangt ist, daß man längst sagen kann: § 152 giebt den deutschen Arbeitern das Koalitionsrecht, die Ausübung ist ihnen aber verboten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten). Daher ist die Ankündigung dieses Gesetzes von der ganzen deutschen Arbeiterschaft, nicht nur von der Sozialdemokratie, wie ein Faustschlag empfunden worden, und jeder, der ein Freund der Arbeiter sein will, wird dafür sorgen müssen, daß nicht nur die Verschärfungsmaßregeln abgelehnt werden, — das genügt nicht mehr — sondern daß das heute nur zum Schein bestehende Koalitionsrecht zu einem wirklichen Koalitionsrecht gemacht wird! Die Schwierigkeiten, die den Gewerkschaften, den Organisationen der Arbeiter, die der beste Schutz vor Streiks sind, bereitet werden, müssen ebenfalls beseitigt werden.

Man hat sich in der bürgerlichen Presse darüber beschwert, daß die Sozialdemokratie nach der Oeynhausener Rede es an einem kräftigen Widerhall nicht hat fehlen lassen. Halten Sie uns denn für solche Menschen, daß wir uns ganz nach Belieben unausgesetzt bedrohen lassen? Dazu sollten Sie uns doch besser kennen. Furcht ist niemals unsere Sache gewesen und heute, wo wir von Wahl zu Wahl und von Jahr zu Jahr immer stärkere Kraft in unseren Adern fühlen, ist die Furcht erst recht unsere Sache nicht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das möge Ihnen ein Leitmotiv für die kommende Berathung sein. Wir führen keinen Kampf der Gewaltthaten, sondern einen Kampf der Gesetzmäßigkeit, wir wollen keine Zertrümmerung, sondern eine organische Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne. Aber wenn wir so keine beißenden Wölfe sind, sind wir doch auch

keine räudigen Schafe, die wehrlos alles entgegen nehmen. Unsere Ziele liegen bei uns, aber unser ganzes politisches Vorgehen liegt sehr viel in Ihrer Hand, und wenn Sie deswegen glauben Anlaß zu Klagen zu haben, so klagen Sie nicht uns, sondern sich selbst an! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (k.): Die Vorwürfe, die gegen die Reichsfinanzpolitik gemacht worden sind, sind keineswegs sämmtlich von der Hand zu weisen. Wenn diese sich nicht stets auf dem richtigen Wege befindet, so liegt das daran, daß im allgemeinen zu wenig Rücksicht auf die finanzielle Lage der Einzelstaaten genommen wird. In den Einzellandtagen wird mit denkbar größter Sparsamkeit gewirthschaftet. Warum nimmt man sich die nicht im Reiche zum Muster? Um einen speziellen Fall anzuführen! Wir haben vor Jahren gegen die Einrichtung eines eigenen Kanalamtes gesprochen und die Verwaltung des Nordostsee-Kanals Preußen unterstellt wissen wollen. Man muß eben die Wichtigkeit jedes Falles richtig abschätzen und darf daher auch nicht am unrechten Ort sparen; z. B. bei dem Bau afrikanischer Bahnen; wenn man Kolonien hat und nicht für sie sorgt, so ist das gerade so, als wenn jemand ein Gut kauft und sich nicht die zur Bewirthschaftung nothwendigen Maschinen anschafft.

Was unsere auswärtige Politik anlangt, so haben wir gestern eine geradezu ausgezeichnete Rede des Herrn Staatssekretärs v. Bülow gehört. (Heiterkeit.) Im übrigen bin ich der Ansicht, man spricht über derartige Dinge am besten gar nicht; man ist ja hierüber doch immer nur höchst mangelhaft informirt, und wenn man schweigt, erspart man sich wenigstens eine Blamage.

Die Herren auf der linken Seite sprechen immer erbittert gegen unsere Armee, gegen die fortdauernden Rüstungen, sprechen womöglich gar von der Abschaffung des stehenden Heeres und Einführung einer Miliz. Ja, aber wenn wir die einführen wollten, so würde der erste beste beutegierige Nachbar über uns herfallen. Ich kann also hier den Reden der Herren Sozialdemokraten keine Bedeutung beimessen.

Man hat ein großes Geschrei von den Ausweisungen gemacht. Man hat dabei übersehen, daß von Seiten Dänemarks immer noch das Bestreben herrscht, jene Landestheile bei passender Gelegenheit an sich zu reißen. Und dem wollen wir entgegentreten; ich kann daher die Maßregeln des Herrn v. Köller nur vollkommen billigen. (Bravo! rechts.) Der Vergleich mit den Deutschen im Ausland ist vollkommen unzutreffend. Die Deutschen im Ausland sind überall gern gesehen; sie haben ja auch nicht das Bestreben, Stücke Landes an Deutschland zu bringen.

Die Haltung des Herrn v. Podbielski gegenüber den Beamtenverbänden hat durchaus unsere Billigung. Sie bedeutet nichts weiter, als die Verhinderung der sozialdemokratischen Organisation unserer Beamten. Wir wollen eben den Umsturz verhindern, und wenn ich auch glauben will, daß die Herren, die hier das Wort ergriffen haben, es ehrlich meinen mit der Anwendung legaler Mittel, so bin ich doch der Ansicht, daß, wenn die Sozialdemokratie erst stark genug geworden ist, über jene gemäßigten Elemente der Sturm hinweggehen wird und sie von der Welle hinweggeschwemmt werden. Die Sozialdemokraten verwahren sich gegen jede Gemeinschaft mit den Anarchisten. Sie werden aber die Verantwortlichkeit für die Gewaltthaten derselben nicht von sich abschütteln können. Wenn man jahrelang predigt, daß alles Bestehende schlecht ist und werth ist, zu grunde zu gehen, so finden sich schon Leute, welche das, was jene nicht direkt ausgesprochen haben, in die That umsetzen. (Sehr richtig! rechts.) Der Anarchismus ist so durch die Sozialdemokratie entstanden, ebenso wie die Sozialdemokratie auf den Schultern des Freisinns groß geworden ist. (Großer Beifall rechts; Widerspruch links; Lachen bei den Sozialdemokraten.) Zum Schluß sage ich noch dem Präsidenten meinen Dank für die warme Art, mit der er des Fürsten Bismarck gedacht. Hoffen wir, daß etwas von dem Geist und der staatsmännischen Weisheit des Altreichskanzlers auch auf dieses Haus übergehe! (Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Was der Abg. v. Vollmar über die späte Schließung des elsaß-lothringischen Landesausschusses gesagt hat, ist unrichtig. Die Vertagung ist lediglich aus sachlichen Gründen erfolgt; es waren noch Vorlagen zu berathen, die nicht fertig gestellt waren; eine Vertagung schien daher zweckmäßiger als eine Schließung.

Schatzsekretär **Frhr. v. Thielmann** wendet sich gegen die Vorwürfe des Abg. v. Limburg-Stirum über die mangelnde Sparsamkeit in der Reichsfinanzpolitik.

Abg. **Motty** (Pole) spricht über die Maßnahmen der preußischen Regierung gegen das Polenthum in den Ostmarken. Die Drachensaat der Hakatisten hat üppige Früchte getragen. Es widerspricht den Thatsachen, wenn man von einer polnischen Agitation spricht, gegen die man das Deutschthum schützen müsse. Es ist den Polen nie eingefallen, gegen das Deutschthum zu agitiren. Sie haben sich umgekehrt nur schützen wollen gegen die Unterdrückungsversuche von seiten der Deutschen, sie haben ihre Sprache und Nationalität sich bewahren wollen. Jetzt macht man so viel Aufhebens von der Ausweisung einer handvoll von Dänen; aber jahrelang hat man die Vertreibung tausender von Polen ruhig mit angesehen. Polenhetze, dein Name ist Verblendung! Nicht die Nation, welche die materiellen Siege erficht, hat den wahren Sieg erfochten!

Darauf wird die Weiterberathung vertagt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberathung.

Schluß 5¼ Uhr.

Lokales.

Die Parteigenossen des ersten Wahlkreises arrangiren am ersten Weihnachtsfeiertag, mittags 12 Uhr, eine Matinee im Feenpalast; sämmtliche Künstler treten in ihren bekannten Glanznummern auf. Entree 30 Pf. Um zahlreichen Besuch bitten die Vertrauenspersonen.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Nachholung des am 5. Dezember ausgefallenen Vortragsabends in Rede-Uebung findet nicht heute, Mittwoch, den 14. d. Mts., statt, sondern am Montag, den 19. d. Mts. Die Theilnehmer wollen dies gefl. beachten.

Der Vorstand.

Vom städtischen Fortbildungs-Schulwesen.

Im Jahre 1897/98 (bezw. 1896/97) wurden die fünf Fortbildungs-Anstalten, die für reifere, in einem praktischen Beruf stehende Personen bestimmt sind, im Sommer von 603 (723), im Winter von 728 (874) Theilnehmern besucht, welche zusammen im Sommer 758 (989, im Winter 1013 (1169) Unterrichtskurse belegt hatten. Die Zahl der Theilnehmer und der belegten Kurse ist seit einigen Jahren im Rückgange; zu Beginn des Schuljahres 1898/99 ist sogar eine Anstalt wegen zu geringer Betheiligung bis auf weiteres geschlossen worden. Unterrichtsgegenstände sind an allen Anstalten Deutsch, Französisch, Englisch, an den meisten ferner Buchführung und kaufmännisches Rechnen, an einzelnen auch Mathematik, Zeichnen, Physik, Chemie, Stenographie. Die stärkste Betheiligung finden Englisch, Französisch, Deutsch: 1897/98 im Sommer 215, 188, 105, im Winter 252, 248, 149 Theilnehmer. Die zwölf Fortbildungsschulen für Jünglinge wurden besucht im Sommer von 7375 (7325), im Winter von 8718 (8069) Theilnehmern, die zusammen im Sommer 12 331 (11 587), im Winter 14 566 (13 473) Kurse belegt hatten. Die Zahl der Theilnehmer und der belegten Kurse ist hier im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, besonders im Wintersemester. Nachdem Anfang der 90er Jahre ein Rückgang eingetreten war, ist die Frequenz schon seit einigen Jahren wieder im Steigen. Unterrichtet wird an allen Fortbildungsschulen für Jünglinge in Deutsch, Französisch, Englisch, Rechnen, Buchführung, Zeichnen, Geometrie, Physik und Chemie, Stenographie, an den meisten in Fachzeichnen, Modelliren, an einzelnen in Geschichte, Gesetzeskunde, Schreibmaschine. Am stärksten ist die Betheiligung an Zeichnen, Rechnen, Deutsch: 1897/98 im Sommer 3943, 2195, 2088, im Winter 4604, 2614, 2440 Theilnehmer. Unterricht im Maschinenschreiben ist erst im letzten Winter eingeführt worden; er fand an zwei Schulen zusammen 54 Theilnehmer. Die 13 Fortbildungsschulen für Mädchen wurden besucht im Sommer von 4536 (4500), im Winter von 5071 (4952) Theilnehmerinnen, die zusammen im Sommer 16 054 (15 355), im Winter 17 841 (16 828) Kurse belegt hatten. Die Zunahme der Frequenz war hier zu Anfang der 90er Jahre sehr bedeutend gewesen, hat sich aber in den letzten Jahren merklich verlangsamt. Unterrichtsfächer sind an allen Schulen Deutsch, Rechnen, Zeichnen, Buchführung, an den meisten Handarbeit, Maschinennähen, Schneidern, Wäschezuschneiden, Plätten, Putzmachen, Französisch, Englisch, Gesang, Turnen, Schreibmaschine, Stenographie. Die Betheiligung ist am stärksten an Deutsch, Handarbeit, Rechnen: 1897/98 im Sommer 3898, 2127, 1753, im Winter 3694, 2545, 1956 Theilnehmerinnen.

Das Kostgeld für die städtischen Waisen-Kostkinder soll also thatsächlich erhöht werden, — leider aber nur in ganz geringem Umfange. Für Kinder, die in den Vororten Schöneberg, Rixdorf, Borhagen-Rummelsburg, Friedrichsberg, Lichtenberg, Wilhemsberg, Treptow, Stralau, Weißensee in Kostpflege gegeben sind, soll in „geeignet" scheinenden Fällen künftig statt des geringeren Kostgeldes der auswärtigen Pflege das höhere der Berliner Pflege gezahlt werden, wie das für die in Charlottenburg und Köpenick untergebrachten Kinder seit langem geschieht. Eine diesbezügliche Vorlage des Magistrats ist der Stadtverordneten-Versammlung bereits zugegangen. Damit wird wenigstens eine der Härten und Ungerechtigkeiten gemildert, die der bisher üblichen Bemessung des Kostgeldes anhaften. In diesen Vororten ist die Beköstigung eines Kindes natürlich genau ebenso theuer wie in Berlin. Hier ist also das niedrigere Kostgeld der auswärtigen Pflege doppelt ungerecht und hätte schon längst erhöht werden müssen. Daß auch das etwas höhere Kostgeld der Berliner Pflege noch zu niedrig ist für Berlin und für die Vororte, das versteht sich von selbst. Groß ist übrigens die Freigebigkeit nicht, zu der sich der Magistrat jetzt mit der geplanten Kostgelderhöhung aufschwingen will. In den genannten Vororten sind nicht viele Kinder untergebracht; die meisten werden weiter hinausgeschickt.

Die Deputation der städtischen Kanalisationswerke sollte einer Notiz zufolge, welche kürzlich durch die Berliner Tagespresse ging, den Beschluß gefaßt haben, die Löhne der Kanalisationsarbeiter vom 1. Oktober cr. nachträglich zu erhöhen. Wie uns jetzt aus den interessirten Kreisen geschrieben wird, treffen die Angaben dieser Notiz nur insoweit zu, als bisher einem Theile der Kanalarbeiter Zulagen gemacht worden sind, während die gesammten Arbeiter des Maschinenbetriebes — Heizer, Putzer, Kohlenkahner und Druckrohrrevisoren — irgend welche Zulagen noch nicht erhalten haben. Jedoch ist auch diesen Arbeitern in den letzten Tagen vom Herrn Stadtrath Marggraff eine Lohnzulage von 20 bis 40 Pf. pro Tag versprochen worden. Von welchem Zeitpunkt ab diese Zulage zur Auszahlung gelangt, ist noch nicht näher bestimmt worden.

Die städtischen Kanalisationsarbeiter riefen im September dieses Jahres das Einigungsamt des Gewerbegerichts an, weil sie die Wiedereinstellung eines gemaßregelten Arbeiters verlangten. Das Gewerbegericht hat jetzt darauf den Kanalisationsarbeitern geantwortet, daß die Deputation der städtischen Kanalisationswerke und Rieselfelder nach der jetzigen Entwickelung der Dinge von der Anrufung des Einigungsamtes Abstand nimmt. — Den Beamten der Kanalisation ist nämlich eine Verordnung von der Deputation zugegangen, die besagt, daß die Arbeiter sich jeder gewerblichen Vereinigung anschließen und daß dieserhalb Maßregelungen nicht stattfinden dürfen. Außerdem hat der gemaßregelte Arbeiter bei der Bauverwaltung der Kanalisation Beschäftigung gefunden.

Um sich die Gunst des bethörten „Mittelstandes" nicht zu verscherzen, schimpft das Junkerthum zwar nach Noten auf die „jüdischen Ramschbazare", doch nehmen seine Angehörigen die von diesen Geschäften gebotenen Vortheile anscheinend gern mit in den Kauf. Mehrere Blätter berichten: Während zuerst nur der kleine Mann die von Großbazaren gebotene Gelegenheit zur Beschaffung einer billigen Photographie benutzte, nehmen jetzt immer mehr auch notorisch reiche Leute diese Gelegenheit wahr. So erschien gestern in einem dieser Bazare die in der hiesigen Hofgesellschaft wohlbekannte Gattin eines Staatssekretärs a. D. und reichen ostelbischen Großgrundbesitzers in Begleitung ihrer Kammerjungfer, um sich hier an der Stelle, wo das Dutzend Photographien 1,80 M. kostet, photographiren zu lassen. Am kupfernen Sonntag hat ein Großbazar allen, die an diesem Tage für 5 M. Waaren bei ihm kauften, einen Bon verabfolgt, der das Recht auf ein halbes Dutzend Photographien, „ganze Figur, Kniestück oder Brustbild" giebt. Hierdurch haben Tausende das Recht auf unentgeltliche Beschaffung ihrer Photographie erlangt und zwar nicht nur Käufer, sondern mehrfach auch ganz Unbetheiligte, die von den Kauflustigen, die für 10 und mehr Mark einkaufen, einfach mitgenommen worden waren, um sich für je 5 M. auch einen Photographiebon verabfolgen zu lassen. Auch viele Schneiderinnen und dergleichen haben die Gelegenheit benutzt, um durch Einkauf von 5 M. Futter oder sonstigen Zuthaten sich eine Gratisphotographie zu verschaffen. — Und zu diesem Plebs muß sich die reiche Großgrundbesitzersgattin gesellen, um ein paar Groschen zu ersparen. Da leugne noch einer den agrarischen Nothstand!

Der deutsche Kaiser. Bürgerliche Blätter berichten das neueste in folgender Fassung: Am Sonntag, nach der Einweihung der Trinitatiskirche in Charlottenburg, begrüßte der Kaiser auch die spalierbildenden Kriegervereine, indem er sich u. a. mit dem Vorsitzenden Herrn Bartels leutselig unterhielt. Der Kaiser fragte Herrn Bartels nach seiner Beschäftigung. Auf die Antwort: „Magistratssekretär", äußerte der Monarch lächelnd: „Ach so — Stadtschreiber."

Ueberflüssiger Kunstgenuß. Es wird berichtet: Das nächtliche Musiziren in den Wiener Cafés, das vor einigen Monaten verboten wurde, ist jetzt wieder gestattet worden. Sowohl die durch die Verfügung geschädigten Kaffetiers, als die dadurch ihres Erwerbs beraubten Zitherspieler, die sogenannten Café-Tiroler, haben sich beschwerdeführend an das Polizeipräsidium gewandt, jedoch ohne Erfolg zu erzielen. Daraufhin schlossen sich eine Anzahl Inhaber von Nacht-Cafés zusammen und erhoben beim Stadtausschuß Klage gegen das Polizeipräsidium. Der Stadtausschuß hat darauf das Verbot des Zitherspielens in den Cafés aufgehoben. Untersagt bleiben jedoch nach wie vor alle lärmenden Konzerte während der Zeit von 11 Uhr abends bis 6 Uhr früh, wodurch namentlich die Produktionen der sogenannten ungarischen Kapellen in den Wiener Cafés und die berüchtigten Frühkonzerte in einzelnen dieser Lokale in Wegfall kommen.

Die Vorlage des Magistrats über die Bureau-Hilfsarbeiter wurde am Montag Abend vom Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung berathen. Der Antrag des Magistrats, 440 namentlich aufgeführte Hilfsarbeiter ohne weitere Prozeßführung als Gemeindebeamte anzuerkennen, wurde einstimmig angenommen. Dagegen wurde ein aus der Mitte des Ausschusses gestellter Antrag auf Ausdehnung der Beamteneigenschaft auf die unter gleichen Voraussetzungen angenommenen, jedoch bei den städtischen Werken und den Standesämtern beschäftigten Hilfsarbeiter, ferner auf Verleihung der Reliktenversorgung für die Bureau-Hilfsarbeiter, abgelehnt, weil der Magistrat sich in der Vorlage besondere Anträge in dieser Beziehung vorbehalten hat. Ebenso hat der Ausschuß eine Resolution abgelehnt, dahin, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung eine Vorlage zu machen über eine Gehaltsaufbesserung derjenigen Hilfsarbeiter, die sich als pflichttreue Beamte bewährt haben und keine Pension beziehen. Zum Berichterstatter wurde der Stadtv. Cassel gewählt.

Wozu das Christenthum herhalten muß. Die „Kreuz-Zeitung" berichtet: Der deutsche Bürgerverein „Vorwärts" hat folgenden Beschluß gefaßt: „Der deutsche Bürgerverein „Vorwärts" beschließt, eine Bitte an das Provinzial-Schulkollegium und an das Kultusministerium zu richten. Indem zunächst der wärmste Dank den hohen Behörden für das bisherige Eintreten für die christliche Kindererziehung in den Volksschulen dargebracht wird, bittet der Verein dringend, mindestens an den bisherigen Verfügungen, welche zum Schutze der christlichen Kindererziehung erlassen sind, festzuhalten und keinen Werth auf die Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung zu legen, die zum größten Theil aus Juden, Sozialdemokraten und Atheisten zusammengesetzt ist." — Selbst mit Beihilfe des deutschen Bürgervereins „Vorwärts" dürfte es nicht gut möglich sein, die Kindererziehung in Berlin auf den Tiefstand des Ostelbierthums hinabzudrücken. Das verhindert allein schon der moralische Einfluß, den „Juden, Sozialdemokraten und Atheisten" in der Reichshauptstadt ausüben.

Die Wahlen zum Direktorium der akademischen Lesehalle hatten auch gestern eine ganz außerordentliche Betheiligung. Es sind bis jetzt gewählt: Von der „nationalen" Partei vier Kandidaten, die Herren Bredereck, Gepel, Klocke und Weber; von der Reformpartei drei Kandidaten, die Herren Selbiger, Kantorowicz und Tarnowski; von den wissenschaftlichen Vereinen niemand. Unter 825 Stimmen fielen 428 der nationalen Partei zu, 330 der Reformpartei und 67 den wissenschaftlichen Vereinen. Schluß der Wahl am Mittwoch.

Sehr viel Papier. Die Auflage der Stöcker'schen gedruckten Predigt für den diesjährigen Todtensonntag hat nach den „Blättern aus der Stadtmission" die große Zahl von 570 000 erreicht. Davon wurden auf den Berliner Kirchhöfen 230 000 und auf Kirchhöfen anderer Städte ebensoviel vertheilt, während der Rest von 110 000 auf die gewöhnliche Wochenausgabe kamen. — Aehnlich hohe Auflagen erreichen sonst nur sozialdemokratische Flugblätter. Dabei ist allerdings der Unterschied, daß diese meistens eifrig und mit Erfolg gelesen werden, was man von den Leistungen des Herrn Stöcker nicht sagen kann.

Der Maler und Kassirer Hermann Hübner aus Berlin, der seit einiger Zeit nach Verübung von Veruntreuungen und beträchtlichen Unterschlagungen von Berlin flüchtig ist und steckbrieflich verfolgt wird, ist in Stade verhaftet worden. Er wird in den nächsten Tagen in das hiesige Untersuchungsgefängniß eingeliefert werden.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche des 52 Jahre alten Arbeiters Stephan Jermis aus der Wilhelmshavenerstraße 29, der vor einigen Tagen verunglückte. Jermis war Mitfahrer eines Müllwagens, der eine offene Ladung von der Calwinstraße nach dem Abladeplatz bei Plötzensee bringen wollte. Er saß oben auf der Ladung, der Kutscher auf dem Bock. An der Ecke der Birken- und Wilhelmshavenerstraße glitt er mit der Ladung, die von vornherein schief lag, vom Wagen herab, schlug mit dem Kopf auf die Bordschwelle auf und zog sich einen Schädelbruch zu. An diesem ist er im städtischen Krankenhause zu Moabit gestorben.

Ein besonderes Postamt ist zur Bewältigung des Weihnachts- und Neujahrs-Verkehrs auf dem Schlesischen Bahnhofe eingerichtet worden. Man hat hier auf dem Platze zwischen der Koppen- und Fruchtstraße an das Bahnhofsgebäude in einer Länge von 45 Metern einen 16 Meter breiten provisorischen Holzbau angefügt, der mit einem Pappdach versehen ist und an der Fruchtstraße endet.

Der Checkfälscher Hundt, über den wir schon vor Monaten berichteten, ist nach seiner Aburtheilung in Hamburg wegen verschiedener Schwindeleien in das hiesige Untersuchungsgefängniß eingeliefert worden. Hundt wird beschuldigt, Checks in hohen Beträgen gefälscht zu haben, was er zugiebt. Durch sein Geständniß werden mehrere Kellner und Sängerinnen, sowie Inhaber von Spezialitätentheatern, Kneipen u. s. w. belastet. Er hat ausgesagt, daß diese um die Herkunft der Summen, die er dort verkneipt hat, gewußt und ihn zu den Fälschungen angestiftet hätten. Mehrere der Beschuldigten, darunter der Gastwirth Burki, Inhaber des Panorama-Restaurants, sind in Untersuchungshaft genommen worden, bestreiten aber die Anschuldigung der Beihilfe. Sie geben an, daß sie Hundt als Sohn wohlhabender Eltern gekannt und deshalb in ihren Lokalen geduldet hätten. In Hamburg hatte Hundt, wie seinerzeit mitgetheilt wurde, versucht, angeblich im Auftrage der Breslauer Diskontobank, erste Hamburger Banken und Bankiers um Summen von 25 000, 50 000 und 70 000 M. zu betrügen, wofür er vom Hamburger Landgericht zu achtzehn Monaten Gefängniß verurtheilt wurde. Hier in Berlin soll es ihm geglückt sein, eine Bank mit einem gefälschten Check hineinzulegen. Hundt, der früher Bureaugehilfe war, ist erst achtzehn Jahre alt.

Vergiftet hat sich im Hotel de Nice in Nizza der dreißigjährige Apotheker Karl Felix Diester aus Berlin wegen Verluste in Monte Carlo. — Diester war, wie ein Berichterstatter meldet, der Sohn vermögender Leute, die jetzt in Schöneberg wohnen. Er soll hier sehr leichtsinnig gelebt und infolge seiner Spielschulden das ihm von seiner Gattin zugebrachte Haus Birkenstraße 6, in dem ihm sein Vater eine Apotheke eingerichtet hatte, verloren haben. Seine Gattin, die Tochter eines Berliner Weingroßhändlers, mit der er sich erst vor einem Jahre vermählt hatte, kehrte schließlich zu ihrer Mutter zurück und reichte die Ehescheidungsklage ein. Diester verkaufte vor 14 Tagen die Einrichtung der Wohnung in Charlottenburg, Stuttgarter Platz 14, und reiste in Damenbegleitung nach Monte Carlo, um dort sein Glück zu versuchen.

Nach Mittheilung des Polizeipräsidiums ist auf dem Aborte des Grundstückes Grenadierstr. 6 am 29. November eine aller Wahrscheinlichkeit nach aus einem Diebstahl herrührende Weckeruhr in Zeitungspapier gewickelt aufgefunden worden. Diese Weckeruhr ist in ein vernickeltes Blechgehäuse von 18/10 Zentimeter Größe gefaßt, während der Zierrath und die Uhrthür aus Messing besteht. An dem unteren Theile der Uhr scheint ein Musikwerk abgeschraubt und entfernt worden zu sein. Meldungen in dieser Angelegenheit werden auf Zimmer 330 des Polizeipräsidiums, Alexanderplatz, in den Vormittagsstunden entgegengenommen.

Ein schwerer Unglücksfall, der sich Montag Abend Unter den Linden ereignete und bei welchem 4 Personen verletzt wurden, verursachte bei den zahlreichen Passanten großes Aufsehen. Herr Rechtsanwalt W. fuhr mit seiner Frau und seinem 9jährigen Töchterchen in einer Taxameter-Droschke die Straße Unter den Linden entlang. Vor dem Hotel Bristol wurde das Pferd plötzlich scheu, es jagte den Fahrdamm entlang, wobei der Wagen gegen eine entgegenkommende Droschke geschleudert wurde. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß der Taxameter umstürzte und die Insassen sowie der Kutscher in weitem Bogen gegen die Bordschwelle und auf den Bürgersteig fielen. Rechtsanwalt W. und seine Frau erlitten Verletzungen am Gesicht und an den Armen, das Mädchen eine Verletzung am Fuße, während der Kutscher eine schwere Gehirnerschütterung davontrug. Die vier Personen wurden mit Hilfe von Passanten in das Hotel Bristol geleitet, wo ein sofort herbeigerufener Arzt ihnen die erste Unterstützung zu theil werden ließ. Der Rechtsanwalt konnte sich mit seiner Familie nach seiner Wohnung begeben, während der Droschkenkutscher nach einem Krankenhause gebracht wurde.

Der Vortrags-Zyklus zum besten der Unterstützungskassen des Vereins Berliner Presse wird Donnerstag, den 12. Januar 1899, im großen Saale des Architektenhauses beginnen und voraussichtlich wieder 6 Abende (Donnerstage) umfassen.

In der Urania, Taubenstraße, wird am 19. Dezember Herr Franz Görcke einen „Reiseskizzen aus dem Orient" benannten Lichtbilder-Vortrag halten.

Theater. Das Schiller-Theater hat das Aufführungsrecht des einaktigen Lustspiels „Abu Seid" von Oskar Blumenthal erworben. Gerhart Hauptmann's Traumdichtung „Hannele's Himmelfahrt" wird mit „Abu Seid" einen Theaterabend bilden. Die erste Aufführung ist für Anfang nächster Woche in Aussicht genommen. — Im Deutschen Theater geht am Sonnabend Grillparzer's Lustspiel „Weh dem, der lügt!" nach mehrjähriger Pause neu einstudirt in Szene. Hermann Nissen

giebt zum ersten Male den Kattwalk, Hanns Fischer den Galomir, Josef Kainz spielt den Küchenjungen, Gisela Schneider die Edritha, Hermann Müller den Bischof.

Feuerbericht. Ein gefährlicher Kellerbrand war Montag Abend Wiesenthalerstr. 19 abzulöschen. Ein Posten Petroleum und Spiritus hatte sich dort entzündet und auch einen angrenzenden Laden in Brand gesetzt. Zwei Rohre hatten fast zwei Stunden Wasser zu geben, bevor die Gefahr beseitigt war. Der Inhalt des Kellers und Kolonialwaaren-Ladens wurde fast gänzlich vernichtet. Bei den Löschungsversuchen erlitt der Ladeninhaber Brandwunden im Gesicht. Ein anderer Kellerbrand verursacht einen Alarm nach Rykestr. 24. Hier brannte allerlei Verpackungsmaterial, wodurch eine derartige Verqualmung eintrat, daß die Löschmannschaften nur mittels Rauchhelmes zum Brandherde vordringen konnten. Der entstandene Schaden ist nicht erheblich. Dienstag brannten Leipzigerstr. 130 und Brunnenstraße 99 Fußboden und Balkenlager. Cuxhavenerstr. 2 war ein Schaufensterbrand abzulöschen, der durch einen brennenden Christbaum entstanden war. Prinzessinnenstr. 24 war Holz in einem Schuppen in Brand gerathen, der aber noch im Entstehen beseitigt werden konnte.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Wir machen die Parteigenossen und Genossinnen auf die am Donnerstag Abend 8 Uhr im Saale des Herrn Obst, Grunwaldstr. 110, stattfindende Versammlung für Frauen und Männer aufmerksam. Frau Mesch spricht über: Die industrielle Thätigkeit der Frauen und ihre Folgen. Die Vertrauensperson.

Schöneberg. Mit den vom Genossen Obst gegen den Aufseher Stoll erhobenen Beschuldigungen, sein Amt als Straßen-Aufseher mehrfach mißbraucht zu haben, beschäftigten sich die Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung. Namens des dazu eingesetzten Ausschusses erklärte Stadtv. Richter, daß nach Prüfung der Sache sich für den Aufseher etwas Belastendes nicht ergeben habe. Der Bürgermeister bedauerte, daß man einen Beamten in dieser Weise bloßgestellt habe, und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß von den Verdächtigungen keine als erwiesen gelte. Stadtverordneter Bartels stellte den Aufseher als einen ganz besonders tüchtigen, wenn auch etwas schneidigen Beamten hin, was bei den auf der Tribüne zahlreich anwesenden städtischen Beamten lebhaftes Kopfschütteln hervorrief. Genosse Obst erklärte, daß er nach wie vor die Meinung vertrete, daß an den ihm von einer Anzahl Straßenfegern überbrachten Beschuldigungen etwas Wahres sein müsse, und stellte den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, dem Aufseher die Erlaubniß zu geben, gerichtlich vorzugehen. Recht geschmackvoll äußerte sich der Rentier, frühere Schuhmachermeister Hase, indem er behauptete, daß man diesen „sehr tüchtigen" Beamten seit Jahren verfolge, weil er früher Gendarm (?!) war. Er findet das Vorgehen einzelner Straßenfeger unter jeder Kritik, und will man dafür sorgen, daß „derartige Elemente" von den städtischen Betrieben ferngehalten werden. Unter Ablehnung des Antrages Obst wurde eine Resolution der Kommission angenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.

A. J., Bildhauer. Es kommt auf die Fertigkeiten an, die Sie in der französischen Sprache erlangt haben. Zur Fortbildung werden hier am meisten benutzt die zum April und Oktober beginnenden Kurse in den städtischen Fortbildungsschulen und in der Humboldtakademie (Honorar sehr mäßig) und die Berlitz-School, Leipzigerstraße (theurer). Für Sprachgewandte dienen zahlreiche Konversationsklubs.

Sellin. Es ist uns nicht möglich, Ihnen die betreffende Verordnung mitzutheilen. Offenbar handelt es sich dabei um eine lokale polizeiliche Verordnung. — **J. W. 99.** Es ist Genehmigung des Vormundschaftsgerichts nothwendig. — **F. M.** 1. Ja. 2. Charitee. — **E. W. 3.** Die Klage wäre aussichtslos. — **P. G. 1.** Etwa 100 pCt. In gleichen Raten. — **Erdmannstraße.** Ja. — **Cremer** in Oggersheim. Richten Sie den Antrag an das Reichs-Versicherungsamt auf Ertheilung einer Abschrift des Terminsprotokolls. — **Streitende, Ruppinerstr. 1.** Ja. — **1000 K. J.** In der Mark giebt es überhaupt keine Gütergemeinschaft. — **P. G.** Es muß in diesem Falle Testament gemacht werden. — **Syrachlos.** Die Uhr nicht, die Gardinen ja. — **T. O., Pankow.** Schreiben Sie einfach nur: „Wien, Arbeiterzeitung".

Witterungsübersicht vom 13. Dezember 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = ° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = ° R.
Swinemde.	759	WNW	8	heiter	6	Haparanda	753	O	4	bedeckt	−13
Hamburg	766	W	4	wolkig	6	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	765	WNW	5	heiter	7	Cork	774	NW	3	wolkig	7
Wiesbaden	770	W	1	bedeckt	9	Aberdeen	769	W	1	bld. bed.	3
München	771	NW	4	Regen	4	Paris	—	—	—	—	—
Wien	765	W	5	Regen	7						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 14. Dezember 1898.

Kühler, vielfach heiter, zeitweise wolkig mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Achtung! 1. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, 25. Dezbr. (1. Weihnachtsfeiertag), im Feen-Palast, Burg- u. Wolfgangstr.-Ecke

Grosse Matinée

208/9

Auftreten des gesammten Künstler-Personals in seinen Glanznummern.

Entree 30 Pf. Um zahlreichen Besuch bitten **Die Vertrauenspersonen.**

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Schlosser

Albert Schreiber

plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Dez., nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle in Wilhelmsberg aus statt.

Die trauernde Wittwe
Emilie Schreiber u. Tochter.
Langestr. 106. [2946b

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere einzige **Tochter** im 18. Lebensjahre nach kurzem schweren Leiden am Sonnabend, den 10., sanft entschlafen ist. [2945b

Die tiefbetrübten Eltern
E. Kirchner nebst **Frau.**

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 14. d. M., mittags 1 Uhr, in Britz, Emmaus-Kirchhof, statt.

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter.
(Mitgliedschaft Berlin.)
Nachruf!

Am 7. Dezember verstarb unser langjähriges treues Mitglied, der Silberarbeiter

Carl Schaale

im 54. Lebensjahre. 118/2

Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine geliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Schwägerin [2949b

Marie Jensen

am 12. d. M., 9 Uhr früh, nach viertägigem, schwerem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Sebastian-Kirchhofs in Reinickendorf aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Emil Jensen,
nebst drei unmündigen Kindern.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die betrübende Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater und Schwiegervater, der Zigarrenmacher

Eduard Müllerstädt

am Sonntag Nachmittag 2 Uhr im 71. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Prinzen-Allee statt.

Um stilles Beileid bittet
Henriette Müllerstädt
nebst Familie.

Aufforderung!

Der Tischler **Oskar Dotscher,** Friedrichsberg, Gürtelstr. 21 wohnhaft, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem Gesangverein „**Hand in Hand II**" gegenüber **umgehend** nachzukommen. 66/11

Der Vorstand.

Steppdecken

kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik

B. Strohmandel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,

wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 2634*

Betten, Steppd., Waffeld., Portièren, Gard., Wäsche, Remont. Uhren, **Winterpaletots,** Anzüge, Regulat., Opernngl. Teppiche verkauft spottbillig [40/6*
Pfandleihe Neanderstraße 6.

Brauerei Friedrichshain
Am Königsthor (früher Lipps) Am Königsthor.

Dienstag, 27. Dezember (3. Weihnachtsfeiertag):

Konzert

veranstaltet von den Gesangvereinen „**Kreuzberger Harmonie**", „**Freie Liedertafel**", „**Norddeutsche Schleife**" u. „**Sorgenfrei**" (M. d. A.-S.-B.)

Dirigent: Herr Musikdirektor **H. Bloll.**

2. Aufführung des Oratoriums „Frithjof" von M. Bruch.

Frithjof: Herr Oratorien-Sänger **A. Pfitzner.**
Ingeborg: Frau **Pettersen-Münnich.**

Orchester: **Symphonie-Orchester,** Dir. Herr **G. Grass.** Orgel: Herr Himml.

Nach dem Konzert: **Ball.** 2952b

Kassen-Eröffnung 5 Uhr, Anfang des Konzerts 6 Uhr.
Eintrittskarten im Vorverkauf **60** Pf., an der Kasse **75** Pf.

Das Teppich-Engros-Haus Hermann Bursch

Königstr. 50 – I. Etage – **kein Laden**
(gegenüber dem Rathhause)

verkauft bis **Weihnachten**

auch einzelne Teppiche,

Tischdecken, Gardinen, Portièren etc.

zu aussergewöhnlich billigen Engros-Preisen.

Dem geehrten Publikum wird dadurch die seltene Gelegenheit geboten, für wenig Geld die praktischsten und schönsten — den dreifachen Werth repräsentirenden — Weihnachts-Geschenke zu kaufen.

Gemalte und gestickte Gobelins in künstlerischer Ausführung zu Wanddekorationen von 1,50 M. an.

Sonntags geöffnet von 8–10 und 12–8 Uhr.

Weihnachts-Geschenke!
Elegante Kravatten, Strumpfwaaren, Weisswaaren, Wäsche, Sweater für **Knaben u. Herren.**
Carl Braun,
5 Kottbuser Damm 5.

Mohr'sche Margarine

kaufen Sie für **50** und **65** Pfg. à Pfund **hochfein** und **frisch** [3220*
Markthalle Dresdenerstraße, Stand 200–201.
A. Bothe. (Gegr. 1884.)
Versandt nach allen Stadttheilen.

Bruch-Preßkohlen, Ztr. 75 Pf., sowie sämmtliche andere Brennmaterialien sind billig zu haben Urbanstr. 171.
2950b **Schultz.**

Hoffmann-Pianos

neukreuzs., Eisenbau, mit gerippt. Tonfülle, in schwarz od. Nußb., Kons. p. Fabrikpr. mit 10jähr. Garantie, gegen Theilz. mtl. Mk. 20 ohne Preisern., nach auswärts frk. Probe-Referenzen u. Katal. gratis
Berlin SW. 19, Leipzigerstr. 50.

Anzüge nach Maaß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für **Paletots, Anzüge, Beinkleider** 2c. werden unter **Garantie** des **guten Sitzes** zu **überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Zähne 1,50 M. die besten kost. nur 50 Pf. u. zahle dem **100 Mark Belohnung,** wer nachweist, daß die Zähne, für die Andere 3 M. oder noch mehr Mark fordern, besser sind. **Reparaturen** 2 M., **Zahnziehen** schmerzl. 1 M., **Plomben** 1 M. **E. Fuhrmann, Dentist. Schwedterstraße 245a.** Ecke Kastanien-Allee. 1896*

Zahn-Klinik, beliebige **Theilzahlung** **Olga Jacobson,** 145 Invalidenstr.

Achtung! Vereine.
Am 11. und 25. Februar ist ein Saal frei im 1180*
Englischen Garten,
Alexanderstr. 27c.

Vereinszimmer,
großartig belegen, 60 Personen fassend, **Jocksch,** Potsdamerstr. 86a. [2910b

Achtung, Vereine!
Zur **Weihnachts-Bescheerung** empfiehlt ihr bedeutendes **Lager** in **Schuhwaaren** zu außergewöhnlich billigen Preisen.
29 Seydelstr. 29.

6 pCt. Rabatt pCt. 6
Eigenes Sparsystem.
Mehl-Handlung
Reichenbergerstr. 146
Theodor Schramm.

Theilzahlung monatlich **10 Mk.,** liefere elegante **Herren-Garderobe** nach Maaß (auch baar Kasse, billigste Preise). **Fertige Garderobe** wird zum Selbstkostenpreise ausverkauft. **Tomporowski,** Schneidermstr., Stralauerstr. 56, Laden

Fahrräder,
wenig gebraucht, großer Posten, auch einzeln, billig zu verkaufen Lothringerstraße 48 I. 3336*

Steppdecken! Von den einfachsten bis zu den elegantesten zu sehr bill. Preisen (direkt Fabrik) empfiehlt
2951b] **A. Heubner,**
Berlin, Wasserthorstr. 5.

Kanarien-Edelroller,
feinste Harzer Sänger, empf. unter Garantie der Güte und leb. Ankunft zu 8, 10 und 12 Mark (p. Nachn., nicht gefallend, Betrag zurück). Edelrollerweibchen 1,50 M.
R. Scheere, Eschwege.

Carl Becker
Cigarren, Cigarretten, Tabake
Gerichtstr. 28. Bahneingang part.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretzschmar & Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin Jannowitz-Brücke), haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!
108 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Korbmacher! Achtung
Beim Korbmachermeister **Heinrich Knorr,** Frankfurter Chaussee 85, haben sämmtliche fünf Gesellen wegen Abzüge die Arbeit niedergelegt. [276/8
Zuzug ist fern zu halten.
Die Ortsverwaltung.

Vertreter gesucht!
Eine der bedeutendsten Fabriken eines **Haushaltungsbedarfs-Artikels,** der in jedem Hause in Stadt und Land gebraucht wird, möchte ihre Fabrikate direkt an Private absetzen und sucht zu diesem Zwecke redegewandte, fleißige Herren **für jede Stadt,** die Privatkundschaft besuchen, bei hohem Einkommen zu engagiren resp. als alleinige Vertreter für den betr. Bezirk anzustellen. Für fleißige Leute Lebensstellung.
Offerten sub **K. O. 7001** an **Rudolf Mosse, Köln.**

Jung. kräft. Mann, gel. Schlosser, f. Beschäft. trg. welcher Art. [2948b
Joh. Hennig, Thaerstr. 11.

Ramsells auf Jacketts,
1,90 bis 2,50, außerm Hause, ohne ausfertigen. **Fritz, Gerichtstr. 16, I.** Eingang Goldbergerstraße. [2947b

Plätterinnen
auf Blousenhemden **verlangen** bei hohem Lohn in und außerm Hause.
Gebr. Ruben, Poststr. 9.

Nagler
verlangt **Stallschreiberstr. 12.**

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Die Gewerbe-Aufsicht im Deutschen Reiche.

Erst jetzt, wo das Jahr 1898 bald zu Ende geht, erscheinen die „Amtlichen Mittheilungen aus den Jahresberichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten für 1897", die im Reichsamt des Innern zusammengestellt werden. Sonst kommen sie im Oktober — diesmal mit einer Verspätung, die gleichsam ein Kennzeichen der Vernachlässigung ist, deren sich der Arbeiterschutz zu erfreuen hat. Auch der Umfang der Auszüge ist geringer geworden, von 722 Seiten im Jahre 1895 und 636 im Jahre 1896 sank er 1897 auf 437 Seiten herab. Während unsere Fraktion es als berechtigten Wunsch der Arbeiter erklärte, daß die den Landtagen vorzulegenden Berichte im Original oder nur wenig zusammengezogen dem Reichstage überreicht werden, hält es die Herr Posadowsky für angebracht, noch weniger zu bieten, wie es unter Herrn von Bötticher üblich war.

Nur einem einzigen von unserer Seite hier und im Reichstage wiederholt ausgesprochenen Verlangen ist Rechnung getragen, daß nämlich eine ziffernmäßige Uebersicht über die der Gewerbe-Aufsicht unterstehenden Anlagen gegeben wird. Während Baden, Bayern, Sachsen, Württemberg u. a. schon lange diese doch selbstverständliche Rechnungslegung bieten, hatte Preußen auch in diesem Jahre dieselbe nicht gegeben. Der Reichsbericht brachte sie im vorigen Jahre für das ganze Reichsgebiet zum ersten Male, allerdings in unvollkommener Weise; auch diesmal ist sie nur mangelhaft. Allerdings liegt hier das Verschulden nicht beim Reichsamt des Innern, sondern bei Preußen und Sachsen-Koburg-Gotha, die sich noch immer nicht dazu aufraffen können, genau mitzutheilen, wie viel Gewerbebetriebe innerhalb ihrer Grenzpfähle der Gewerbe-Aufsicht unterstehen. Und nur wenn diese Ziffer bekannt ist, kann ja beurtheilt werden, welche Bedeutung die Zahl der revidirten Betriebe hat.

Daß die Gewerbe-Aufsicht nur wie ein Stiefkind vom Staate behandelt wird, geht daraus hervor, daß die Zahl der revidirten Betriebe nur einen kleinen Bruchtheil der revisionspflichtigen ausmacht.

Der Reichsbericht hat, da für Sachsen-Koburg-Gotha die Angaben über die Zahl der erwachsenen Arbeiter fehlen, keine Zusammenzählung der aus den einzelnen Bundesstaaten mitgetheilten Ziffern vorgenommen. Das Gesammtbild wird aber nicht wesentlich beeinträchtigt, wenn für Sachsen-Koburg-Gotha die Reichs-Durchschnittsziffer eingesetzt wird. Indem dies von uns gemacht wurde, fanden wir, daß im Reiche 268 003 Anlagen der Gewerbe-Aufsicht unterstehen, in denen in runder Summe 3 834 000 Arbeiter beschäftigt sind.

Die amtliche Zusammenstellung ergiebt, daß 1897 im Reiche 80 507 Anlagen mit 3 144 289 Arbeitern **revidirt** wurden, mithin **nur 30 pCt. der Anlagen** mit 82,1 pCt. der Arbeiter.

1896 waren 207 913 Anlagen vorhanden, von denen 71 107 = 34 pCt. revidirt wurden.

Da 1897 der größeren Zahl der nicht revidirten Betriebe (70 pCt.) die kleinere der beschäftigten Arbeiter entspricht (17,9 pCt.), so ergiebt sich hieraus, daß es gerade die kleineren und mittleren Betriebe sind, welche nicht revidirt wurden. Wie nothwendig aber auch diese die Revision brauchen, wie gerade der mit geringerem Gewinn arbeitende Kleinunternehmer sich ängstlich vor den Ausgaben hütet, welche die Beschaffung genügender Mengen Luft und Licht und Sauberkeit, wie von Schutzvorrichtungen erfordert, das bekommen die 689 611 Arbeiter, deren **187 496 Werkstätten** im vergangenen Jahre **kein Aufsichtsbeamter betrat,** leider nur zu gründlich zu spüren.

Auf die einzelnen Bundesstaaten vertheilt sich die Häufigkeit der Revisionen sehr ungleich. 1897 wurden in Preußen 44 008 Anlagen revidirt = 34,7 pCt. (im Jahre vorher nur 38 686 Anlagen = 31 pCt.), in denen 1 925 986 Arbeiter = 91,7 pCt. (1896: 71 pCt.) beschäftigt waren. In Bayern sind 7938 Anlagen, das sind nur **8,7 pCt.** der vorhandenen, revidirt worden mit 176 692 Arbeitern = 40,6 pCt. (1896: 18 pCt. der Anlagen und 44 pCt. der Arbeiter), im Königreich Sachsen 14 294 Anlagen = 82,2 pCt. mit 449 249 Arbeitern = 93,6 pCt. (1896: 78 pCt. der Anlagen und 92 pCt. der Arbeiter); im Königreich Württemberg 3457 Anlagen = 50,7 pCt. mit 107 607 Arbeitern = 79,7 pCt. (1896: 55 pCt. der Anlagen mit 72 pCt. der Arbeiter), in Baden 2127 Anlagen = 35,5 pCt. mit 102 738 gleich 64,6 pCt. (1896: 29 pCt. der Anlagen und 63 pCt. der Arbeiter.)

Diese Verschiedenheit erklärt sich aus der in den verschiedenen Bundesstaaten ungleichen Zahl der Aufsichtsbeamten. Im ganzen waren 1897 284 Beamte vorhanden, welche 268 003 Anlagen mit 3,8 Millionen Arbeitern zu revidiren hatten; mithin kam durchschnittlich **1 Beamter auf 944 Anlagen mit 13 500 Arbeitern,** eine Ziffer, die schon deutlich genug zeigt, daß es den Beamten unmöglich ist, jeden Betrieb jährlich auch nur einmal zu besichtigen, ganz abgesehen davon, daß es bei vielen Betrieben nothwendig ist, jährlich zwei-, drei- und mehrmal die Besichtigung vorzunehmen, was ja auch zum theil geschah (1897 bei 13 826 = 17 pCt. der revidirten Betriebe).

Dazu kommt noch, daß die Anlagen ja keineswegs stets dicht bei einander sich befinden, wie dies in großen Industrie-Orten der Fall ist. Vielfach sind die Aufsichtsbezirke so ausgedehnt, daß der Beamte halbe Tage lang mit der Eisenbahn und dem Wagen zu fahren hat, ehe er von einer der Anlagen zur anderen kommt. Außerdem wird ein nicht geringer Theil der Arbeitszeit der Beamten durch schriftliche Arbeiten (Gutachten 2c.) in Anspruch genommen, und zwar, wie die Beamten klagen, in übermäßiger Weise.

Im Königreich Preußen waren 189 Beamte (einschließlich der Assistenten) vorhanden, von denen jeder durchschnittlich 671 Anlagen zu revidiren hatte. In Bayern dagegen kommen auf jeden der 15 Beamten nicht weniger als 6114 Anlagen, also das neunfache! Jeder der 33 sächsischen Beamten (neben denen noch außerdem 5 chemische Sachverständige thätig sind) hat 526 Anlagen unter sich, jeder der 6 württembergischen Beamten schon 1129 Anlagen, jeder der 4 badischen 1553 Anlagen, während auf die 32 Beamten der übrigen Bundesstaaten je 596 Anlagen kommen.

Diese Verschiedenheit erklärt sich nicht nur daraus, daß einzelne Bundesstaaten viel zu geringe Beträge für die Gewerbe-Aufsicht verwenden, sondern weit mehr noch aus dem Umstande, daß die Abgrenzung des Umfangs der Gewerbe-Aufsicht in den einzelnen Bundesstaaten bedeutend von einander abweicht. Es herrscht dabei eine Willkür und Zerfahrenheit, wie sie für eine Reichsinstitution unmöglich sein müßte, wenn nicht das partikularistische Kukuksei in die Reichs-Gewerbe-Ordnung gelegt worden wäre. Der § 139b der Reichs-Gewerbe-Ordnung überträgt nämlich die Gewerbe-Aufsicht auf Beamte, die von den Landesregierungen zu ernennen sind. Unsere Fraktion beantragte 1890 bei Berathung der Gewerbenovelle, diese Aufgabe dem Reiche zu überlassen; das aber wurde als ein Eingriff in die Rechte der Bundesstaaten erklärt, und so sind wir denn glücklich zu einem Kuddelmuddel von Bestimmungen für die Gewerbe-Aufsicht gekommen, welche an Verworrenheit nichts zu wünschen übrig lassen. Vermehrt wird der Wirrwarr noch dadurch, daß die Gewerbe-Ordnung selber keine klare Bestimmung darüber giebt, wie weit oder wie eng die Grenzen der Gewerbe-Aufsicht gezogen sind.

Ueberblicken wir einmal ihre Aufgaben! Sie hat die Innehaltung der Vorschriften über die Sonntagsruhe zu überwachen im Betriebe von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungs-Anstalten, Brüchen und Gruben von Hüttenwerken, Fabriken und Werkstätten, von Zimmerplätzen und anderen Bauhöfen, von Werften und Ziegeleien, sowie bei Bauten aller Art. Noch weiter umfassend ist das Aufsichtsgebiet, in dem die §§ 120a—120e der Gewerbe-Ordnung Geltung haben sollen, welche fordern, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Geräthschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Diese Bestimmungen würden sich auf alle gewerblichen Anlagen erstrecken (nur mit Ausnahme des Bergbaues, der Apotheken und der Handelsgeschäfte), auch würden sämmtliche Handelswerkbetriebe dadurch der Gewerbe-Aufsicht unterstellt sein, wenn nicht dieses 1891 erlassene Gesetz jetzt nach 7 Jahren gerade an wichtigen Punkten noch immer nicht in kraft getreten wäre! Es werden nämlich im § 154 die Bestimmungen der §§ 135 bis 139b bedeutend eingeschränkt. (Der § 139b bezieht sich auf die Gewerbe-Aufsicht, die anderen auf die Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen in Fabriken.) § 154 Absatz 2 spricht nur von Hüttenwerken, Zimmerplätzen und andern Bauhöfen, Werften sowie solchen Ziegeleien, über Tage betriebenen Brüchen und Gruben, welche nicht blos vorübergehend oder in geringem Umfange betrieben werden.

Hierdurch entstehen oft Streitigkeiten, welche die höhere Verwaltungsbehörde endgiltig zu entscheiden hat. Meist ist dabei zu Ungunsten der in Feldziegeleien u. dgl. thätigen Arbeiter der Betrieb als nur in geringem Umfange vorhanden erklärt worden, und selbstverständlich nicht nach einheitlichen im ganzen Reiche geltenden Grundsätzen. Außerdem aber ist das Baugewerbe noch immer so gut wie vogelfrei, denn nur „Zimmerplätze und andere Bauhöfe", nicht aber eigentliche Hochbauten und Tiefbauten fallen unter die schützenden Bestimmungen! Als „Zimmerplätze und Bauhöfe" gelten nur „die umschlossenen Plätze, in welchen auf eine gewisse Dauer berechnete und in den Kreis der Zimmermannsarbeiten fallende Einrichtungen zur Bearbeitung der für Hochbauten bestimmten Materialien, sowie überhaupt zur Vorbereitung von Bauarbeiten getroffen sind".

§ 154 Absatz 3 beschränkt die Bestimmungen der §§ 135—139b nur auf Werkstätten, in welchen durch elementare Kraft (Dampf, Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektrizität u. s. w.) bewegte Triebwerke nicht blos vorübergehend zur Verwendung kommen. Diese Bestimmung tritt aber erst durch kaiserliche Verordnung in kraft — und bis jetzt ist jene noch immer nicht gekommen!

An stelle dieses § 154 Absatz 3 ist jetzt noch der § 154 Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung von 1883 in kraft, welcher nur von einer „regelmäßigen Benutzung von Dampfkraft, sowie von Hütten, Bauhöfen und Werften" spricht, demnach diejenigen Betriebe, welche Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektrizität u. s. w. benützen, ausschließt! Dabei werden immer zahlreicher die Betriebe, welche sich an elektrische Leitungen anschließen lassen oder Gasmotoren gebrauchen — und dadurch frei werden von der ihnen so lästigen Kontrolle, während kleinere Betriebe mit Dampfkraft ihr unterliegen! Welcher durch nichts gerechtfertigter Wirrwarr!

§ 154 Absatz 4 besagt, daß die §§ 135 bis 139b auch auf andere Werkstätten sowie auf Bauten ausgedehnt — werden können, wenn eine kaiserliche Verordnung dies bestimmt, aber auch diese kaiserliche Verordnung ist bis jetzt nicht erschienen, nur die Verordnung über die Konfektions-Werkstätten.

Werden durch diesen Stillstand der Sozialreform seit 1891 die Absichten des Gesetzes durchkreuzt, so auch durch die verschiedenartige Auslegung der in kraft getretenen Bestimmungen. Die §§ 134 bis 139a handeln nämlich nur von Fabriken. Was aber ist eine Fabrik? Darüber sagt die Gewerbe-Ordnung nichts, sie spricht nur in den §§ 134, 134a—h von „Fabriken, in welchen in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt werden".

Der Begriff Fabrik aber wird nicht erörtert; zweifelhafte Fälle unterliegen der richterlichen Entscheidung, sodaß also auch hier die verschiedenartigsten Zustände, je nach der richterlichen Entscheidung herrschen. Das Unfallversicherungs-Gesetz rechnet als „Fabriken diejenigen Betriebe, in welchen die Bearbeitung und Verarbeitung von Gegenständen gewerbsmäßig ausgeführt wird und in welchen zu diesem Zwecke entweder mindestens drei zu versichernde Personen unter gleichzeitiger Verwendung von Dampfkesseln, oder durch elementare Kraft bewegten Triebwerken, oder ohne eine solche mindestens zehn zu versichernde Personen regelmäßig beschäftigt sind":

Eine Unterscheidung zwischen Fabrik und Handwerk zu treffen, ist, wie schon die Motive zum Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 hervorhoben, unmöglich; die in früheren Zeiten geltenden Unterschiede treffen bei den fortdauernden Aenderungen in der Einrichtung der Betriebe, den Herstellungsmitteln u. s. w., nicht mehr zu. Auch die Entscheidungen des Reichsgerichts erklären, daß die Beantwortung der Frage, ob eine Fabrik vorliege, von der speziellen Gestaltung des Einzelfalles abhänge. Nur beispielsweise nimmt es an, daß das Vorhandensein einer Fabrik aus dem Geschäftsumfang, der Massenproduktion, der großen Zahl der beschäftigten Arbeiter und aus der Anwendung des Dampfes gefolgert werden könne.

Seitdem aber Stumm der Allmächtige blies und die Sozialreform in alle Winde flog, machte sich das Bestreben bemerkbar, den Begriff Fabrik möglichst einzuschränken und so große Gebiete des gewerblichen Lebens dem Schutze auch der Gewerbe-Aufsicht zu entziehen.

So ist in diesem Jahre zuerst vom Hamburger Oberlandesgericht, dann auch vom Reichsgericht entschieden worden, daß als Fabrik nur diejenige Betriebsstätte zu betrachten sei, in der Theilarbeit herrsche; wo aber ein und derselbe Arbeiter ein Stück Arbeit fertig stelle, dort sei ein Handwerk vorliegend.

Welch' salomonische Weisheit! Wenn also eine Zigarrenfabrik mit hunderten von Arbeitern sich von den durch die Gewerbe-Ordnung auferlegten Verpflichtungen frei machen will, braucht sie nur jegliche Theilarbeit abzuschaffen und von einem Arbeiter die Zigarre vom Wickel bis zum Deckblatt herstellen zu lassen. Das würde dem Fabrikanten keinen technischen Schaden bringen und den Arbeiter so gut wie schutzlos machen!

Die Folge dieses Wirrwarrs, der in bezug auf die Ausdehnung der Gewerbe-Aufsicht herrscht, ist, daß in den einzelnen Bundesstaaten den Beamten ganz verschieden große Kreise von Betrieben zur Beaufsichtigung unterstehen und infolge dessen der Arbeiterschutz im Deutschen Reiche eine bunte Musterkarte von Maßnahmen aufweist.

Der Reichsbericht sagt hierüber:

„Nach den von einzelnen Bundesregierungen und Aufsichtsbeamten gegebenen Erläuterungen walten Verschiedenheiten in der Aufstellung (der Listen) besonders hinsichtlich der nach § 16 der Gewerbe-Ordnung genehmigungspflichtigen Anlagen (Schießpulverfabriken u. s. w) und der handwerksmäßigen Betriebe vor. Als revisionspflichtig sind im Königreich Preußen bisher folgende Betriebe angesehen worden: a) sämmtliche Anlagen, die unter § 16 der G.-O. fallen; b) sämmtliche Anlagen, in welchen mit mechanischen oder durch thierische Kräfte betriebenen Motoren, als Dampf-, Heißluft oder Gaskraft-Maschinen, Wasserrädern und Turbinen, Windmühlen, Pferdegöpeln u. s. w. gearbeitet wird; c) Anlagen mit Arbeitsmaschinen, die durch Menschenkraft betrieben werden, wie Handwebstühle, Spulmaschinen, Spinnräder, Schleifsteine, Näh- und Strickmaschinen u. s. w., oder auch Anlagen ohne Maschinenbetrieb (z. B. Dampfbäckereien, Färbereien, Gelbgießereien), ferner Bergwerke, Brüche und Gruben, soweit sie nicht unter die Aufsicht der Bergbehörden fallen, wenn dieselben ihrem Umfange nach als gewerbliche Anlagen zu betrachten sind, was im Zweifel angenommen werden soll, wenn die Zahl der an der Betriebsstätte beschäftigten Personen mindestens 5 beträgt; d) sämmtliche Anlagen, in denen junge Leute unter 16 Jahren als Lehrlinge oder jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, unter Ausschluß der Werkstätten der Handwerker.

In mehreren Regierungsbezirken werden auch landwirthschaftliche Nebenbetriebe besichtigt, auch wenn sie ihrer Natur nach nicht unter die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung fallen, neuerdings alle Bäckereien.

Im Königreich Bayern sind beinahe sämmtliche handwerksmäßige Betriebe in die Listen der Gewerbe-Aufsicht aufgenommen.

Im Königreich Sachsen sind dagegen nur aufgenommen gewerbliche Anlagen, welche mit elementarer Kraft betrieben werden, nach § 16 der Gewerbe-Ordnung einer Genehmigung unterliegen oder unter die Bestimmungen der §§ 154 Abs. 2 und 154a der Gewerbe-Ordnung fallen; andere Anlagen werden dagegen nur insofern berücksichtigt, als in denselben mindestens 10 Arbeiter beschäftigt werden.

Auch im Großherzogthum Oldenburg sowie dem Fürstenthum Reuß ä. L. sind von den Betrieben ohne elementare Kraft nur größere nach Maßgabe der Anzahl der beschäftigten (10 bezw. 20) Arbeiter berücksichtigt.

In anderen Bezirken, den Großherzogthümern Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Sachsen-Weimar sind Bäckereien, Buchdruckereien, Zigarrenmachereien und andere Anlagen mitgezählt, für welche auf grund des § 120e der Gewerbe-Ordnung durch den Bundesrath besondere Vorschriften erlassen worden sind, außer diesen im Großherzogthum Sachsen-Meiningen noch Betriebe von mehr hausindustriellem Charakter.

In Elsaß-Lothringen ist die Erhebung auf sämmtliche Betriebe ausgedehnt worden, welche mechanische Kraft oder mindestens einen gewerblichen Arbeiter ständig oder zeitweilig verwenden."

Man sieht, die Grenzen der Gewerbe-Aufsicht sind derart verschieden ausgedehnt, daß die in Bayern so außerordentlich große Anzahl der auf einen Beamten fallenden Betriebe erklärt wird, während es andererseits als keine besondere Leistung aufzufassen ist, daß im Königreich Sachsen fast die zehnfache Ziffer der Anlagen revidirt wurde wie in Bayern (82,2 gegen 8,7 pCt.), da Sachsen die Grenzen der Gewerbe-Aufsicht am allerengsten zieht. Ganz willkürlich wird auch festgesetzt, ob 10 oder 20 Arbeiter einen größeren Betrieb ausmachen.

Hier sind dringend einheitliche Vorschriften für das Reich am Platze. Sie ließen sich mit einem Schlage schaffen, und vielen Arbeitern würde dann auch der so lang vorenthaltene Schutz zu theil werden, wenn nun endlich die § 154, Absatz 3 und 4 in kraft treten würden. Daß eine diesbezügliche kaiserliche Verordnung noch immer nicht erschienen ist, beweist am besten den Stillstand der kaiserlich-deutschen Sozialreform; daß man aber nun gar noch durch richterliche Auslegung und Verwaltungsvorschriften die Grenzen der bestehenden Gewerbe-Aufsicht zu verengern sich bemüht, zeigt, auf welchen Tiefstand der deutsche Arbeiterschutz heruntergebracht werden soll.

IX. Landesversammlung der Sozialdemokratie Badens.

Offenburg, 11. Dezember.

Der heute hier zusammengetretenen Landesversammlung war am Sonnabend eine Besprechung vorausgegangen, in welcher der Boden für die Verhandlung des wichtigsten Punktes der Tagesordnung: Verlegung des „Volksfreunds" von Offenburg nach Karlsruhe und tägliches Erscheinen desselben, geebnet wurde.

Das Bureau der Landesversammlung bildeten Reichstags-Abgeordneter Dreesbach aus Mannheim als Vorsitzender, Krohn aus Konstanz, Opificius aus Pforzheim und Wittig aus Mannheim als Schriftführer 2c. Der Parteivorstand in Berlin war durch Gerisch, die Landesorganisation der Sozialdemokratie Württembergs durch Fischer aus Stuttgart vertreten. Die Tagesordnung umfaßte den Geschäftsbericht des Landesvorstandes, den Bericht vom Parteiverlag des „Volksfreunds", die Angelegenheit der Verlegung des letzteren, den Bericht der Landtagsfraktion und die Stellung zu den nächsten Landtagswahlen.

Der Geschäftsbericht der Landesorganisation ist der Hauptsache nach im „Vorwärts" bereits mitgetheilt worden. Der Vorsitzende der Landesorganisation, Haug aus Freiburg, konstatirt in seiner mündlichen Ergänzung des gedruckt vorliegenden Berichts, daß die durch die sogenannte Zuchthaus-Vorlage drohende Knebelung des Koalitionsrechtes der Arbeiterschaft zum theil einen namhaften Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung in Baden zur Folge gehabt hat. Auch die Organisation in Parteivereinen hat im Lande erhebliche Fortschritte insofern gemacht, als die Zahl der Mitgliedschaften um etwa 10 angewachsen ist.

In der Diskussion wird der gedruckte Geschäftsbericht des Landesvorstandes zum theil einer sehr abfälligen Kritik unterzogen, insbesondere hinsichtlich seiner formellen Abfassung und des Kassenberichtes. Zur Nachprüfung desselben wird eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt. Die Herausgabe eines Volkskalenders zu möglichst billigem Preise wird mit großer Mehrheit beschlossen.

Die Abrechnung vom Verlag des am 1. April in das Eigenthum der Partei übergegangenen „Volksfreunds" weist für die Zeit vom 1. April bis 30. November einen Gewinn von 750 M. nach. Die Abführung der Abonnementsgelder der Zeitungsfilialen wird als eine sehr befriedigende bezeichnet. Direkte Verluste waren bisher nur in Höhe von 33 M. zu verzeichnen. Das Gesammtergebniß der Abrechnung ist durchaus zufriedenstellend, wobei allerdings in betracht gezogen werden muß, daß der „Volksfreund" in der Berichtsperiode von Prozessen jeder Art verschont geblieben ist. Verschiedene Versuche, besonders von seiten der Militärbehörden, strafrechtliche Schritte gegen die Redaktion des Blattes einzuleiten, mißlangen, und auch gegenwärtig ist in dieser Hinsicht kein Grund zu Befürchtungen vorhanden. Der Abonnentenstand hat sich während der 8 Monate von etwa 4700 auf 5800, also um rund 1000, gehoben. Mit dem Vertriebe des Blattes im Lande sind 48 Filialen beschäftigt.

Die Revision der Geschäftsabrechnung durch drei Beauftragte, darunter Gerisch, gab zu keinen Aussetzungen Anlaß. Der Antrag auf Decharge-Ertheilung an den Inhaber des Verlags wurde mit allen gegen 1 Stimme angenommen.

Fendrich aus Offenburg referirte dann über die beabsichtigte Verlegung des „Volksfreunds" von Offenburg nach Karlsruhe. Die Nothwendigkeit derselben habe sich als unabweisbar herausgestellt. Der Aufschwung, den das Blatt seit seiner Ueberführung in Partei-Eigenthum genommen, sei eine sichere Basis für den Plan der Verlegung. Die Gründe gegen die Verlegung seien durchaus hinfällig. Wenn man einen ernsten Konflikt innerhalb der badischen Partei vermeiden wolle, müsse man den langjährigen Wunsch der Karlsruher und Pforzheimer endlich erfüllen.

Adolf Geck, der Drucker des „Volksfreunds", erklärt sich bereit, die Herstellung des Blattes in Karlsruhe in einer eigenen Druckerei zu übernehmen, wenn die Bedingungen des Vertrags, der zwischen ihm und der Partei am 5. März abgeschlossen worden ist, wonach ihm seiner Ansicht nach u. a. die Oberleitung der Redaktion verbleibt, eingehalten würden. Er bemängelt das von der Partei getroffene Arrangement, wonach Genosse Eugen Geck nomineller In-

aber des Verlagsrechtes sein soll, und schlägt an dessen Stelle ein anderes, etwa in Form einer Aktiengesellschaft, vor.

Dreesbach schlägt vor, man solle die Anstellung des Redaktionspersonals, hauptsächlich die Stellung Geck's innerhalb desselben, einer besonderen Abmachung der Parteileitung mit Geck und dem bisherigen Redakteur Fendrich vorbehalten.

Kolb aus Karlsruhe verlangt endlich einmal eine klare Entscheidung und stellt einen schweren Rückschlag in der Karlsruher Bewegung in Aussicht, falls nicht endlich die Verlegung des Blattes beschlossen werden.

Gerisch aus Berlin ist der Ansicht, daß der Landesversammlung eine feste Abmachung zwischen Ad. Geck und der Partei hätte vorgelegt werden sollen, um zu verhüten, daß man heute nicht über das Gebiet der allgemeinen Redensarten hinauskomme. Die Fixirung des Druckvertrages sei erfahrungsgemäß schwierig, da die Preise der verschiedenen Druckgeschäfte ungemein verschieden seien. Ein Defizit des Verlags sei in den ersten Jahren nach der Verlegung mit Sicherheit zu erwarten. Die Festlegung des Druckvertrags mit Geck auf zehn Jahre sei nicht annehmbar; an deren Stelle müsse eine solche von fünf Jahren treten, eventuell mit der Bestimmung, daß nach Ablauf derselben die Partei Geck die Druckerei abnehmen werde. Die Versammlung möge den Wunsch aussprechen, die Verlegung durchzuführen und eine Kommission niedersetzen, welche diesem Plan mit allen Kräften zur Durchführung verhelfen solle.

Agster aus Pforzheim wünscht unter allen Umständen heute eine Entscheidung im Sinne der unbedingt nöthigen Verlegung. Die starke Verbreitung der Stuttgarter „Tagwacht" in Pforzheim beweise, daß ein täglich erscheinendes Blatt für weite Kreise des Landes ein dringendes Bedürfniß sei.

Krohn aus Konstanz wahrt die Interessen der Oberländer, die gegen die Verlegung sprächen.

Alfred Geck aus Offenburg befürwortet die Verlegung aus Gründen des allgemeinen Partei-Interesses, hinter dem lokale Rücksichten allezeit zurückstehen müßten. Im übrigen schließt er sich den Vorschlägen Gerisch's an.

Fendrich aus Offenburg schlägt vor, vor allem den prinzipiellen Beschluß der Verlegung zu fassen und auf dieser Grundlage dann einen neuen Vertrag mit Ad. Geck festzusetzen.

Bei der nunmehr folgenden Abstimmung über die in der Preßfrage eingelaufenen Anträge beschließt die Versammlung mit Stimmenmehrheit:

1. Der „Volksfreund" ist nach Karlsruhe zu verlegen und soll dort vom 1. April an täglich erscheinen.

2. Wenn die Verlegung des „Volksfreunds" beschlossen ist, soll eine Kommission zusammentreten, die im Zusammenwirken mit dem Landesvorstand, dem Genossen Ad. Geck, dem gegenwärtigen Verlag, einigen Sachverständigen und dem Berliner Parteivorstand den Vertrag Ad. Geck's mit der Landesorganisation regeln wird.

3. Der bisherige Vertrag mit Ad. Geck ist in zwei gleichlautenden Exemplaren nach dem Original auszufertigen und von den Betheiligten zu unterzeichnen.

In die unter 2. erwähnte Kommission wurden gewählt: Dreesbach, Eugen Geck und Kolb. Dieselben haben das Recht, Sachverständige nach Ermessen zuzuziehen, und sollen ihre Arbeit sofort beginnen.

Zum Vorort der Landesorganisation wird wiederum Freiburg bestimmt; die Wahl des Landesvorstandes ist den dortigen Parteigenossen überlassen.

Die nächste Landesversammlung soll wieder in Offenburg tagen; den Zeitpunkt des Zusammentritts hat der Landesvorstand zu bestimmen.

Wegen der vorgeschrittenen Zeit mußten die übrigen Punkte der Tagesordnung, Landtagswahlen 2c., von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Dreesbach schloß um 6 Uhr abends die Verhandlungen nach einem Hinweis auf die uns drohenden Gefahren, die zu Einigkeit und Anspannung aller unserer Kräfte mahnten, mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Unternehmer-Verbände.

Syndikatsbildung in der Müllerei. Die „Köln. Volksztg." schreibt: Nach monatelangen Verhandlungen im Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Zweigverbandes deutscher Müller ist am 3. Dezember die Errichtung einer Müller-Ein- und Verkaufs-Vereinigung, G. m. b. H., beschlossen worden. Nach den Satzungen ist der Zweck des Unternehmens: „Die Mühlenabfälle der Mitglieder aus ihren Geschäfts- bezw. Fabrikbetrieben, insbesondere grobe und feine Roggen- und Weizen-Kleie, durch gemeinschaftlichen Verkauf und bessere Ausnutzung der Preis- und Frachtverhältnisse angemessen zu verwerthen und alle dazu nöthigen Einrichtungen zu treffen." Die Mitglieder haben die gesammte Menge ihrer Mühlenabfälle der Genossenschaft zu liefern und für je 100 kg der vorenthaltenen Menge 1 Mk. Strafe zu gunsten der Rücklage zu zahlen. Anderseits ist auch der Rückkauf bezw. die Selbstübernahme beliebiger Mengen zum jeweiligen Verkaufspreise der Genossenschaft gestattet. Die Anzahl der zu zeichnenden Geschäftsantheile von je 1000 M. bei einer das Dreifache betragenden Haftsumme wird zunächst von jedem Beitretenden selbständig ermittelt, und zwar nach zweijährigem Durchschnitt unter Zugrundelegung einer Jahreserzeugung von 50 Doppelwagen für jeden Geschäftsantheil. Die Bestimmung des Preises der von den Mitgliedern an die Genossenschaft zu liefernden Abfälle sowie die Festsetzung der Verkaufspreise für die einzelnen Bezirke erfolgt durch den Aufsichtsrath und Vorstand. Die bis jetzt für das Unternehmen gewonnenen rheinisch-westfälischen Mühlenwerke von Münster bis Neuwied haben eine Kleie-Erzeugung von jährlich etwa 1 200 000 Ztr mit einem Verkaufswerth von rund 5 000 000 M. Zur endgiltigen Begründung findet am 12. Dezember noch eine Versammlung in Düsseldorf statt.

Warenhaus Wilhelm Stein

Chaussee-Str. 66. BERLIN. N. Chaussee-Str. 66.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag:

Besondere Kaufgelegenheit für nützliche Weihnachts-Präsente!

Handschuhe.

Ein Ausstattungscarton enthaltend:

3 Paar **Damen-Glacé** 4 Knopf . . Mk. 3,95 u. Mk. **2,50**
3 Paar **Damen-Stepper** 2 Druckknopf . . . „ **4,90**
3 Paar **Damen-Glacé** beste Qualität, 4 Knopf . „ **6,30**
3 Paar **Herren-Glacé, Stepper,** 1 Druckkn. „ **4,90**

Wäsche.

1 Garnitur Rock- u. Beinkleid
Rein woll. Flanell mit seidener Stickerei im Carton Mk. **12.—**
6 Damen-Taghemden, eleg. Façon m. Stick. i. Cart. à Stck. „ **5,—**
6 Damen-Taghemden, echt Madeira-Stick. „ „ „ „ **3,50**
6 Damen-Taghemden m. An- u. Eins.-Stick. „ „ „ „ **3,—**
6 Elegante Kniebeinkleider im Carton mit breiter Stickerei und Banddurchzug . . . . à Stck. „ **3,75**

Corsets.

Prima schwarz Lasting mit eleg. Ausstatt. Mk. **2,75**
Prima grau Drell, halbhoch **echt Fischbein** „ **3,00**
Gesundheits-Corsets mit Gummi-Einsätzen „ **3,75**

1 Ausstattungscarton enth.: **3 Herrencravatten**
u. zwar: **1 Schleife, 1 Regatte, 1 Selbstbinder,** à Mk. 1,25 u. 2,60.

Fertige Handarbeiten.

Fertig bestickte **Fussbänke** . . à Stck. Mk. **1,20**
Fertig bestickte **Schwedenhalter** à Stck. **37** und **28** Pf.
Fertig bestickte **Bürstentasche,** Filz „ **88** „ **48** „
Fertig bestickte **Journalmappe** . . . Mk. **1,10**
Fertig bestickte **Kragenkasten,** Plüsch . . **78** Pf.
Fert. best. **Kragen-** und **Manschettenkasten,** Plüsch Mk. **1,40**
Fertig bestickte **Cravattenkasten,** Plüsch . „ **1,40**
Fertig bestickte **Paradehandtücher. 33, 48, 88, 115** Pf.

Kleiderstoffe.

Eine Robe a. **karrirt. Kleiderstoff** im Cart. Mk. **1,40** u. **1,20**
Eine Robe aus **woll. engl. Kleiderst.** i. Cart. M. **3,90** u. **3,30**
Eine Robe aus **schwarz reinw. Cheviot** im Carton Mk. **3,30**
Eine Robe aus **schwarzwoll. Mohair** im Cart. „ **3,50**
Eine Robe aus **coul. woll. Mohair** im Carton . „ **4,60**
Eine Robe aus **reinwoll. Lama** „ „ . . „ **4,75**
Eine Robe aus **modernem Frisé-Stoff** im Carton „ **6,60**
Eine Robe aus **carr. reinwoll. Loup-Stoff** im Cart. „ **7,20**

Damen-Taschentücher, 45 ctm., { □ weiss u. bunt. Kante / ½ Dtz. im Carton. } M. **1,15**
Weisse **rein leinene Taschentücher** 49 ctm □ Dtz. „ **5,50**

Patent Velour-Teppiche

Grösse ca.	135×200	165×235	200×300 ctm.
Mk.	**10,—**	**15,50**	**24,50**

Patent Velour-Vorleger

Grösse ca.	45×85	50×100 ctm.
Mk.	**2,10**	**2,65**

Grosse Auswahl in Holz-, Galanterie-, Leder- und Korbwaren.

Pfefferkuchen und Confitüren.

Heute, Morgen und folgende Tage bis Weihnachten.

Die reinleinenen **Taschentücher** sind eingetroffen.

Leinen nach Gewicht, Pfund 1,35 Mark,

bestehend aus Tischtüchern, Servietten, Handtüchern etc.

Ein grosser Posten **grosse rein Leinen-Tischgedecke** für 6 Personen 5 Mark, für 12 Personen 9,50 Mark.

Grosse Quantitäten **zurückgesetzter rein wollener Kleiderstoffe,** nur beste feinste Qualitäten, doppeltbreit, Meter 1 Mark.

Porzellan Satztöpfe (6 Stück), bunt dekorirt **1,50** M. – **Steingut Satznäpfe** (4 Stück) **25** Pf. – Ausserdem **Gummi-Schuhe** für **Herren, Damen** und **Kinder.**

Magazin A. Lubasch, Kommandantenstr. 44|44a.

Kein Laden!

Empfehle mein reichhaltiges Lager in 9752*

Filz- und Seidenhüten, Schirmen

in den neuesten Façons und Farben, äußerst billige Preise.

Richard Klose, Anklamerstr. 41,

zweites Haus von der Brunnenstraße. Eingang vom Hausflur.

Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Uhren.

Goldene Damenuhren	20 M.	bis 200	M.
Goldene Herrenuhren	35 „	„ 600	„
Silberne „	12 „	„ 60	„
Nickeluhren	6 „	„ 12	„
Regulateure	14 „	„ 75	„

Für jede dieser Uhren wird schriftlich 3 Jahre garantirt. Niederlage von A. Lange Söhne, Glashütte.

Moderne Freischwinger u. Renaissance-Uhren, sowie **Wecker** und **Stutzuhren** empfiehlt

Uhrenfabrik **Max Busse**

Brunnenstr. 175, parterre und 1. Etage.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 181. Koulante Zahl.-Bed. H. & M. Lewent. Beamten ohne Anzahl.

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4

Im meinem **Weihnachts-Ausverkauf**

gelangen große Lagerbestände meiner

Teppiche

Gardinen! Portièren!

Steppdecken! Tischdecken!

zu sehr billigen Preisen zum 3409*

Ausverkauf!!

Absatz in 1898: 65000 hl.

Brauerei GERMANIA

Frankfurter Allee 53.

60 Filialen in allen Stadttheilen.

Zum Selbstabziehen:

Weiss-, Braunbiere à Ltr. 10 Pf., 1/16 To. 0,90, 1/32 To. 0,50.

Malzbier (Kranken empfohlen) à Ltr. 15 Pf., 1/16 1,25, 1/32 0,75.

Helles Lagerbier, Münchener, Pilsener in Flaschen u. Gebinden.

Für Mk. **1,50** frei Haus:

15 kl.			O-Weissen,
20	„		Weissen,
15	Fl.		Malzbier, (3181*
20	„		Weizenbier,
15	„	1/2 Ltr.	hellen Lagerbier,
18	„	4/10 „	do. do.
20	„	3/8 „	do. do.
15	„	4/10 „	Pilsener, Münchener, Export,
15	„	1/2 „	Potsdamer.

Max Richter, Grüner Weg 65, Vereinsgeschäft. (Marx, Engels, Lassalle) jeder Größe nebst Bildereinrahmung. Saaldekoration, Stocklaternen ꝛc. en gros und en détail. 1529*

Martin Klein, Uhrmacher,

Neue Hochstr. 25 (Ecke Gerichtsstraße) empfiehlt

Silberne Herren-Remontoir-Uhr v. 11 M. an.
Goldene Damen-Remontoir-Uhr v. 18 M. an.
Unter 3jähriger schriftlicher Garantie.
Goldwaagen zu sehr billigen Preisen.

Kleinsteuber's berühmte **Pat.-Rosenpfeifen!** Ohne Auswechselung von **Patronen, Hülsen** oder **Schwämmchen!** Kein übelschmeckendes Anrauchen! Nikotinfreies Rauchen! Pfeife wie Abbildung 2 1/4 M. postfrei. Probekopf 70 Pf. (Marken). Katalog umsonst. 433* **Kleinsteuber's Pfeifenfabrik,** Berlin S., Brandenburgstr. 58

Musik-Instrumenten-Fabrik H. Howe & Co., Gr. Frankfurterstraße 93, empfiehlt **sämmtliche Instrumente, mechanische Werke, Fantasie-Gegenstände, Bestandtheile ꝛc., Saiten zu reellen Preisen.** [2652*

Dr. Simmel Moritzplatz, 1 Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden. 10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4 20168

Gegründet 1866. Feste Preise.

C. Jägermann Nachf.

BERLIN W., Friedrichstraße 77,

Nähe Jägerstraße,

empfiehlt mit reeller Garantie für drei Jahre: [3845*

	Mk.
Beste Deutsche Weckeruhren, Marke H. A. U., mit Anker-gang	2,90
Nickel-Cylinder-Herrenuhr, gutes Schweizer Fabrikat	9,00
do. bessere, Marke Diogène	12,00
Silb. do. mit Goldr., 6 Steine	15,00
do. Anker, 15 Steine	30,00
Stahl-Cavalieruhren i. gröst. Ausw., extra flach gebaut	18–40
Stahl-Damenuhren	9–25
Goldene Damenuhren	25,00
do. Ia, massiv 14karat. Gold, starkes Gehäuse, 10 Steine	36,00
14karat. goldene Herren-Ankeruhren in sehr stark. Gehäusen, 15 Rubis, Ankerwerk	60–150
do. System Glashütte	80–300

Glashütter Uhren von A. Lange & Söhne mit hohem Ganate

Regulateure in hundert verschiedenen Mustern **15–35 Mk.**

Preisliste gratis und franko. Versand nach außerhalb. – Auswahlsendungen bei Angabe von Referenzen.

Haben Sie

schon Ihren Bedarf in

Christbaumschmuck

für Weihnachten gedeckt?

Wenn nicht, so versäumen Sie nicht, sich ein Kistchen mit 10 Karton fein sortirt, als **Fische, Leuchtkugeln, Ueberspinnenes, Naturfrüchte, Vögel, Glocken, Perlen, Weihnachtsmann, Tannen- und Eiszapfen,** eine schöne **Baumspitze** u. s. w. für nur **Mk. 5,80** bei franko Zusendung zu sichern.

Auch giebt es Sortimentskistchen zu **Mk. 10,–** bei franko Zusendung. Zur Weiterempfehlung lege 1 Packet Lametta-schaum u. 12 Lichterhalter bei.

Lauscha in Thg. 81/5* **Karl Köhler,** Schw. W.

Ausverkauf sämmtlicher **Pelzwaaren** zu sehr soliden Preisen. **Joh. Corodonnosch,** Alte Jakobstr. 90, v. IV.

Jacob Gebrüder

Wilmersdorferstraße 56 Charlottenburg Wilmersdorferstraße 56

Ausverkauf

wegen Brandschaden

von

Herren- und Knaben-Garderoben,

Tuchen etc.

Da sämmtliche Waaren durch Rauch ꝛc. gelitten, offeriren wir speziell in dieser Abtheilung sämmtliche Vorräthe zu ungewöhnlich billigen Preisen.

Es kommen zum Verkauf

Große Posten dunkelblaue Knaben-Cheviot-Anzüge, Hausjoppen, Schlafröcke, Herren-Anzüge und Paletots.

Ferner ein **grosser Posten** Tuchreste für Herren- und Knaben-Anzüge **bedeutend unter Preis.**

In unserem großen Waaren-Kaufhaus werden alle speziell für Weihnachtsgeschenke geeignete Artikel in großer Auswahl zu bekannt billigen Preisen besonders empfohlen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 14. Dezember.

Opernhaus. Die Tochter des Regiments. Die Puppenfee. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Herostrat. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Fuhrmann Henschel. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Zaza. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Die Befreiten. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Mamselle Nitouche. Vorher: Der Küchenjunge. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Kinder-Vorstellung: Schneewittchen und die 7 Zwerge.
Schiller. Ehrliche Arbeit. Anfang 8 Uhr.
Westen. Eugen Onégin. Anfang 7½ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Kinder-Vorstellung: Schneewittchen.
Thalia. Der Eva-Apfel. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Die Blumen-Mary. Hierauf: Die Sünden der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Luisen. Fröhliche Weihnacht. Anf. 8 Uhr.
Belle-Alliance. Napoleon. Anfang 8 Uhr. Nachm. 4 Uhr: Der Struwwelpeter.
Ostend. Die Grille. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Doppelgänger. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Auch ein Fall Grünenthal. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Abwechselungsweise „Die Urzeit des Menschen" und „Quer durch Oesterreich".
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Mittwoch 8 Uhr:
Ehrliche Arbeit.
Donnerstag 8 Uhr:
Bartel Turaser.
Freitag 8 Uhr:
Ehrliche Arbeit.

Ostend-Carl Weiß-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Benefiz für die Orchestermitglieder.
Die Grille.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Im Tunnel von 7 Uhr an **Frei-Konzert.** Donnerstag: **Gewonnene Herzen.** – Freitag: **Onkel Jonas.** – Sonnabend: **Don Carlos.** – Sonntag: **Die Grille.** – In Vorbereitung: **Der Brandstifter.** Sensationelles Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 12 Bildern von G. Okonkowsky. Musik von L. Fall.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Fröhliche Weihnacht!
Donnerstag, den 15. Dezember:
Mit hoher Genehmigung Sr. Excellenz des General-Intendanten der königl. Schauspiele Herrn Grafen von Hochberg unter gefälliger Mitwirkung des kgl. Schauspielers Herrn **Adalbert Matkowsky**
zum Besten der Weihnachtsbescheerung der Aermsten der Armen des Louisenstädtischen Bezirkes:
Zum 1. Male:
Kean oder Genie u. Leidenschaft
Lustspiel in 5 Aufzügen frei nach dem Französischen des Alex. Dumas (Vater) von Ludwig Barnay.
Kean: Herr Adalbert Matkowsky.
Billet-Vorverkauf an der Theaterkasse von 11–1 Uhr.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Helmerding.
Der Eva-Apfel.
Posse in 3 Aufzügen von B. Jacobson.
In freier Umarbeitung des Stückes „La Culotte" von Sylvane u. Artus.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater

Direktion: José Fernary.
Die Geisha
oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Geisha.
Sonntag, 18. Dezember, nachm. 3 Uhr, zu halben Preisen:
Der Obersteiger.
Operette in 3 Akten von Carl Zeller.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Von 6 bis 10 Uhr: **Théâtre variété.**
Um 8 Uhr: **Das Flammenweib.**
Um 9 Uhr: Der Verwandlungs-Schauspieler **Ugo Paladini.**
Heute 25 Pf. Entree.

Castan's Panopticum.

Die
SIOUX-INDIANER
sind da!

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Zum 27. Male:
Die Blumen-Mary
Operette in 3 Akten von C. Weinberger.
Hierauf (um 10¼ Uhr):
Die Sünden der Frauen.
Großes Ballet-Divertissement.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Am 1., 2. u. 3. Weihnachtsfeiertag, nachm. 3 Uhr: **Großes Militär-Promenaden-Konzert.**

Olympia-Theater

Karlstr. (Circus Renz) Karlstr.
Heute Nachmittag 3½ Uhr:
Dornröschen.
Halbe Preise. 1 Kind frei.
Abends 8 Uhr: Zum 86. Male:
Mene Tekel.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hüttl.
Täglich: Grosses Konzert der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner und
Extra
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebten Humoristen Gustav Kluck.
Das vorzügl. neue Weihnachts-Programm.
Ernst und Scherz.
Anf. Wochent. 6½ Uhr, Sonnt. 5 Uhr. Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Moabiter Gesellschaftshaus,

Alt-Moabit 80-81.
Empfehle meinen neuen Saal, 1500 Pers. fass., zu Versammlungen u. Bäll.
Sonntags: Großer Ball.
2789* **C. Peters.**

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Landwehrmanns Weihnacht
und Jacques Offenbach's Operette
Insel Tulipatan
Vereinsbillets Wochentags giltig.

CIRCUS BUSCH

Mittwoch, den 14. Dezember, abends 7½ Uhr:
= Soirée équestre. =
PERSIEN.
Gr. Manege-Schaustück in 5 Akten, inszenirt vom Dir. **Paul Busch.**
Besonders hervorzuheben: **Ritt des Prinzen Mirza Schaffy über die hundert Fuss hohe Burgmauer.** Außerdem: 6 Trakehnerhengste, sowie Zeus und Eichhörnchen, dressirt und vorgeführt vom Dir. Busch. **Bal masqué,** dressirt vom Dir. Busch. Amateur-Konkurrenz-Reiten. Wer 3mal stehend zu Pferde die Bahn umreitet, erhält eine Prämie von 50 M. Auftreten der beliebten Schulreiterin Madame **Maria Doré.** Gigerl-Clown **Alfred Daniels** als Sänger. **Salva & Manza,** Hand-Equilibristen und akrobatische Spiele.
Morgen 7½ Uhr: **Persien.**

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
Dresdener-Straße 97.
Dir.: A. Kollig. Art. Leiter: A. Runge
Täglich:
Gr. Theater- u. Spezialitäten-Novität! **Vorstellung.** Novität!
Am Christbaum.
Lebensbild mit Gesang von Willen und Hirthe.
In Szene gesetzt von August Runge.
Jubelnder Lacherfolg der pikanten Novität:
Die Bräutigamsprobe.
Neu! Otto Richter, Neu!
der dicke Liebling der Berliner.

Mähr's Theater

Oranienstr. 24.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Amor!
Burleske mit Gesang und Tanz.
Brothers Alexander. Hulda Lucas. Grete Gastani 2c.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.

Apollo-Theater.

Nur noch bis 15. Dezember
ROSALIA LAMBRECHT
Ferner Auftreten der
5 Sisters Lorrison
Carmencita * La Foy
u. s. w. u. s. w.
Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Um 8½ Uhr: Großer Erfolg des J. Eßner'schen Volksstückes
Das Blumenmädchen vom Hacke'schen Markt
Clodewig Nelke: Wilh. Frödel.
Carl Werner: Rich. Winkler.
Stürm. Beifall, großer Jubel!
Ueberlé-Truppe, Hugo Schulz, Gebr. Taylor, Helene Voss. Latorl-Trio. Wieneke, Zwergth.
Carl Jörgensen.
Sensationell! Fürst Bismarck vom Jüngling bis zum Alten in Friedrichsruh.
Anfang 7½, Sonntags 6 Uhr. Sonntag, 18. Dezember: Letzte Vorstellung vor Weihnachten.

Reichshallen.

Stettiner Sänger

(Menzel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Pöhl, Schneider und Schrader.)
Zum Schluß, neu:
Pepita vor Gericht.
Neuestes Ensemble von Meysel.
Anfang 8 Uhr.
Entree: Parquet durchweg 50 Pf. (Vorverkauf 40 Pf.) Num. Balkon 75 Pf. Balkon-Loge 1,— Mark. Orchester-Loge 1.50 M. Fremden-Loge 2 M. Tageskasse 11–1 Uhr.

A. Frankl's Théatre Variété

Kölnischer Fischmarkt 6.
Grosse
Spezialitäten-Vorstellung.
Neues
Dezember-Programm.
Auftreten der russ. Fürstin
von Dragomann.
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Neu! Neu!
Seemannsglück.
Liederspiel in 1 Aufzug. Text und Musik von Oskar Victor-Roeder.
Auf allgemeines Verlangen 9½ Uhr neu einstudirt: 9½ Uhr
Berlin bei Nacht.
Posse mit Gesang in 2 Akten.
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Möbel, baar u. Theilzahlung, billigst Frankfurter Allee 110 I, Ecke Königsbergerstr.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 14. Dezember, abends 8½ Uhr, Habel's Brauerei, Bergmannstr. 9:
Große Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die neuen Vorlagen im Reichstage. Referent: Genosse **J. Auer.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. – **Gäste haben Zutritt.** 239/3
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost)

Mittwoch, den 14. Dezember, abends 8½ Uhr:
Versammlung
im Lokal der „Urania", Wrangelstraße 10.
Tagesordnung:
1. Fortsetzung der Versammlung vom 14. November über: Lehren aus der Landtagswahl. Referenten: die Genossen **Paul Singer u. Richard Fischer.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 243/15
Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
In dieser Versammlung findet die Ausgabe der Billets zu der am 27. Dezember (3. Weihnachtsfeiertag) stattfindenden Sondervorstellung in der „Urania" statt.

Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 15. Dezember, abends 8½ Uhr, im Saale des alten Schützenhauses, Linien-Straße 5:
Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. – 2. Diskussion. – 3. Vereinsangelegenheiten. [245/15
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Achtung! Maler Achtung!

und verw. Berufsgenossen Berlins u. Umgegend.
Donnerstag, den 15. Dezember 1898, abends 8½ Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 20:
Kombinirte Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Regelung des Arbeitsnachweises. 2. Diskussion. (125/6) J. A.: **R. Geffert.**

Achtung, Putzer!

Donnerstag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29:
Oeffentl. Versammlung
der Bauhandwerker Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Die Mißstände im Baugewerbe, die Unzulänglichkeit der bestehenden Polizeiverordnungen und die Erstrebung eines Bauarbeiter-Schutzes. 2. Diskussion.
NB. **Wir ersuchen nun dringend im eigenen Interesse, um alle diese im Baufache vorkommenden Uebelstände beseitigen zu können, sich recht zahlreich an dieser Versammlung zu betheiligen.**
264/14 **Die Lohnkommission.**

Verein sozialdemokratischer Gast- und Schankwirthe Berlins

und Umgegend.
Am Freitag, den 16. Dezember, nachmittags 5½ Uhr, im Lokale des Kollegen Zubell, Lindenstr. 106:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung von der öffentlichen Versammlung. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
70/2 **Der Vorstand.** J. A.: **Ferdinand Ewald.**

Achtung, Bauarbeiter!

Donnerstag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29:
Oeffentliche Bauhandwerker-Versammlung.
Da die Tagesordnung eine wichtige ist, ersuchen wir die Bau-Arbeiter um rege Betheiligung. 40/13
Die Lohnkommission. J. A.: W. Noack.

Achtung! Bauhandwerker Berlins und der Vororte!

(Bauarbeiter, Dachdecker, Glaser, Bauklempner, Maler, Maurer, Putzer, Steinsetzer, Stuckateure, Töpfer und Zimmerer.)
Grosse öffentl. Versammlung
am Donnerstag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr,
in Louis Keller's Festsälen, Koppenstraße No. 29.
Tages-Ordnung:
1. Die Mißstände im Baugewerbe, die Unzulänglichkeit der bestehenden Polizeiverordnungen, und die Erstrebung eines Bauarbeiterschutzes. 2. Diskussion. 264/12
H. Silberschmidt, Frankenstraße 83.

Druckfehler-Berichtigung.

In dem Inserat des Cigarren-Spezialhauses **Czollek & Geballe, Berlin C., Spandauer-Brücke 9,** muß es heißen: **Marke Florida-Docks** 100 Stück **Mk. 3.75** (nicht 3,77); ferner: **Marke Brillante** (St. Felix-Brasil) 100 Stück **Mk. 3.25** (nicht 3,55).

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
Heute Mittwoch, den 14. Dezember:
Das Glöckchen von Birkenstein
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von Ewers.
Morgen Donnerstag:
Ein Traum in der Christnacht
oder:
Der Müller und sein Kind.
Volksschauspiel in 5 Akten v. Raupach.

Butter

täglich frisch, vorzüglich, Pfund 1,00, 1,10, 1,20. **Käse.**
Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins Norden
Epstein & Co.,
Brunnenstr. 162. 1819*

Musikwerke

mit Uhrwerk, Herophons, Manopans, Salonleierkasten, Harmonikas, billigste Preise. Musikwerke werden zu Festlichkeiten verliehen. 1932*
Kleine Hamburgerstr. 17.

Umsonst

100 humor. Witzkarten, wer **Gratulationskarten** zum Wiederverkauf in Sortim. zu 100 Stück in 22 Sorten v. 5 Pf. bis 1,50 M., im Einzelverkauf das Sortiment f. 6.50 M. geg. Nachn. bezieht aus der Luxuspapier-Fabrik
Basch & Blumberg.
Berlin C. 25, Kurzestraße 18.
Sortim. in feineren Qualit. allerbill. Billigste Bezugsquelle für Wiederverk., weil direkt a. d. Fabrik.

Verpfändet gewesene

goldene, silberne Remontoir-Uhren mit schweren Gehäusen und feinsten Werken unter zweijähriger Garantie, Regulateure, goldene Ketten, Ringe, Brillant-Ringe, Ohrringe, Broches, Nadeln, Armbänder, alles in modernsten Façons, verkauft spottbillig
Concess. Leihhaus
Neue Schönhauserstr. 11, I.

Columbus-Silber

ist der beste Ersatz für echtes Silber. Bleibt stets weiss; Haltbarkeit unverwüstlich.
58 Gegenstände für nur M. 14

und zwar:
6 Speisem. mit Stahlkl.
6 Gabeln a. einem Stück
12 Speiselöffel,
12 Kaffeelöffel,
6 Dessertm. m. Stahlkl.
2 Aufschnittgabeln,
6 Dessertg. a. ein. Stck.
1 Suppenschöpfer,
1 Gemüselöffel,
6 Messerbänke oder 2 Leuchter.
(Im Etui 4,50 mehr.)
Franko-Versand gegen Vorausbezahlung o. Nachnahme nur durch
Max C. Radecke, Berlin, Krausnickstr. 24.
Für Nichtkonvenirendes zahlen Geld zurück. 370L*

Deutscher Porter

Dessert- u. Malzkraftbier 1. Rang.
Brauerei Burghalter, gegr. 1736,

besond. für Blutarme, Brustkranke Bleichs., Wöchn., Rekonv. 2c. d. leicht bekömml., nahrh. kräftigste Bier. — Ist blutbild., best. best. Gesichtsf. u. Gewichtszunahme, übers. 14 Fl. drei, 50 zehn M. exkl. In Geb. (¼, ⅛, 1/16) zum Selbstabz. wesentlich billiger. Allein. Versandst. für Berlin u. Prov. Porterkellerei **Ringler, Berlin, Brunnenstr. 152.** Ferner gr. Lager von echt engl. Porter und Pale-Ale Nicht Flaschenzahl, Qual. entscheidet!

Puppenwagen, Sport- und Kinderwagen

z. Weihnachts-Ausverkauf
ausserordentlich billig.
Max Brinner, Jerusalemerstr. 42. Brunnenstrasse 6.

Kinderwagen, Puppenwagen,

Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kinder-Klappstühle, Kindertische u. Kinderstühle, Triumphstühle, Blumentische, Papierkörbe, Wäschepuffs etc. etc.
Auf Kinderwagen Theilzahlung.
Jeder Käufer empfängt ein elog. Weihnachtsgeschenk.
A. W. Schulz, Brunnenstrasse 95, vis-à-vis Humboldthain, am Nordbahnhof Gesundbrunnen.
Teleph. III. 1767.

Dr. Thompson's Seifenpulver

ist das beste 33/13*
und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gek. schw. perl. und finn. Fleisches.
Rindfleisch . . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . . 40 Pf. [6131*
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Der Heilbronner Wahl-Krawall
vor dem Schwurgericht.

Aus Heilbronn wird uns vom 12. Dezember berichtet: Die heutige Sitzung brachte eine peinliche Ueberraschung, indem der Vorsitzende, Landgerichts-Direktor Willich von der bisherigen Gepflogenheit abwich und an den als Zeuge vernommenen sozialdemokratischen Reichstags-Kandidaten Schreinermeister und Gemeinderath Gustav Kittler die Frage richtete, ob er schon bestraft sei. Das war ein Novum, denn eine solche Frage ist bisher vom Vorsitzenden weder an den Zeugen Hegelmaier, noch an sonst einen der Belastungszeugen gerichtet worden. Gemeinderath Kittler beantwortete die auffällige Frage des Vorsitzenden durch die Auskunft, daß er vor langen Jahren einmal wegen Körperverletzung bestraft worden sei.

Aber nicht genug mit diesem Zwischenfall. Der Vorsitzende holte zu einer weiteren Frage aus, deren Charakter in anbetracht der Umstände dem unbetheiligten Beobachter noch viel seltsamer vorkommen muß als der erste Zwischenfall. Der Mann, dem die unparteiische Leitung der Verhandlungen anvertraut war, richtete nämlich folgende Bemerkung an den Zeugen:

Gegenwärtig schwebt ein Verfahren gegen Sie wegen Unterschlagung von 5000 Mark beim Arbeiterbund. — Zeuge: Jawohl, Arbeiterbund Gustav Kittler u. Ko.

Was diese merkwürdige Frage, deren Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Gerichtsverfahren völlig unverständlich ist, des weiteren angeht, so wird uns aus Heilbronn das folgende berichtet:

„Wie wir erfahren, ist die Untersuchung wegen angeblicher Unterschlagung am Dienstag voriger Woche, also zwei Tage vor dem Prozeß, auf eine anonyme Denunziation hin eingeleitet worden. Wie alle Parteifreunde und auch alle diejenigen, welche Einblick in die geschäftlichen Verhältnisse der Kommanditgesellschaft Arbeiterbund Gustav Kittler u. Co. haben, annehmen, ist die Denunziation völlig aus der Luft gegriffen und hat nur den Zweck, dem unbequemen Zeugen Kittler etwas anzuhängen."

Es versteht sich am Rande, daß das Vorgehen des Gerichtsvorsitzenden von der arbeiterfeindlichen Presse weidlich gegen die Sozialdemokratie ausgebeutet wird. So melden bürgerliche Blätter in Schwaben bereits die Verhaftung unseres Parteigenossen Kittler. Ein Telegramm unseres Berichterstatters vom gestrigen Abend theilt hierzu mit, daß diese Tendenznachricht vollständig erlogen ist.

Ueber das Verfahren des Vorsitzenden Willich wird aber gewiß noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. Es ist wohl anzunehmen, daß auch diese Affäre die gebührende Beurtheilung findet, sobald im Reichstage Gelegenheit ist, über die heutigen Justizzustände das Erforderliche zu sagen.

Die Verhandlung nahm im weiteren folgenden Verlauf: Vors.: Sie haben eine Rede gehalten? — Zeuge: Jawohl, ich habe gesagt, wenn wir auch unterlegen sind, so haben wir doch Fortschritte gemacht. Der Wahltag hat uns Gelegenheit gegeben, unsere Ideen zu verbreiten; in fünf Jahren treten wir wieder an die Urne und werden den Wahlkreis erobern. Es war da aber noch ruhig. — Vors.: Haben Sie gesagt, die Leute sollten das nicht ausführen, was sie beabsichtigten? — Zeuge: Nein, eine solche oder auch ähnliche Aeußerung habe ich nicht gethan, ich müßte nicht, was ich damit hätte andeuten sollen. — Vors.: Ihnen ist vorher von der Absicht, Krawall zu machen, etwas bekannt geworden. — Zeuge: Nein. — Vors.: Erzählen Sie nun einmal Ihre Beobachtungen! — Zeuge: Zuerst wurde „Hegelmaier hoch!" gerufen, dann „Kittler hoch!", schließlich überrang das Kittler-Hoch bedeutend; es wurde immer voller auf dem Markt. Ich ging wieder auf die Freitreppe und habe die Leute beruhigt und sie zum Nachhausegehen veranlaßt. Als ich fertig war, dankte mir der Stations-Kommandant; er freue sich, daß ich beruhigend gewirkt habe, so werde er von den Patronen keinen Gebrauch machen müssen. Oberbürgermeister Hegelmaier hat hier vorgestern erklärt, ich hätte die Menge nur aufgehetzt; er beweist damit nur, daß er mich politisch und persönlich haßt. Ich bin dann nach Hause gegangen und habe mich schlafen gelegt. Da kamen Schäffler und der Buchdrucker Müller in meine Wohnung und weckten mich, sie erzählten mir, Herr Hegelmaier sei gekommen, habe mit seinem Stöckchen gefuchtelt und sei auf und ab gegangen. Das habe die Menge gereizt und Hegelmaier habe die Feuerwehr in Thätigkeit gesetzt, das erbittere die Leute, ich möchte die Menge beruhigen. Ich habe den Leuten gütlich zugeredet und ihnen gesagt, es sei eine Schande, einen solchen Skandal zu vollführen. Einer kam und sagte, er sei pudelnaß. Ich sagte ihm: Wärst Du zu Hause geblieben, wärst Du nicht naß. Ich bin auch nicht naß. Ich bin von Gruppe zu Gruppe gegangen und habe auch gerade besser gelleidete Leute getroffen, die Hoch gerufen haben, und habe gerade ihnen Vorhalte gemacht, daß sie immer von neuem das Hochrufen anzetteln. Ich bin dann auch in der „Rose" gewesen und habe die Leute beruhigt und ihnen gesagt, sie sollten hinten hinausgehen und nicht mehr den Marktplatz betreten. Ich habe nicht mehr spritzen sehen und auch der Steinhagel war vorüber, als ich zum zweiten Mal auf den Markt kam. Ich habe dann später jemanden sich auf der Freitreppe bemerkbar machen sehen, ich konnte aber nicht sehen, ob es ein Militär war, auch nicht verstehen, was er sagte. — Berth. Sprößnle: Wo standen Sie? — Zeuge: Mitten auf dem Markt. — Berth. Breitling: War noch ein sozialdemokratischer Agitator am Weihnachtstage aus Stuttgart hier? — Zeuge: Ja, Genosse Hermann, der ist aber abends schon weggefahren. — Berth. Dr. Erlanger: Herr Hegelmaier macht Ihr Wahlkomitee für die Unruhen verantwortlich. — Zeuge: Ja, ich habe es gelesen, weiß aber nicht, wie so er dazu kommt. — Vors.: Hegelmaier sagte, die Flugblätter, die ihn verleumdet hätten, seien von aufreizender Wirkung gewesen. — Zeuge: Herr Hegelmaier hätte ja wegen Verleumdung klagen können, das hat er aber nicht gethan. Bezüglich eines anderen Flugblattes ist vom Gericht entschieden worden, daß zur Beanstandung kein Anlaß vorläge.

Zeuge Rosenwirth Schäffler bekundet, seine Frau habe ihm erzählt, Hegelmaier sei gekommen, fuchtle mit dem Stocke und provozire die Menge. Er sei daraufhin hinausgegangen und habe allerdings die Menge sehr erregt gefunden. Auf einmal sei gespritzt worden. Er habe das für einen schweren Fehler gehalten und sofort den Stationskommandanten gebeten, doch das Spritzen einzustellen, das werde die Leute blos reizen und in die Sackgasse bei der „Rose" treiben. Als er noch mit dem Stationskommandanten da gestanden, habe er einen großen Stein an den Kopf bekommen. Er gebe zu, daß er wohl dem Landjäger oder Stationskommandanten gegolten habe. Er bestreite, daß aus der Rose Steine nach dem Rathskeller geworfen worden seien. Die Steine seien von der in der Sackgasse eingekeilten Menge geworfen worden. Das sei schon daraus ersichtlich, daß gerade die der Sackgasse gegenüberliegenden Fenster des Rathskellers zertrümmert worden sind. Oberbürgermeister Hegelmaier sei auf ihn zugekommen und habe ihm gesagt: Sie sind schuld an der ganzen Geschichte. Ich werde Ihnen die „Rose" schließen. In der That ist die „Rose" auch acht Tage lang geschlossen worden. Ich muß sagen, Herr Hegelmaier wollte den Auflauf benutzen, um mir etwas einzutränken, weil er mich politisch und persönlich haßt. Es heißt, aus dem oberen Stockwerk sei eine Champagnerflasche nach dem Rathskeller geworfen worden. Das ist nicht wahr, ich hatte keine leere Champagnerflasche im Hause. Es könnte nur sein, daß eine Flasche aus dem Rathskeller zu uns heraufgeworfen und dann zurückgeworfen worden ist. Schließlich möchte ich noch sagen, es ist mir zugetragen worden, daß Schutzleute die Menge aufgefordert haben sollen, hoch Hegelmaier zu rufen. — Vors.: Wer hat Ihnen das gesagt? — Zeuge: Bierbrauer Bendler. — Vors.: Sie hielten das Spritzen für unzweckmäßig? — Zeuge: Ja, für eine große Dummheit. Das Spritzen erbitterte nur die Leute und trieb sie in die Sackgasse, so daß sie nicht fort konnten. — Vors.: Kittler hat die Gäste der „Rose" aufgefordert, das Hofthor als Ausgang zu benutzen. War das Thor offen? — Zeuge: Soviel ich weiß, hat der Hausknecht es geschlossen und dann wieder aufgemacht.

Zeugin Ehefrau Schäffler hat den Oberbürgermeister Hegelmaier mit seinem Stock den Leuten vor der Nase herumfuchteln sehen. Sie schließt sich den Bekundungen ihres Mannes an und bestreitet vor allem, daß oben aus der „Rose" geworfen worden sei.

Zeugin Emilie Schäffler war nur in der Wirthschaft zur „Rose" und hat draußen nichts gesehen.

Zeuge Hausknecht Hirsch war in der „Rose" beschäftigt, er schildert die Vergänge ähnlich wie Schäffler, am fraglichen Abend hat er das hintere Thor nicht geschlossen, aber es könne wohl von einem anderen zugemacht worden sein.

Zeuge Bildhauer Schmittberger war am Stichwahltage in der „Rose", er wollte nach Hause gehen, das Gedränge war ihm zu groß und er ging zurück, sagte der Frau Schäffler, es werde gespritzt und die Menge dränge auf die „Rose" zu, Frau Schäffler solle das hintere Thor schließen. Frau Schäffler fand den Schlüssel nicht gleich und er hat das Thor so lange zugehalten, bis sie den Schlüssel brachte. — Oberstaatsanwalt: Was war die Uhr? — Zeuge: Es war gerade das erste Mal gespritzt worden.

Zeuge Schreiner Schweikert schildert die Rede Kittler's wie dieser selbst. Oberbürgermeister Hegelmaier sei seiner Ansicht nach in provozirender Weise die Wege auf- und abgeschritten und habe jeden einzelnen fixirt. Die Steine seien erst geworfen worden, als die Feuerwehr sich in Thätigkeit gesetzt habe. — Vorsitzender: Waren die Fenster in der „Rose" oben offen? Zeuge: Zuerst nicht, später, als der Lärm groß wurde, ja. Aber als gespritzt wurde, wurden sie wieder geschlossen. — Berth. Rosengart: Sie waren Mitglied des Wahlkomitees der Sozialdemokraten. Ist Ihnen irgend etwas bekannt geworden von der Absicht, abends zu demonstriren? — Zeuge: Nein, nicht im geringsten.

Zeuge Schuhmacher Reißer giebt die Rede Kittler's in der „Rose" so wieder wie die Vorzeugen. Auch dieser Zeuge ist der Ansicht, daß Hegelmaier die Menge provozirt habe. Er bekundet, die Feuerwehr habe das obere Stockwerk der „Rose" ohne allen Grund in Angriff genommen, eine Gaslampe sei dadurch kaput gegangen und er habe deshalb die Fenster geschlossen. Die Wasserstrahlen hätten so an die Fenster geprallt, daß sie jeden Augenblick hätten entzwei gehen können! Aus dem Zimmer, wo er sich befunden, sei sicher nichts hinausgeworfen worden. — Vors.: War in dem Nebenzimmer jemand? — Zeuge: Ich weiß es nicht genau, aber ich glaube, es war leer. — Berth. Rosengart: Sie verkehrten doch viel in der „Rose" während der Wahlzeit? Ist Ihnen etwas von beabsichtigten Demonstrationen für den Wahlabend bekannt geworden? — Zeuge: Davon kann keine Rede sein. — Vors.: Ob Sie etwas davon gehört haben? — Zeuge: Nein.

Zeuge Rathsdiener Eberle wohnt über dem Rathskeller im Rathhaus, er schildert das Geschrei und das Steinewerfen auf dem Marktplatz. Ein Asphaltstück kam in seine Wohnung vom Marktplatz her geflogen. Er hat die Steinwerfer im Hofe neben der „Rose" beobachtet von seinem Fenster aus, kann aber mit Bestimmtheit keinen Angeklagten rekognosziren. Der eine hat eine Kleidung gehabt wie ein Gipser oder ein Maurer, der andere einen dunklen Anzug. Der Angeklagte Schwab kann es gewesen sein, aber bestimmt möchte er es nicht sagen. — Angekl. Schwab behauptet, daß er keinen hellen Anzug angehabt habe, sondern denselben, den er heute anhabe. — Berth. Rosengart: Haben sich die Leute nach der Kittler'schen Rede etwas verlaufen? — Zeuge: Ich hatte nicht einen solchen Ueberblick auf den Markt, daß ich das sehen konnte.

Zeuge Arbeiter Michel Nunn wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft vorläufig nicht vereidigt, als der Mitthäterschaft verdächtig. Vors.: Wo waren Sie am Abend des Stichwahltages? — Bei einem Freunde in der Schreibogengasse. Er hat gegen 10 Uhr einen gewissen Bühler auf den Hegelmaier schimpfen hören. Was er aber gesagt hat, wisse er heute nicht mehr, es sei schon zu lange her. (Bühler war ursprünglich mit angeklagt, ist aber der Strafkammer überwiesen worden.)

Thurmwächter Vogelmann hat mit dem Nunn über das Schimpfen des Bühler sich unterhalten. Die Aeußerung des Bühler soll gelautet haben: „Der grauköpfige Donnerwetter muß runter vom Rathhaus, dem gehören die Scheiben eingeschmissen." Das Gespräch mit Nunn habe 14 Tage nach der Stichwahl stattgefunden.

Es tritt hierauf die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung rücken die militärischen Zeugen zur Beweisaufnahme an.

Oberstlieutenant Bruckmann, Bezirkskommandeur, schildert die Vorgänge wie folgt: Um 11¼ Uhr kam eine Ordonnanz in meine Wohnung und meldete mir, in der Kaserne sei militärische Hilfe verlangt worden. Ich ging sofort in die Kaserne und fand die Meldung bestätigt. Ich ließ das Kommando antreten, es war 1 Offizier, 2 Feldwebel, 6 Unteroffiziere und 60 Mann stark, und marschirte auf den Markt. Dort traf ich Oberbürgermeister Hegelmaier. Dieser sagte mir, es sei militärische Hilfe erforderlich, die Schutzmannschaft reiche nicht aus. Ich bestieg die Rathhaustreppe und forderte zum Verlassen des Platzes auf. Es rührte sich aber niemand vom Platze, allerdings wird mich keiner verstanden haben, so stark war der Lärm. Freilich mußte jeder wissen, was ich wollte. Ich befahl dem Lieutenant Moschner, zum Sturm vorzugehen, es mußten 2 Kolonnen gebildet werden, ehe es gelang, die Leute zurückzudrängen. Es sind 24 Verhaftungen und 2 leichte Verwundungen vorgekommen. Am nächsten Tage wurden Patrouillen ausgeschickt und dabei sind 10 Verhaftungen vorgekommen. — Oberstaatsanwalt: Wann kamen Sie nach dem Rathhause? — Zeuge: Etwa um ¾12 Uhr Abends. — Oberstaatsanwalt: Es hat also doch ziemlich lange gedauert, ehe der Markt gesäubert war, denn das soll doch erst nach 1½ Uhr gewesen sein? — Zeuge: Gewiß war es ziemlich schwierig. — Oberstaatsanwalt: Hatten Sie den Soldaten eine besondere Instruktion gegeben? — Zeuge: Ich hatte befohlen, mit aufgepflanztem Bajonett zum Sturm vorzugehen und nur auf meinen ausdrücklichen Befehl zu laden. — Oberstaatsanwalt: Es war also nicht geladen. Hätten Sie denn das Recht gehabt, als Ihre Soldaten mit Steinen beworfen wurden, von der Schießwaffe Gebrauch zu machen? — Zeuge: Jawohl, jeder Mann hatte auch 10 Patronen. Ich hielt die Situation aber nicht für so bedrohlich, daß ich hätte schießen lassen müssen. — Oberstaatsanwalt: Hat Ihnen Herr Hegelmaier nicht gesagt, Sie möchten möglichst nicht schießen lassen? — Zeuge: Herr Hegelmaier hat mir nichts gesagt, ich hätte mir so etwas auch nicht sagen lassen, denn ich bin allein verantwortlich. — Oberstaatsanwalt: Sie sollen schon Tags über das Militär konsignirt haben. — Zeuge: Darüber möchte ich nur Aussagen mit Genehmigung des Generalkommandos machen. — Oberstaatsanwalt: Ich möchte nur wissen, ob Sie die Maßnahmen aus eigenem Gutdünken oder auf grund bestimmter Thatsachen vorgenommen. — Zeuge: Nun, ich kann ja sagen, ich befürchtete bei dem heftigen Charakter des Wahlkampfes Unruhen.

Zeuge Lieutenant Moschner erklärt, die Räumung des Marktplatzes hat drei Minuten gedauert, die Räumung der angrenzenden Straßen war schwieriger.

Zeuge Schmidt, früher Musketier, war unter den Soldaten, er giebt an: Die Leute seien sehr schnell zurückgegangen, als das Militär vorrückte. — Vors.: Sind Sie beschimpft worden? — Zeuge: Ich direkt nicht. — Vors.: Sind nicht Schimpfreden gefallen? — Zeuge: Es ist Depotbrüder gerufen worden, ich habe es mir aber nicht angenommen. (Heiterkeit.)

Die übrigen 19 militärischen Zeugen schildern die Vorgänge konform den vorher vernommenen Zeugen und geben über die einzelnen Verletzungen Auskunft. — Musketier Schmoll sagt, es ist im allgemeinen auf das Militär geschimpft worden. — Vors.: Was denn? — Zeuge: Die übrigen Mannschaften waren zur Uebung in Münsingen und da hat einer gerufen: Ihr seid zu lüderlich, daß man Euch nicht mit nach Münsingen hat gehen lassen. (Große Heiterkeit.)

Dem Musketier Friedrich Maier ist die Taschenuhr durch einen Steinwurf zertrümmert worden, außerdem hat jemand mit einem Messer nach ihm zu stechen versucht, er habe ihn aber mit dem Bayonett abgewehrt. Er kennt den Mann nicht. — Vors.: Können Sie ihn nicht beschreiben? — Zeuge: Nein, er war vielleicht 30 Jahre alt. — Portepeefähndrich Schlicker hat mehrere Leute verhaftet, die nicht weggehen wollten und dem Militär im Rücken sehr gefährlich werden konnten. Von den Angeklagten kann er aber niemanden rekognosziren.

Der Vorsitzende schlägt nun vor, die am Prozesse Betheiligten möchten sich darüber äußern, ob sie eine Trennung des Verfahrens, so daß die Angeklagten in einzelnen Gruppen getheilt und gesondert von den Geschworenen abgeurtheilt werden, für zweckmäßig halten.

Der Oberstaatsanwalt hält prozessuale Bedenken gegen die Trennung des Verfahrens nicht für vorliegend und befürwortet die Trennung aus Zweckmäßigkeitsgründen.

Die Vertheidiger widersprechen sämmtlich, sie halten neben Zweckmäßigkeitsbedenken auch prozessuale Bedenken für vorliegend.

Die Rechtsanwälte Rosengart und Dr. Erlanger beantragen ausdrücklich eine offizielle Inaugenscheinnahme der Thatorte.

Der Vorsitzende vertagt die weitere Verhandlung auf Dienstag 9 Uhr und wird morgen den Beschluß über die Trennung des Verfahrens verkünden.

Gewerkschaftliches.

Die allgemeine Aussperrung der Bauarbeiter Magdeburgs, die in diesem Frühjahr stattgefunden hat, wird in einer soeben erschienenen, von der Lohnkommission der Zimmerer herausgegebenen Broschüre in recht interessanter Weise beleuchtet. Den darin enthaltenen Abrechnungen, Tarifen und Sitzungsprotokollen ist unter anderen eine Denkschrift über die Ursachen und den Verlauf des Kampfes beigegeben, in der unwiderlegbar nachgewiesen wird, daß dieser lang andauernde Kampf lediglich von den Grundstücksspekulanten- und Kapitalistenklüngel nicht nur provozirt, sondern auch beharrlich aufrecht erhalten wurde.

Der Bericht schildert in anschaulicher Weise, wie die Organisation der Bauhandwerker in den siebziger und achtziger Jahren bemüht war, Lohnaufbesserungen durchzusetzen. Ihren Höhepunkt erlangte die Bewegung wieder im Jahre 1897, wo durch Vereinbarung ein Stundenlohn von 40 Pf. durchgesetzt wurde.

Der Tarif für 1898 wurde, um alle Härten zu vermeiden, dem Unternehmerverbande bereits im November 1897 unterbreitet und darin, außer einigen formellen Abänderungen einzelner Punkte, eine Erhöhung des Lohnes auf 43 Pf. gefordert. Dieser antwortete im Januar mit der Uebersendung eines Gegentarifs, der eine wesentliche Verschlechterung gegenüber den bestehenden Verhältnissen bedeutete.

Um dieselbe Zeit trat der Unternehmerverband in schroffer Weise gegen die Arbeiter auf. Weil die Bauhilfsarbeiter auf einem Bau die Arbeit eingestellt hatten, wurde allen im Baugewerbe beschäftigten Arbeitern, besonders den Maurern und Zimmerern mit einer allgemeinen Aussperrung gedroht, obgleich von diesen auch nicht einer auf dem betr. Bau beschäftigt war und mit dieser Arbeitsniederlegung nicht das Geringste zu thun hatte. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Bauhilfsarbeiter auf dem betr. Bau wurde die Drohung gegenstandslos. Nach zwei resultatlos verlaufenen gemeinschaftlichen Sitzungen hob der Unternehmerverband am 1. April den bisher giltigen Lohntarif auf und gab bekannt, daß nun sein einseitig aufgestellter Tarif gelten sollte. Auch diese Herausforderung wurde seitens der Arbeiter ignorirt, und erst am 26. April traten die Zimmerer zwecks Erhöhung in den Streik ein. Nun ging auch der Unternehmerverband, in dem die Grundstücksspekulanten nach und nach tonangebend wurden, an die Ausführung seines geplanten Vorhabens. Am 4. Mai erfolgte die Aussperrung der Maurer und der Bauhilfsarbeiter. Das Baugewerbe in Magdeburg ruhte dann bis zum 23. Juli.

Diese Aussperrung war zweifellos im Interesse der Grundstücksspekulanten seit langem geplant. Das seit Jahren rapide Steigen der Wohnungsmiethen schien nachzulassen, und damit schwand auch die Aussicht auf die Steigerung der ungeheuerlichen Gewinne der Grundstücksspekulation. Was konnte also näher liegen, als die seit 1895 flotte Bauthätigkeit durch derartige Maßnahmen möglichst lange zu unterbrechen? Sie suchten dann die partiellen Arbeitseinstellungen der Maurer dazu zu benutzen, um am 30. August von neuem eine allgemeine Aussperrung sämmtlicher Bauarbeiter vorzunehmen. Diese Aussperrung war aber nicht so einheitlich, wie es der Vorstand des Unternehmerverbandes gewünscht hatte, ein großer Theil der Unternehmer, der an diesem Treiben kein Interesse hatte, verweigerte die Heeresfolge.

Mit welchen Mitteln der Kampf geführt wurde, ist den Lesern des „Vorwärts" noch in frischer Erinnerung. Neben den Verrufserklärungen gegen die Arbeiter haben die Unternehmer, um ihr brutales Vorgehen zu rechtfertigen, die verlogensten Berichte über die Ursachen und den Verlauf des Kampfes inspirirt. Um die Arbeiter in die Schuld zu setzen, wurden die stattgefundenen Verhandlungen unrichtig dargestellt, kurz, kein Mittel war zu schlecht, um die Arbeiter für die Aussperrung verantwortlich zu machen.

Die Verhandlungen am 13. und 14. September, die wieder die Arbeiter veranlaßt hatten, führten endlich, gewiß sehr zum Leidwesen der Grundstückswucherer, zu einem Friedensschlusse. Das Resultat derselben war bekanntlich, daß bis zum 31. März 1899 die Lohnverhältnisse, wie sie sich nach dem Streik gestellt, bleiben; und daß von da ab der Lohn für Gesellen auf 42 bis 44 Pf. pro Stunde steigt. Die Arbeitsbedingungen sollen in jedem Geschäft durch eine Kommission von 3 Mitgliedern, die allgemeinen Angelegenheiten durch eine Kommission von 7 Mitgliedern, die eventuell mit den Unternehmern verhandelt, geregelt werden.

Wie lange dieser Friede dauert, ist wieder von dem Vorgehen des Unternehmerthums abhängig. Jedenfalls beweist die Aussperrung sehr deutlich und es wird im Vorwort der Broschüre recht treffend darauf hingewiesen, daß nicht die Arbeiterorganisationen, sondern ein skrupelloses Unternehmerthum, wenn es seinen Zwecken dienlich erscheint, Streiks und Aussperrungen provozirt, um die Arbeiter und die Konsumenten zugleich auszupowern.

Freitag

Donnerstag

Mittwoch

Warenhaus A. Wertheim

BERLIN . .
Leipzigerstrasse 132/33, (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstrasse 27/29, und vis à vis 54/55 (Confections-Haus).
Oranienstrasse 53/54.

Taschentücher

Linon, für Kinder, mit bunt bedruckter Kante, Dtz. 1.25 Mk.

Linon, für Damen, mit bunter Kante, Dtz, 2.25, 1.65 Mk.

Batist mit bunt bedruckt. Hohlsaum, Dtz. 2.50 Mk.

Leinen, weiss, Dtz. 4.50, 3.25 Mk.

Damen-Regenschirme

Gloria	Halbseide	Reine Seide
mit Futteral, Elfenbeingriff	Paragongestell, silberner Griff	Paragongestell Futteral, und Schleife
2.80 Mk.	5.40 Mk.	6.25 Mk.

Herren-Regenschirme

Gloria	Halbseide	Reine Seide
mit Futteral	Paragongestell, mit Futteral	Paragongestell, mit Futteral
2.65 Mk.	3.90 Mk.	6.25 MK.

Herren-Schlafröcke in verschiedenen Ausführungen 25, 18.50, 15.50, 11.50 Mk.

Herren-Joppen Lodenstoff, gefüttert 16.50, 12, 9.25 Mk.

Loden-Joppen, gefüttert, für Knaben von ca. 7—13 Jahren, jede Grösse 5.50 Mk.

Neuheit!
Handschuh-, Taschentuch-, Kravatten-, Schmuck- und Nähkasten
mit Handmalerei 2.75 Mk. auf Leder

Damen-Portemonnaies 2.60, 1.40 Mk., 85 Pf.

Herren-Portemonnaies 2.65, 1.50 Mk., 85 Pf.

Beutel-Portemonnaies 85 u. 40 Pf.

Handtaschen, Leder mit Lederfutter, ca. 20 cm lang 90 Pf.

Photographie-Album, Plüsch oder Leder 2.65 Mk.

Glycerin- u. Mandelseife Carton mit 3 Stück 45 Pf.

Rosen-Glycerin-Seife Carton m. 3 St. 75 Pf.

Indische Blumen-Seife Carton mit 3 Stück 1.10 Mk.

Baumlichte Packet mit 12, 18 oder 30 Stück, 55 Pf.

Kronenlichte Pa. Stearin, Packet mit 6 od. 8 Stück 46 Pf.

Parfüm-Arrangements Carton 45, 70 u. 90 Pf.

Morgenröcke, Velour-Parchend, Volant mit Sammetband 6.25 Mk.

Haus-Blusen, Velour-Parchend, hell und dunkel gemustert 1.70 Mk.

Hemdenblusen, einfarbiger Wollstoff 4.75 Mk.

Halbwoll. Jupons, Volant mit Stickerei 2.50 Mk.

Wollene Jupons, aufgesetzter Volant mit Säumchen und Soutache 5.25 Mk.

Halbseid. Jupons, buntgestreift gefüttert 3.20 Mk.

Kinderkleider, Velour-Parchend, Passe mit Soutache 3 Gröss. für ca. 1—4 Jahre, 1.70, 1.45, 1.25 Mk.

Kinderkleider, einfarb. Wollstoff, Passe m. Soutache 3 Gröss, für ca. 1—4 Jahre, 3.60, 3.15 2.85 Mk.

Damen-Pantoffel, farbiger Filz 1.20 Mk. u. 55 Pf.

Damen-Schuhe, farbiger Filz 2.—, 1.60, 1.20 Mk.

Damen-Steppschuhe, schwarz 2.25, 1.65 Mk.

Damen-Schuhe rotbraunes Leder mit Filzfutter und Ledersohlen 1.80 Mk.

Comtoir-Schuhe für Herren, mit Filz- u. Ledersohlen 2.15 Mk.

Paravents

dreiteilig mit gemust. Stoff	japanisch mit Stickerei auf Sammet od. Seide
10.50 u. 11.50	9.50, 12.50, 21 Mk.

Bauerntische

massiv Eiche
4.25, 5.50, 10.25 Mk.

Elektr. Feuerzeuge mit Uhrständer od. Cigarrenabschn. 15 Mk.

Haus-Uhren

Regulator 14 Tage gehend mit Schlagwerk 16 Mk.

Kuckucks-Uhren 11.50 Mk.

Holz-Stutzuhren 16.50 Mk.

Stutzuhren Bronze 19.50, 14.75, 7.25 Mk.

Damen-Uhren

Stahl, Remontoir	Silber, Remontoir	Gold, Remontoir
5.85 Mk.	12 und 10.50 Mk.	27.50, 20, 16.50 Mk.

Herren-Uhren

Stahl, Remontoir	Silber, Remontoir	Gold, Remontoir
5.75 Mk.	11.75 und 8.75 Mk.	45 und 41 Mk

Operngläser mit achromat. Gläsern 8.50, 6.—, 5.75 Mk.

Operngläser Perlmutter 10.—, 9.—, 8.50 Mk.

Moment- und Reisecamera

„Merkur“	„Perfekt“
20 Mk.	13/18 cm mit Stativ- u. Objektiv-Kassette 40 Mk.

Kunstguss-Schalen galvanisch verkupfert 6.75 u. 2.75 Mk.

Tafel-Aufsätze mit Figur und Vase 6.75 u. 2.75 Mk.

Eiserne Tische zweiteilig 2.65 Mk.

Likör-Services mit 6 Gläsern 70 Pf.

„Fränzchen Nimmersatt“
ein neues Bilderbuch von J. Grünstein mit farbigen Bildern von G. Tippel 90 Pf.

Am 15. Dezember erscheint:

„Unser Kaiser in Palästina“
von Hans Forsten
212 Seiten, eleg. Band, mit Illustrationen nach Momentaufnahmen.
2 Mk. (Postporto 30 Pf.)

Am Sonntag den 18. Dezember sind unsere Warenhäuser von 12 bis 8 Uhr geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.